

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

MEMORANDUM ZUM WELTGIPFEL FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Das Jo'burg-Memo



ÖKOLOGIE – DIE NEUE FARBE DER GERECHTIGKEIT

IMPRESSUM

Heinrich Böll Stiftung:

Das Jo'burg Memo. Ökologie – die neue Farbe der Gerechtigkeit
Ein Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung

Herausgegeben

von der Heinrich Böll Stiftung,
Sonderausgabe der Reihe World Summit Papers
Erste Auflage der deutschen Ausgabe, Mai 2002
© bei der Heinrich Böll Stiftung
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung und Layout: Michael Pickardt und Annette Maennel
Fotos: KNA-Bild (Titel, S. 26), epd (S. 16), Greenpeace International (S. 8),
dpa (S. 38), BUND (S. 54), Brian Moody (Anita Roddick, S. 86)

Projektteam

Jörg Haas, Rita Hoppe, Kerstin Kippenhan, Annette Maennel, Erwin Jünemann

Gedruckt auf Umpweltpapier

Der vorliegende Bericht muss nicht die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wiedergeben.

Heinrich Böll Stiftung, Rosenthaler Str. 40/41, D-10178 Berlin, Deutschland.
Tel.: ++49 30/285 340, fax: ++49 30/285 34 109, Email: info@boell.de
www.boell.de, www.worldsummit2002.org

Das Jo'burg Memo ist zum Download verfügbar unter www.joburgmemo.de,
die englische Ausgabe unter www.joburgmemo.org

Das Jo'burg Memo

ÖKOLOGIE – DIE NEUE FARBE DER GERECHTIGKEIT
Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung

Wolfgang Sachs
Koordinator und Redakteur

Henri Acselrad
Farida Akhter
Ada Amon
Tewolde Berhan Gebre Egziabher
Hilary French
Pekka Haavisto
Paul Hawken
Hazel Henderson
Ashok Khosla
Sara Larraín
Reinhard Loske
Anita Roddick
Viviene Taylor
Christine von Weizsäcker
Sviatoslav Zabelin

Assistent für Koordination und Redaktion
Heman Agrawal

Inhalt

Vorwort	5
Für den eiligen Leser ...	6
Teil 1 Rio im Rückblick	9
1.1 Umweltpolitik im Aufwind	10
1.2 Leitstern für die Bürgergesellschaft	11
1.3 Unerfüllte Versprechungen	11
1.4 Marrakesch schlug Rio	13
1.5 Zweideutige Entwicklungsidee	14
Teil 2 Die Johannesburg Agenda	17
2.1 Nachholende Entwicklung in den Wind schlagen	18
2.2 Den Fußabdruck der Reichen verkleinern	19
2.3 Existenzrechte für die Armen	21
2.4 Sprung ins Solarzeitalter wagen	23
Teil 3 Armuts-Ökologie	27
3.1 Biologische Vielfalt als Existenzsicherung	28
3.2 Wasser und Boden als Lebens-Mittel	30
3.3 Energie zur Renaissance des Landes	32
3.4 Umwelt- und Gesundheitsschutz in den Städten	34
Teil 4 Reichtums-Ökologie	39
4.1 Rückzug aus dem Gemeinschaftsgut Erdatmosphäre	41
4.2 Weniger Druck auf Ökosysteme und Gemeinschaften	45
4.3 Anerkennung von Gemeinschaftsrechten an bio-genetischem Wissen	48
Teil 5 Governance für Fairness und Ressourcenschutz	55
5.1 Rechte lokaler Gemeinschaften	56
<i>Recht auf natürlichen Habitat anerkennen / Eine Konvention zum Schutz von Gemeinschaftsrechten an Ressourcen veranlassen / Eine Weltkommission zu Aktivitäten der Bergbau-, Gas- und Ölindustrie einrichten</i>	
5.2 Bürgerrechte in Umweltsachen	58
<i>Die Århus Konvention über Europa hinaus ausdehnen / Das Vorbeugungs-, Vorsorge- und Verursacherprinzip umsetzen</i>	
5.3 Auf-Wertung der Natur	61
<i>Umweltschädliche Subventionen streichen / Steuerbasis von Arbeit auf Ressourcen verlagern / Nutzungsentgelte auf globale Gemeinschaftsgüter einführen</i>	
5.4 Märkte und Gemeinwohl	63
<i>Fairer Handel statt freier Handel / WTO auf Nachhaltigkeit hin umbauen / Eine Konvention zur Sozial- und Umweltpflichtigkeit von Unternehmen in Angriff nehmen / Einen Rechtsrahmen für sozial rechenschaftspflichtige Produktion schaffen</i>	
5.5 Reform der Finanzarchitektur	71
<i>Heißes Geld abkühlen / Schulden erlassen / An elektronischen Tauschhandel denken</i>	
5.6 Institutionen für den Wandel	73
<i>Eine Weltumweltorganisation ins Auge fassen / Eine Internationale Agentur für erneuerbare Energien gründen / Konfliktlösung reformieren – den Internationalen Schiedsgerichtshof einbeziehen</i>	
5.7 Ein Pakt für Johannesburg	77
Literatur	79
Kernpunkte und Empfehlungen im Überblick	81
Kurzbiografien	84
Liste der Abkürzungen	88

„Challenged by the goals its political leaders had set at the Millennium Summit, and shocked into a stronger sense of common destiny by the horror of 11 September 2001, during the following twelve months the human race at last summoned the will to tackle the really tough issues facing it. In passionate debates, held in the meeting-rooms and corridors of three great world assemblies, it painstakingly assembled the tools, thrashed out the strategies, and formed the creative partnerships that were needed to do the job.“

That's what I should like to read in fifteen years' time.
Let's resolve to make it come true!

Kofi Annan

Vorwort

Welches Erbe wird uns der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg hinterlassen? Werden wir uns seiner erinnern als eines „historischen Durchbruchs“, ähnlich dem Erdgipfel in Rio 1992? Werden die Regierungen der Welt die liegengebliebenen Verpflichtungen von Rio erneuern? Wird Johannesburg Ergebnisse hervorbringen, die Anlass zur Hoffnung geben, oder wird diese Gipfelkonferenz eine weitere verpaßte Gelegenheit, eine Alibi-Veranstaltung für politisches Nicht-Handeln?

Wir publizieren dieses Memorandum wenige Monate vor dem Gipfel in einem kritischen Stadium der Verhandlungen. Es ist unser Beitrag zur Debatte über die Ziele des Gipfels, aber auch über die globale Agenda nachhaltiger Entwicklung für das kommende Jahrzehnt. Die Autorengruppe des Memorandums spiegelt die Vielfalt unseres internationalen Netzwerks wieder, von Nord bis Süd, von Ost bis West, aus Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Sie traf sich zur Erarbeitung des Texts an drei symbolträchtigen Orten: In Rio und Johannesburg als den Schauplätzen des letzten und des kommenden Erdgipfels, und in Berlin als Hauptstadt eines großen europäischen Industrielandes, das bereits ernsthafte Schritte auf dem langen Weg unternommen hat, nachhaltige Entwicklung in konkrete Politik zu übersetzen. Die erste Präsentation des Memorandums fand schließlich in New York statt, sowohl die Finanzkapitale der Welt als auch Sitz der Vereinten Nationen. So vollzog die Gruppe auch eine symbolische Odyssee durch die Zentren einer sozial gespaltenen Welt.

Der Johannesburger Gipfel soll nach dem Willen des Gastgeberlandes Südafrika ein Entwicklungsgipfel werden. „Entwicklung ja – aber welche Art von Entwicklung und für wen?“ – diese zentrale, aber oft vernachlässigte Frage stellt das Jo’burg Memo in den Mittelpunkt. Ohne den Anspruch zu erheben, die Problematik der Armutsbekämpfung in allen ihren Dimensionen abzuhandeln, konzentriert sich der Text auf die Wechselbeziehungen von Ökologie und Gerechtigkeit. Er liefert sowohl eine kritische Bestandsaufnahme des Jahrzehnts seit Rio als auch eine weitgespannte Programmatik, wie das Paradigma nachhaltiger Entwicklung in politische Praxis umgesetzt werden kann. Trotz unterschiedlicher Meinungen zum Globalisierungsprozess sind sich die Autoren und AutorInnen über die dringliche Notwen-

digkeit einig, die globalen Märkte in einen sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene einzubetten und die Rolle der Zivilgesellschaften gegenüber dem Selbstlauf der Ökonomie zu stärken. Im Zentrum steht dabei die Forderung nach einer Umverteilung von Rechten und Ressourcen zugunsten derjenigen, die am stärksten von Marginalisierung und Verlust ihrer Lebensgrundlagen bedroht sind.

Die Mitglieder der Memorandum-Gruppe nutzten das Privileg, neue Ideen in die Diskussion zu bringen, ohne die Kompromisszwänge eines Verhandlungsprozesses zu antizipieren. Dennoch hoffen wir, dass aus den umfangreichen Empfehlungen des Memos auch die eine oder andere Anregung ihren Weg in die offiziellen Abschlussdokumente des Gipfels finden wird. Wir sind überzeugt, dass sich in ihm Bausteine einer neuen Nachhaltigkeitsagenda finden, die – so hoffen wir – die internationale Gemeinschaft in den kommenden Jahren prägen wird.

Wir möchten an dieser Stelle den Autorinnen und Autoren des Jo’burg Memo unseren tiefen Dank aussprechen. Sie haben sich auf unsere Einladung hin dreimal getroffen, um den Inhalt dieses Memorandums zu diskutieren. Wolfgang Sachs als Koordinator und Redakteur sowie sein Assistent Heman Agrawal haben die Gruppe mit viel Geschick und beharrlicher Freundlichkeit auf ein gemeinsames Ergebnis orientiert und weite Teile des Textes verfasst. Sue Edwards, Johannah Bernstein, Smitu Kothari, Christoph Baker, Dane Ratliff und Hermann Ott haben in verschiedenen Phasen hilfreiche Beiträge geleistet. Schließlich möchten wir auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung sowohl in Berlin als auch der Auslandsbüros Rio und Johannesburg danken. Sie haben den Rahmen für produktive Treffen der Autorengruppe geschaffen und stellten die Drucklegung des Werks in erstaunlich kurzer Zeit sicher. Besonderer Dank gilt hier Jörg Haas, Leiter des Rio+10-Programms der Stiftung, der das Werden dieses Memorandums von Anfang bis Ende begleitet hat.

Berlin, im Mai 2002

*Ralf Fücks, Barbara Unmüssig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung*

Für den eiligen Leser...

Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro im Jahr 1992 hatte „nachhaltige Entwicklung“ zum neuen Namen für Fortschritt erklärt. Die Idee fand weltweit Anklang, doch Ergebnisse lassen eher auf sich warten. Zehn Jahre nach Rio wird der „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“, der Ende August 2002 in Johannesburg stattfinden wird, ein Anlass sein, Bilanz zu ziehen. Darüber hinaus wird auch dieser Gipfel sich vornehmen, auf die Herausforderung zu antworten, die sowohl chronische Armut wie ressourcenhungriger Reichtum in der Welt von heute darstellen.

Dieses Memorandum umreißt eine Agenda zu Ökologie und Gerechtigkeit für das gerade angebrochene Jahrzehnt. Es wurde von einer 16-köpfigen Gruppe von Aktivisten, Intellektuellen, Managern und Politikern entworfen, die von der Heinrich-Böll-Stiftung zusammengebracht worden sind, um sich in die globale Debatte aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive einzuschalten. Weder ist das Memorandum ein politisches Programm noch eine Expertenstudie, sondern es möchte ein „Memorandum“ im wörtlichen Sinne sein: es versucht, ins Gedächtnis zu rufen, worum es eigentlich geht.

Die Länder des Südens – allen voran der Gastgeber Südafrika – streben an, aus Johannesburg nicht einen Umweltgipfel, sondern einen Entwicklungsgipfel zu machen. Dies ist mehr als verständlich angesichts der systematischen Vernachlässigung von Fragen der Fairness und Gerechtigkeit in der Weltpolitik. Und angesichts der Verantwortung des Nordens, mit dem ökologischen Umbau zu beginnen. Doch es wäre eine ziemliche Regression, ein Rückschritt hinter Rio, wenn diese Absicht zur weiteren Vernachlässigung der biosphärischen Krisenlage führen würde. Es ist im Gegenteil an der Zeit, fordert das Memorandum, dass der Süden (wie auch der Osten) sich der ökologischen Herausforderung stellt. Denn ökologische Klugheit ist eine Voraussetzung, um für die marginalisierten Teile der Weltbürgerschaft Lebensunterhalt sowie Gesundheit zu sichern. In der Tat kann es ohne Ökologie keine Armutsbekämpfung geben. Wie auch ohne Ökologie von keinem verantwortlichen Wohlstand die Rede sein kann. Überdies ist es für den Süden höchst ratsam, auf eine Umweltstrategie zu setzen, wenn er dem hegemonialen Schatten des Nordens entgehen will. Denn es ist wie eine List der Geschichte, dass der

Süden die Nase vorne haben kann, wenn er sich den Wunsch, zum Norden aufzuholen, aus dem Sinn schlägt. Denn die Entwicklungsmuster des Nordens haben sich mittlerweile als historisch überholt erwiesen.

Teil 1 – Rio im Rückblick – lässt die zehn Jahre, wie sie seit der Rio-Konferenz vergangen sind, Revue passieren. Zwar hat der Rio-Prozess eine ganze Reihe institutioneller Neuerungen hervorgebracht, doch bislang kaum handgreifliche Resultate. Diesem Paradox gilt die Aufmerksamkeit. Ganz besonders, so eine der Erklärungen, hat die Dynamik wirtschaftlicher Globalisierung jene Umweltgewinne zunichte gemacht, die hie und da auf der Mikroebene erreicht worden waren. Sie fielen der beschleunigten Ausbreitung der fossilen Wirtschaftsweise zum Opfer und dem Sog, den der Weltmarkt auf die Naturschätze im Süden und in Russland ausübt.

Teil 2 – Die Johannesburg Agenda – markiert vier Hintergrundthemen, welche eigentlich alle Debatten beim Gipfel durchziehen sollten. Durchgängig drängt sich eine Schlüsselfrage nach vorne: was bedeutet Fairness innerhalb eines begrenzten Umwelt-raums? Auf der einen Seite verlangt das Gebot der Fairness, die Rechte der Armen und Machtlosen auf ihren Lebensraum zu stärken, auf der anderen Seite jedoch die Ansprüche der Reichen auf Ressourcen zurückzuschrauben. Allzu oft stößt nämlich das Überlebensinteresse lokaler Gemeinschaften mit dem Interesse städtischer Verbraucher und Konzerne an erweitertem Konsum und Gewinn zusammen. An solcher Art Ressourcenkonflikte führt indes kein Weg vorbei, wenn nicht die Wohlhabenden dieser Welt auf ressourcensparende Konsum- und Produktionsmuster hinsteuern.

Teil 3 – Armuts-Ökologie – widerspricht dem oft gehörten Gemeinplatz, dass Umweltpolitik sich nicht mit Armutsbekämpfung verträgt. Das Gegenteil ist der Fall. Denn es ist schwer zu sehen, wie die Lebensgrundlagen der Armen gesichert werden können, ohne zu gewährleisten, dass die Armen Zugang zu Land, Saatgut, Wäldern, Savannen, Fischgründen und Wasser haben. In den Städten wiederum untergräbt die chronische Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser fortwährend die körperliche Gesundheit gerade der ärmeren Bürger. Deshalb sind Umwelt- und Naturschutz nicht ein Widerspruch zur Politik der Armutsbekämpfung, sondern deren integraler Be-

standteil. Ohne Ökologie wird es keine Gerechtigkeit für die Armen geben. Zieht man obendrein in Betracht, dass mit Rechten ausgestattete lokale Gemeinschaften gewöhnlich ein Garant für den Erhalt von Naturressourcen sind, dann lässt sich der Satz auch umkehren: ohne ein höheres Maß an Gerechtigkeit wird es keine Ökologie geben.

Teil 4 – Reichtums-Ökologie – geht davon aus, dass Armutslinderung nicht von Reichtumslinderung getrennt werden kann. Die Nutzung des globalen Umweltraums ist höchst ungleich verteilt; will man mehr Ressourcen den Unterverbrauchern auf der Erde zukommen lassen, dann müssen sich die Ressourcenansprüche der Überverbraucher vermindern. Die großen und kleinen Reichtumsinseln auf der Welt werden lernen müssen, ressourcen-leichte Wohlstandsstile zu kultivieren. Das ist keineswegs nur eine Sache der Ökologie, sondern eine Sache der Gerechtigkeit. Ansonsten bliebe der Mehrheit der Weltbevölkerung ihr gerechter Anteil am Naturerbe der Menschheit vorenthalten. Wie sowohl die Klima- wie die Biodiversitätskonvention nahe legen, wird es zwischen den Staaten keine Gerechtigkeit ohne Ökologie geben. Und umgekehrt, da weitreichende Abkommen nur zustandekommen, wenn sie als fair betrachtet werden, wird es auch keine Ökologie ohne ein höheres Maß an Gerechtigkeit zwischen den Staaten geben.

Teil 5 – Governance für Fairness und Ressourcenschutz – schlägt Reformen für die internationale Ebene vor, die geeignet sind, sowohl den Rechten der Natur wie den Lebensrechten der Machtloseren Auftrieb zu geben.

Rechte. Governance demokratisch zu gestalten, ist der beste Weg, um Natur- und Lebensrechte zu stärken. So würde eine Rahmenkonvention zum Schutz von Gemeinschaftsrechten an Ressourcen Garantien für die Einwohner naturreicher Gebiete formulieren, damit ihre Existenzrechte nicht weiter von Bergbau-, Holz-, Energie- oder Ölgesellschaften missachtet werden. Ferner sind Umweltbürgerrechte – das Recht auf Information, Verbraucherrechte oder das Vorsorge- und Verursacherprinzip – auf allen Ebenen in Gesetz zu überführen.

Preisstrukturen. Marktpreise müssen deutlicher die ökologische Wahrheit sagen. Eine vollständige Kostenrechnung erfordert allerdings umweltschädliche Subventionen zu beseitigen wie auch eine ökolo-

gische Steuerreform, welche den Verbrauch von Ressourcen und die Produktion von Abfall belastet anstatt die eingesetzte Arbeit. Überdies verlangt eine vollständige Kostenrechnung, dass Entgelte auf die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter – wie Erdatmosphäre, Luftraum und Meere – erhoben werden. Nur Preise, welche die vollständigen Kosten widerspiegeln, stellen sicher, dass wirtschaftliche Entscheidungen mit einem Minimum an Umweltauswirkungen getroffen werden.

Governance von Märkten. Die internationale Handelsordnung muss darauf ausgerichtet sein, Nachhaltigkeit und Fairness zu fördern und nicht nur wirtschaftliche Effizienz. Von diesem Blickpunkt aus untergräbt die Handelsliberalisierung im Stile der WTO die soziale Ordnung, gefährdet die Nahrungssicherheit und setzt überall Ökosysteme einem erhöhten Risiko aus. Was nützt, ist nicht freier Handel, sondern fairer Handel. Jedenfalls sind die Regeln des Freihandels höheren Verpflichtungsebenen wie Menschenrechten und Nachhaltigkeit nachzuordnen. Daraus ergibt sich, dass Staaten mehr Spielraum haben sollten, um dem Gemeinwohl mehr Geltung zu verschaffen. Es bedeutet ebenfalls, dass Umweltverträgen Vorrang vor Handelsabkommen zukommen sollte. Außerdem sind sowohl Handelsbeziehungen wie auch das Verhalten wirtschaftlicher Akteure mit den Prinzipien der Menschenrechte und der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Über verifizierbare Verhaltenskodizes für Unternehmen hinaus gilt es, ein Rahmenwerk für sozial rechenschaftspflichtige Produktion ins Auge zu fassen, das alle kommerziellen Aktivitäten umfasst. Und schließlich steht die globale Finanzarchitektur zur Überholung an, welche eine Währungssteuer, die Pluralisierung der Leitwährung, einen Schuldenerlass und einen erweiterten grenzüberschreitenden elektronischen Tauschhandel miteinschließen könnte.

Institutionen für den Wandel. Historisch neue Aufgaben müssen in neue Institutionen eingelassen werden. Einmal wäre UNEP aufzuwerten und auf eine Weltumweltorganisation hin weiterzuentwickeln. Weiter sollte eine dezentral angelegte Internationale Agentur für erneuerbare Energien eingerichtet werden. Zuletzt empfiehlt das Memorandum, Streitschlichtung von der WTO auf den Internationalen Schiedsgerichtshof zu verlagern.



Teil 1

Rio im Rückblick

Einst wurde Tschu En-lai, der verstorbene Premierminister im kommunistischen China, von einem Journalisten gefragt, was er von der französischen Revolution halte. Tschu En-lai zögerte einen Augenblick und antwortete dann: „Es ist noch zu früh, dazu etwas zu sagen.“

Dies gilt ebenso für Rio 1992. Ähnlich wie bei der französischen Revolution bleibt die Bedeutung der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, kurz „Erdgipfel“ genannt, immer noch offen. Das wird die Geschichte entscheiden. Aus der Distanz von 10 Jahren jedenfalls sieht Rio eher wie ein Vexierbild aus. Wie ein Vexierbild je nach der Voreinstellung des Betrachters von einem Bild in ein anderes umschlägt, so brachte das Ereignis von Rio unterschiedliche Interpretationen hervor, die je nach dem Standpunkt des Beobachters von einer Aussage zur anderen kippen. Minister beurteilen den Prozess anders als Bauern, Vorstandschefs anders als Umweltgruppen, Menschen aus dem Norden anders als Leute aus dem Süden. Die Erinnerung an Rio ist ein umstrittenes Terrain, und so wird es auch für Johannesburg sein.

Auch wir, die Autoren dieses Memorandums, werden von einer bestimmten Sichtweise kommend argumentieren. Als eine Gruppe von Leuten mit ähnlichem Engagement, sprechen wir aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive. Unsere Argumente gründen auf den Erfahrungen sozialer Initiativen in Dörfern und Städten, Kirchen und Unternehmen, wie auf der politischen Kompetenz, die bei so vielen NGO's in aller Welt zu finden ist. 1992 fühlten wir uns mehr bei der Parallel-Veranstaltung von Rio zuhause, dem Globalen Forum, wo Bürgergruppen eine Reihe von Alternativ-Verträgen zur Regierungskonferenz entwarfen. Während wir aus einer Vielzahl von Ländern und Berufen kommen, positionieren wir uns am Rande der Macht, wohl wissend, dass unser Privileg darin besteht, die Dinge nicht umsetzen zu müssen. Uns verbindet die Unruhe über die organisierte Verantwortungslosigkeit, die den Globus regiert, aber auch die Überzeugung, dass ein Wandel zu einer Welt, die sich als gastfreundlich gegenüber Menschen und als achtsam gegenüber der Natur erweist, möglich, ja in der Tat unverzichtbar ist. Es ist die gemeinsame Option für Gerechtigkeit und Umwelt, welche unsere Rückschau auf Rio wie auch unsere Vorschläge für dieses Jahrzehnt prägt. In diesem Geist wollen wir versuchen, das Vexierbild von Rio 1992 zu entziffern, in der Hoffnung, dabei auch eine klare Sicht für den Johannesburg-Gipfel und darüber hinaus zu gewinnen.

1.1 Umweltpolitik im Aufwind

Rio war ein Wendepunkt. Vorher wurden Umweltfragen belächelt, danach wurden sie ernstgenommen. Allein die Tatsache eines Erdgipfels, zu dem sich zahlreiche Staatschefs einfanden, um Vereinbarungen zum Schutz der Natur zu unterzeichnen, hat der Umweltpolitik überall Aufwind gegeben. In der Folgezeit legten Länder in allen Teilen der Welt nationale Umweltaktionspläne auf, rückten Haushaltsstellen ein und arbeiteten Umweltgesetze aus. Überdies wurden Umweltmessungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen zur Routine, und in fast jedem Land kam ein Umweltminister ins Kabinett. Auch auf internationaler Ebene veränderten sich die Dinge und etwa die Entwicklungsdienste der meisten Geberländer begannen, ihre Vorhaben auf die Rio *Agenda 21* auszurichten. Umweltthemen sind somit in den Kreis offizieller Politikfelder aufgenommen, wie auch entsprechende Agenturen nunmehr zum institutionellen Inventar fast jeder Gesellschaft gehören. Rio hat bewirkt, dass Umweltpolitik weltweit zur Regierungsaufgabe avanciert ist.

Rio hat ebenfalls auf internationaler Ebene zu neuen Ordnungsstrukturen geführt. Dabei stechen besonders eine Reihe von Konventionen hervor, die ein neues Stück Völkerrecht geschaffen haben, wie etwa das Klimarahmenabkommen und die Konvention über biologische Vielfalt, denen später die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung und Verträge zum Schutz weltweiter Fischbestände, die Basel-Konvention zur Kontrolle des Handels mit gefährlichen Chemikalien und die Konvention zum Umgang mit persistenten organischen Schadstoffen folgten. Darüber hinaus sind eine Reihe von supranationalen Strukturen und Prozessen eingeleitet worden; die verschiedenen Vertragsstaatenkonferenzen, die Nebenorgane für wissenschaftliche, technische und technologische Beratung, die Protokolle zu Rahmenverträgen, die multilateralen Beratungsgremien etc. bilden in der Tat einen komplizierten Mechanismus für die multilateralen Entscheidungsprozesse zur Politik der Biosphäre. Die *Agenda 21* führte außerdem zur Gründung einer weiteren UN-Einrichtung, in der die Nachhaltigkeitsdebatte institutionalisiert wurde: die Kommission über Nachhaltige Entwicklung, eine Unterkommission der ECOSOC, hat sich zu einem jährlich veranstalteten Beratungsforum von Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen entwickelt.

Ferner ist die Sorge um die Natur nicht nur auf der administrativen, sondern auch auf der kognitiven Ebene in die Politik eingesickert. Insbesondere der Begriff „nachhaltige Entwicklung“, um den sich bei der Rio-Konferenz alles drehte, hat als Kompromissformel eine bemerkenswerte Karriere hinter sich gebracht. Während Wirtschaftsfreunde und Umweltschützer sich jahrzehntelang als Kontrahenten gegenüberstanden waren, zwang dieser Begriff sie nunmehr dazu, auf einem gemeinsamen Terrain zu agieren. Sowohl *Shell* als auch *Greenpeace*, die Weltbank wie indigene Organisationen berufen sich auf „nachhaltige Entwicklung“; und kaum jemand wagt, dieses Konzept offen zurückzuweisen. Der Begriff wirkt im Gegenteil wie ein Allzweckkleber, der Freund und Feind gleichermaßen zusammenbindet. So sahen sich im Gefolge dieser semantischen Innovation sowohl Entwicklungsenthusiasten wie Naturfreunde veranlasst, ihre Positionen zu revidieren. Der Begriff bot eine gemeinsame Basis, die einen produktiven Austausch zwischen den etablierten Institutionen und ihren lautstarken Opponenten ermöglichte. Natürlich war ein Preis für diesen Konsens zu bezahlen, und das war die Klarheit. Inzwischen werden Dutzende von Definitionen von Experten und Politikern herumgereicht, weil sich an dieselbe Idee widerstreitende Interessen und Visionen an ein und denselben Begriff heften. Aber gerade diese integrierende Kraft muss als das Erfolgsgeheimnis der Formel „nachhaltige Entwicklung“ betrachtet werden. Kaum jemals hinterließ eine Konferenz eine solche Wirkung auf die politische Landschaft mit keinem anderen Mittel als der Sprache.

1.2 Leitstern für die Bürgergesellschaft

Im Gegenzug zur Regierungskonferenz stellte sich in Rio das Globale Forum, die Versammlung der Zivilgesellschaft, als das eigentliche Treibhaus für Ideen und Projekte heraus. Beide Treffen waren freilich in einer Art symbiotischer Beziehung aufeinander bezogen. Die offizielle UN-Konferenz hätte gewiss nicht stattgefunden ohne zwei Jahrzehnte an „Militanz“ von Seiten der internationalen Umweltbewegung, wie auch das inoffizielle Globale Forum nicht zustande gekommen wäre ohne den benachbarten Gipfel der Macht. In den Folgejahren, als die Anzahl von NGO's in vielen Ländern explodierte, haben oppositionelle Gruppen noch oft von der in Rio erhaltenen Legitimation profitiert; sie waren so immer wieder in der Lage, sich auf das Vermächtnis von Rio zu berufen, um Unterstützung für ihre Anliegen zu mobilisieren.

Im Vergleich zu Bürgerinitiativen, Unternehmen und Kommunen haben sich in Sachen Nachhaltigkeit die nationalen Regierungen wenig hervorgetan. Hätte es die genannten Akteure nicht gegeben, wäre wohl in vielen Ländern kaum etwas von Rio zu spüren gewesen. Die Botschaft von Rio ist weitgehend durch zivilgesellschaftliche Gruppen verbreitet worden, die öffentliche Debatten anstießen, Forschungszentren einrichteten, Berichte veröffentlichten, oder von Advocacy-Gruppen, die gegen bedenkliche Entwicklungsprojekte kämpften. Überdies ist die Rio-Botschaft von Unternehmen aufgegriffen worden, die ihren Produktionskreislauf umgestalteten und ihre Produkte neu auflegten, sowie durch Kommunen, die zum Beispiel den öffentlichen Nahverkehr, pestizidfreie Landwirtschaft und energiesparendes Wohnen förderten. In der Tat, öko-effiziente Innovationen im

Unternehmensbereich und lokale *Agenda 21*-Programme waren die Lichtpunkte am eher düsteren Firmament der Nachhaltigkeit. Oder auch im Bereich der Biodiversität haben Fraueninitiativen erst die öffentliche Debatte über Erhalt und Regeneration genetischer Ressourcen losgetreten. So gibt es zahlreiche Nischen quer durch die Welt, wo ein gutes Stück an Umbau auf Nachhaltigkeit hin geschieht und wo sich viel Kompetenz für einen Übergang herausgebildet hat. Dort werden Erfahrungen gesammelt und Zukunftsoptionen vorbereitet, die lebenswichtig sein können, sobald Krisen Veränderungen auslösen. Rio hat nicht bei den Regierungen, sondern bei Initiativen auf der Mikroebene den größten Anklang gefunden.

Es war jedoch höchst wichtig für zivilgesellschaftliche Initiativen, sich auf Rio 1992 als Bezugspunkt berufen zu können. Wie oft haben in diesen zehn Jahren Initiativen ihre Regierung zum Handeln angespornt, indem sie ihnen ihre Zusagen von gestern vorhielten! Im Nachhinein wird deutlich, dass Rio einen Raum der Legitimation für non-konformes und innovatives Verhalten geschaffen hatte, selbst wenn dies in direkter Opposition zu Regierung, Unternehmen oder multilateralen Institutionen geschah. Nicht selten wurde Rio zum Dorn im Fleisch der Mächtigen. Die Erklärungen von Rio dienten ähnlich wie eine Verfassung als jederzeit verfügbare Waffe, um die Machthaber an ihre öffentlichen Pflichten zu erinnern. Und wie eine Verfassung nicht ihren Wert verliert, wenn sie nicht eingehalten wird, so wird Rio 1992 nicht deshalb seinen Wert verlieren, weil den Worten keine Taten gefolgt sind.

1.3 Unerfüllte Versprechungen

Doch in einem größeren Kontext gesehen enthüllt sich Rio 1992 als ein leeres Versprechen. Obwohl die Regierungen sich beim Erdgipfel vor den Augen und Ohren der Welt verpflichtet hatten, gegen Umweltschäden und soziale Polarisierung die Initiative zu ergreifen, ist selbst nach einem ganzen Jahrzehnt keine Umkehr dieser Trends zu erkennen. Dagegen verstrickt sich die Welt tiefer in Armut und ökologischem

Verhängnis, ungeachtet der Tatsache, dass an einigen Orten der Reichtum wächst. Als ob nichts geschehen wäre, fährt die Welt fort, auf Katastrophen groß und klein zuzuschlittern. Gewiss, die Schuld für die alarmierende Lage kann nicht einfach an den Toren von Regierungspalästen abgelegt werden, denn die ineinander verzahnten Zwänge der Moderne sind größer als jede Regierungsgewalt. Und dennoch haben die

Regierungen die Versprechen von Rio gebrochen, weil sie sich in Gleichgültigkeit geübt oder den einstmals mit ihrer Unterschrift besiegelten Zusagen regelrecht entgegengearbeitet haben. In fünfzig Jahren, wenn die Erde höhere Temperaturen aufweist, die Artenvielfalt weiter geschrumpft ist und noch mehr Menschen kein Auskommen finden, dann wird man Rio 1992 vielleicht als die letzte Ausfahrt sehen, die vor der Fahrt in den Niedergang verpasst worden war.

Dies ist nicht der Ort, um die Umweltrends der letzten Dekade im Detail zu erörtern. Doch der Gesamteindruck ist düster. Vor allem, wenn man bedenkt, dass es in den meisten Fällen nicht genügen wird, den Aufwärtstrend im Ressourcenverbrauch zu brechen; stattdessen wäre es vonnöten, den Verbrauch von Rohstoffen in großem Stil zu senken. Auf der Ebene globaler Gesamtdaten ist die gute Nachricht (wenigstens für die Umwelt, wenn auch nicht notwendigerweise für die Menschen), dass die Gesamtfläche der Naturschutzgebiete zugenommen, die Menge an FCKW abgenommen und der Anstieg an Kohlenstoffemissionen eine gewisse Stagnation auf dem Niveau von 1998 erreicht hat. Von diesen Fällen abgesehen, nimmt jedoch der Druck weiter zu, der durch menschliche Aktivitäten auf die Ressourcen, Senken und Standorte, welche die Natur bereitstellt, ausgeübt wird. Es verschwinden Arten und Lebensräume, die Zerstörung von Urwäldern nimmt ihren Lauf, die Fruchtbarkeit des Bodens verringert sich, die Meere werden weiter überfischt, und zusätzlich tauchen neue Gefährdungen infolge genetischer Manipulation auf. Natürlich fallen bei globalen Gesamtzahlen Erfolge an bestimmten Orten unter den Tisch, wie auch Zusammenbrüche an anderen. Weil aber das Leben als planetarischer Zusammenhang existiert, kommt es aber darauf an, dass die Integrität und Elastizität jener Lebensnetze erhalten bleiben, welche die Biosphäre ausmachen. Selbst wenn die Operation von Rio erfolgreich verlaufen ist, kann man gewiss nicht sagen, dass sich der Gesundheitszustand des Patienten verbessert hat.

Im übrigen hat sich Rio ja nicht nur mit Umweltfragen beschäftigt, sondern – wie das Konferenzthema programmatisch impliziert – auch mit Entwicklung. Für die Länder des Südens war die Einbeziehung der Entwicklungsthematik schon bei der Vorbereitung auf Rio entscheidend, sonst hätten sie sich nicht auf die Idee einer UN-Konferenz eingelassen. Damals hatte der Süden sich gerade von der „verlorenen Dekade“ der 80er Jahre erholt und darauf hingearbeitet, sich Zugeständnisse in der Umweltpolitik

durch mehr Kapital und Techniktransfer entgelten zu lassen. Es war der Deal von Rio, dass den Ländern des Südens beträchtliche Summen zur Realisierung der *Agenda 21* in Aussicht gestellt wurden, wenn sie nur ihre Unterschrift unter die verschiedenen Umweltkonventionen setzten. Der Norden schien zu Angeboten bereit, nicht nur weil jetzt seine eigenen Interessen auf dem Spiel standen, sondern weil auch das Ende des Kalten Krieges Erwartungen über eine bevorstehende Friedensdividende weckte. Diese Hoffnung wurde schwer enttäuscht. So hatte das UNCED Sekretariat geschätzt, dass zwischen 1993 und 2000 jährlich 600 Milliarden US\$ gebraucht würden, um die *Agenda 21* in Ländern mit Niedrigeinkommen umzusetzen. Davon sollten 125 Milliarden aus der regulären Entwicklungshilfe bestritten werden. Und die Industrieländer gingen sogar so weit, dass sie erneut ihre Verpflichtung bekräftigten, 0,7 Prozent ihres Bruttonationalproduktes für Entwicklungskooperation zur Verfügung zu stellen. Doch diese Versprechungen verblichen ebenso rasch, wie die Jahre nach Rio dahingingen. In Wirklichkeit sind die öffentlichen Entwicklungshilfegelder von 69 Milliarden US\$ im Jahre 1992 auf weniger als 53 Milliarden US\$ im Jahre 2000 gesunken. Obendrein war auch von den zugesagten zusätzlichen Investitionen nicht viel zu sehen. Das einzige greifbare finanzielle Ergebnis von Rio sind Gelder im Wert von ca. fünf Milliarden US\$ für die Globale Umweltfazilität (GEF), die bisher allerdings nur teilweise ausgegeben wurden. Überdies ist aus dem vieldiskutierten Transfer von Umwelttechnologie auch nicht viel mehr als ein Reifall geworden. War schließlich die Haltung des Nordens gegenüber dem Süden in Rio noch schwankend, so ließen die Folgejahre kaum Platz für Zweifel. Nicht nur blieben die Rio-Verpflichtungen unbeachtet, sondern der Süden sah sich auch bei anderen Gelegenheiten freundlicher Gleichgültigkeit gegenüber, so etwa bei den Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF, dem Sozialgipfel in Kopenhagen, den Entschuldungsprogrammen der G7, den fallenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt oder der oftmals arroganten Politik der WTO. Um es unverblümt zu sagen: der Süden ist in der Dekade nach Rio kräftig verschaukelt worden.

1.4 Marrakesch schlug Rio

Lediglich zwei Jahre dauerte es, bis die gleichen Regierungen, die sich in Rio noch als Anwälte der Erde präsentiert hatten, in Marrakesch als Verkäufer der Erde zusammenkamen. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Januar 1995 gingen sie unbekümmert Verpflichtungen ein, deren unbeabsichtigte Auswirkungen auf einen schnelleren Ausverkauf des Naturerbes weltweit hinauslaufen. Sorgte man sich in Rio noch um einen besonnenen Umgang mit der Natur, legte man es in Marrakesch zum Abschluss der Uruguay-Runde unter GATT darauf an, transnationalen Unternehmen den bedingungslosen Zugang zu Naturschätzen zu ermöglichen. Galt in Rio noch die effektive Autorität von Staaten, um Regeln für das Gemeinwohl einzuführen, wurde in Marrakesch der Einfluss staatlicher Macht zugunsten unbeschränkter Unternehmensmobilität geschwächt. In der Folge war internationale Politik in den letzten zehn Jahren von der erbarmungslosen Anstrengung dominiert, einen grenzenlosen Weltmarkt zu schaffen, auf dem Kapital und Waren (aber keine Menschen!) sich ungehindert entsprechend dem Gesetz von Angebot und Nachfrage bewegen können. Die Eliten im Norden und Süden betrachteten also die Freiheit der Märkte als wichtigsten Wert in der Politik und waren weit davon entfernt, der Nachhaltigkeit oder Demokratie beim Umgang mit Weltproblemen Priorität einzuräumen. Rio war rhetorisch gelungen, aber Marrakesch wurde in die Tat umgesetzt. Diese Umkehrung der Prioritäten hat jeden ernstzunehmenden Fortschritt nach Rio gebremst und den Prozess hie und da sogar ins Gegenteil verkehrt.

Indem die neo-liberale Globalisierung sich zur vorherrschenden Form der Globalisierung entwickelt, können drei unterschiedliche Auswirkungen beobachtet werden. Erstens, es ist das erklärte Ziel der Globalisierung, wirtschaftliches Wachstum in Volumen und geografischer Reichweite auszudehnen. Mit der Wanderung von Investitionskapital aus den OECD-Ländern in die Schwellenländer wird jedoch nichts anderes als ein historisch überholtes Entwicklungsmodell verbreitet. Jener verhängnisvolle Wirtschaftsstil, der zu einem guten Teil darauf beruht, unbezahlte Naturwerte in Waren umzuwandeln, verbreitet sich nun bis an die Enden der Erde. Denn wachsendes Nationaleinkommen war historisch immer auch von einem wachsenden Rohstoffverbrauch begleitet. Die Wachstumskurve des letzteren

entkoppelt sich erst in einer postindustriellen Wirtschaft von der Wachstumskurve des ersteren, nachdem sie auf einem unnachhaltig hohen Niveau angefangen ist. Des weiteren vollzieht sich Deregulierung innerhalb eines Preisgefüges, in dem die Preise nichts über die ökologische Wahrheit aussagen. Daher führt jede Expansion des Marktes, selbst wenn die Ressourceneffizienz per Einheit an Output zunimmt, letztendlich zu weiterer Umweltbelastung. So kann es nicht verwundern, dass Wälder verschwinden, Böden erodieren und der Himmel sich mit Kohlendioxid füllt. Die mit der Handelsliberalisierung hervorgerufene Woge wirtschaftlicher Expansion hat jene bescheidenen Erfolge, die in der Folge zu Rio hätten erreicht werden können, weitgehend weggespült.

Der Druck der offenen Märkte hat zweitens eine ganze Reihe von Ländern im Süden und Osten dazu gezwungen, die Ausbeutung ihrer Naturschätze zu beschleunigen. Wo Strukturanpassung mehr oder weniger ein Dauerzustand wird, gehören fiskalische Zurückhaltung, Kürzung der Sozialausgaben und Exportförderung zu den Maßnahmen, die ein stabiles Spielfeld für Investoren und Händler garantieren. Im Bemühen, Währungen zu stabilisieren und Auslandsschulden zu bezahlen, wird der Abbau von mineralischen und biologischen Ressourcen für den Export als einfache kurzfristige Lösung gesehen. Indem Länder, die in einer Finanzkrise stecken, größere Mengen an Erdöl, Erdgas, Holz und Metallen auf den Weltmarkt werfen, hoffen sie, den Verfall ihrer Exporteinkommen zu verhindern. In harten Zeiten bleibt den Regierungen oft keine andere Wahl, als ihr „Familiensilber“ zu verscherbeln. Russland zum Beispiel beeilte sich, die Schätze Sibiriens zu verhökern, Senegal hat Fischereirechte an Spanien und Japan abgetreten, und Mexiko hat nach der Peso-Krise, genau wie Brasilien und Indonesien, die Abholzung seiner Wälder erleichtert. Wenn das Überleben eines Landes auf dem Spiel steht, wird die Nachhaltigkeit auf Eis gelegt.

Drittens haben Regierungen unter dem Druck des Weltmarktes oft den Schutz des Gemeinwohls den Wettbewerbsinteressen privater Akteure geopfert. Da sie einladende Konditionen für das mobile Kapital bieten wollen, sind sie wenig begeistert von Regulierungen und eher geneigt, sich von bestehenden Regeln zurückzuziehen. Da die Kosten für die Auslagerung von Produktionseinheiten von einem Land in ein ande-

Wenn das Überleben eines Landes auf dem Spiel steht, wird die Nachhaltigkeit auf Eis gelegt.

res erheblich gesunken sind, können transnationale Konzerne frei wählen, welche politischen und institutionellen Konditionen sie auf der Welt für die günstigsten halten. Wirtschaftliche Macht wird so zu einer politischen Macht, da die Unternehmen in die Lage versetzt werden, die Aussichten auf Arbeitsplätze und Steuern auszuspielen gegen die Einhaltung von Richtlinien um der Umwelt, der Arbeitenden oder der Urbanität willen. Im Sozial- wie im Umweltbereich sind die Staaten vor ein ähnliches Dilemma gestellt; in dem Augenblick, wo es mehr Schutz braucht, sind sie weniger denn je in der Lage, ihn zu gewähren.

Allerdings hatten sich auf der kognitiven Ebene die Dokumente von Rio schon mit dem Aufstieg der wirtschaftlichen Globalisierung zur leitenden Norm bereits abgefunden. Rio war keinesfalls unberührt vom Glauben an ungebremsste Märkte. Besonders im zweiten Kapitel der *Agenda 21* wird so empfohlen, „nachhaltige Entwicklung durch Liberalisierung des Handels zu fördern, ... damit sich Handel und Umwelt gegenseitig unterstützen“ (Art. 3). Von den Regierungen wurde deshalb erwartet „unter der Berücksichtigung der Ergebnisse der multilateralen Wirtschaftsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Run-

de“ ein offenes, diskriminierungsfreies und ausgewogenes multilaterales Handelssystem zu fördern (Art. 9). In den Rio-Diskurs war also schon ein neoliberales Vorurteil eingebaut; kein Wunder, denn damals hatten Wirtschaftslobbies schon Stellung bezogen, um dafür zu sorgen, dass die bedingungslose Marktfreiheit von Unternehmen als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems betrachtet wurde. Dies wurde durch die eher zweifelhafte Auffassung gestützt, dass Wachstum als Bedingung für Nachhaltigkeit und ungehemmte Märkte als Motoren der Öko-Effizienz anzusehen seien. Oft genug wurde folglich Umweltschutz als das Ergebnis von Privatisierung und Deregulierung hingestellt. Ressourceneffizienz würde sich entfalten, wenn der Markt von Beschränkungen frei bliebe, so das Argument, was in spezifischen Fällen zutreffen kann, aber nicht angesichts enormer wirtschaftlicher Expansion. Rio war also nicht unschuldig daran, dass die Nachhaltigkeitsagenda in der Perspektive von Wachstum und Freihandel reformuliert worden ist. Je mehr diese Sichtweise in den Folgejahren Fuß fasste, desto deutlicher wurde erkennbar, dass einige Samen des Scheiterns bereits in Rio selbst gelegt wurden.

1.5 Zweideutige Entwicklungs-Idee

In Rio war es nicht gelungen, sich von der konventionellen Idee der Entwicklung zu verabschieden. Die Staaten der Welt hatten dort die Krise der Umwelt anerkannt, aber gleichzeitig darauf gedrungen, Entwicklung auf neuen Schwung zu bringen. In den meisten Verlautbarungen wird das Recht auf Entwicklung aufs Podest gestellt, und es wurde viel diplomatisches Feingefühl darauf verwendet, sicherzustellen, dass kein Satz als Plädoyer für Entwicklungshemmung ausgelegt werden könnte. Doch Entwicklung kann im Grunde alles bedeuten, vom Hochziehen von Wolkenkratzern bis zum Einbau von Latrinen, vom Bohren nach Öl bis zum Bohren nach Wasser, von der Gründung von Software-Industrien bis zur Gründung von Baumschulen. Es ist ein Konzept von monumentaler Leere, das vage positive Absichten andeutet. Daher lässt es sich leicht als Vehikel für sich gänzlich widersprechende Perspektiven nutzen. Einerseits sind da die Vorkämpfer des Bruttosozialproduktes, die Entwicklung mit Pro-Kopf-Wachstum identifizieren,

und sich auch nicht von der Einsicht stören lassen, dass Wachstum oft Natur- und Sozialkapital abbaut, um Geldkapital zu erwirtschaften. Andererseits gibt es die Vorkämpfer der Gerechtigkeit, die Entwicklung mit mehr Rechten und Ressourcen für die Armen und Machtlosen verbinden und auf das soziale und natürliche Erbe setzen. Wenn man beide Perspektiven in eine konzeptuelle Hülse packt, kann dies nur zu Verwirrung, wenn nicht gar zu politischer Verschleierung führen. Eine Reihe von Rios Defiziten rühren von den Zweideutigkeiten des Entwicklungskonzepts her.

So wird es auch verständlich, dass der Idee nachhaltiger Entwicklung jede klare Bedeutung abhanden gekommen ist, sobald „nachhaltig“ mit „Entwicklung“ verbunden worden war. Eine konzeptuelle Hülse mit einem Adjektiv zu versehen, kann schließlich nicht viel an Genauigkeit erbringen. Was da eigentlich genau nachhaltig gehalten werden sollte, blieb schwer zu fassen – was Anlass zu endlosen Querelen über die rechte Definition von nachhaltiger Entwicklung gab.

Es war weitgehend die unheilige Allianz zwischen südlichen und nördlichen Eliten zugunsten der Entwicklungs-Wachstums-Strategie, die den Geist von Rio verwässert hat

Schon die *World Conservation Strategy* 1980, wo zum ersten Mal von „nachhaltiger Entwicklung“ die Rede war, hatte die entscheidende semantische Operation vorgenommen, nicht mehr die Natur, sondern Entwicklung nachhaltig zu nennen. Während man bis zu diesem Zeitpunkt lebendige Ressourcen wie Wälder oder Fischgründe als „nachhaltig“ bezeichnet hatte, bezog sich der Begriff jetzt auf Entwicklung. Die Bedeutung von Nachhaltigkeit verschob sich also von Naturschutz zu Entwicklungsschutz. In den folgenden Jahren waren deshalb alle möglichen Akteure, von macht-orientierten Regierungen und profit-orientierten Konzernen bis hin zu indigenen Völkern und Bürgergruppen, in der Lage, ihre Absichten in die Sprache nachhaltiger Entwicklung zu kleiden.

Da sich hinter „nachhaltiger Entwicklung“ leicht auch „Entwicklung-als-Wachstum“ verbergen konnte, war es nicht einfach, aus dem Schatten der Wachstumsideologie zu treten. Dies hatte beträchtliche Konsequenzen für das Verständnis von Nachhaltigkeit. Wenn Wachstum als natürlicher Imperativ gesehen wird, dann konzentrieren sich alle Anstrengungen darauf, die Mittel zum Wachstum zu reformieren, beispielsweise Technologien, Organisationsformen, Anreizstrukturen, während die Ziele des Wachstums, wie jenes Niveau an Komfort und Konsumangebot, das im fortschrittlichsten Land gang und gäbe ist, als selbstverständlich gelten. In einer solchen Wahrnehmung muss die Einsicht in Vergessenheit geraten, dass der Wirtschaft Grenzen gesetzt sind durch die Natur, weil diese nur bedingt in der Lage ist, Ressourcen zu erneuern und Abfälle zu absorbieren. Diese Einsicht stellt freilich die ergebnisoffene Natur des Wachstums in Frage. Wohin soll Wachstum führen? Welches Ziel kann die Aneignung endlicher Naturressourcen rechtfertigen? Die Produktion von Panzern, der Ausbau von Autobahnen oder die Bereitstellung von Nahrungsmitteln für die Hungernden? Es liegt schließlich auf der Hand, dass Gesellschaften, die dank Autos, Supermärkten, chemischer Landwirtschaft und fossiler Kraftwerke funktionieren, kaum je zukunftsfähig werden können. Die Entwicklung-als-Wachstum-Philosophie schließt solche Fragestellungen aus, weil sie den Gedanken der Begrenzung von sich weist. Dies ist ein weiterer Grund, warum der Rio-Prozess durch seine Harmlosigkeit hervorstach.

Allen kam es gelegen, dem Norden, dem Süden und den exkommunistischen Ländern, die Entwicklung-als-Wachstum-Philosophie nicht in Frage zu stellen. Denn so konnten der Süden und der Osten fortfahren, ihr Verlangen nach Gerechtigkeit und Aner-

kennung in Forderungen nach unbegrenztem Wirtschaftswachstum umzuformulieren, ohne wesentliche Unterscheidungen vornehmen zu müssen und sich zu fragen: Welche Art von Wachstum? Zu wessen Nutzen? Oder: Wachstum in welche Richtung? Was den Norden anlangt, so versteht sich von selbst, dass die Wachstumsprotagonisten sich mit dem Lobpreis der Entwicklung in ihrem Drang bestätigt fühlen konnten, auf der globalen Wettbewerbsarena die Nase vorn haben zu wollen. Weil „Entwicklung“ nicht in Frage gestellt wurde, kam das Streben nach Überentwicklung und ökonomischer Macht auf Seiten des Nordens nie ins Blickfeld offizieller Umweltpolitik. So konnten sich die Eliten im Süden wie im Norden mit dem Ergebnis von Rio versöhnen. Es war weitgehend die unheilige Allianz zwischen südlichen und nördlichen Eliten zugunsten der Entwicklung-als-Wachstums-Strategie, die den Geist von Rio verwässert hat. Ob wohl der Weltgipfel in Johannesburg in der Lage sein wird, diesen Geist wieder aufleben zu lassen?

Rio im Rückblick

- Rio gab der Umweltpolitik weltweit einen Auftrieb, sowohl bei Regierungen als auch bei Unternehmen. Das Grundgerüst für eine internationale Ordnungspolitik zugunsten der Biosphäre befindet sich im Aufbau.
- Rio verschaffte zahllosen Mikro-Initiativen aus der Zivilgesellschaft, den Kommunen und der Wirtschaft erhöhte Legitimation.
- Doch der Norden vernachlässigte die Vereinbarungen von Rio und auch der Süden legt nach wie vor ein geringes Umweltinteresse an den Tag. Die Biosphäre kam weiter unter Stress und die weltweite Ungleichheit nahm zu.
- In der Zwischenzeit räumten die Staaten den WTO-Regeln höheren Rang als den Rio-Verpflichtungen ein. Einen grenzenlosen Weltmarkt zu schaffen, war ihnen wichtiger als Ökologie und Gerechtigkeit.
- Rio versäumte, sich von „Entwicklung als Wachstum“ loszusagen. Was für eine Art von Entwicklung? Zu wessen Nutzen? In welche Richtung? Die Antwort auf diese Fragen entscheidet über Sinn und Unsinn von Nachhaltigkeit.



Teil 2

Die Johannesburg Agenda

Es ist die Herausforderung von Johannesburg, über Rio hinauszugehen, doch es ist die Gefahr von Johannesburg, hinter Rio zurückzufallen. Die Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung richtete das Scheinwerferlicht auf zwei Großkrisen der Gegenwart: die Krise der Natur und die der Gerechtigkeit. Von den Umweltvertretern – oft aus dem Norden – war dort erwartet worden, das Verlangen der Mehrheit der Weltbevölkerung nach einem Leben ohne Armut und Elend ernstzunehmen. Von den Entwicklungsexperten hingegen – oft aus dem Süden – wurde erwartet, sich mit den bitteren Auswirkungen einer schrumpfenden Naturbasis zu konfrontieren. Denn typischerweise sprechen sich Umweltvertreter gegen Abholzung von Wäldern, gegen chemische Landwirtschaft oder den Ausbau von Kraftwerken aus, während Entwicklungsexperten die Vermarktung von Holz, ein besseres Angebot an Nahrungsmitteln oder die Elektrifizierung von Dörfern gefördert wissen wollen. Der Erdgipfel zielte deshalb darauf ab, Umwelt- und Entwicklungsthemen zu integrieren, um Entscheidungsträger aus dem Dilemma zu befreien, entweder durch die Entwicklungsförderung die Krise der Natur zu verschlimmern, oder umgekehrt durch Bestehen auf Umweltschutz die Gerechtigkeitskrise zu verschärfen.

Wie sich herausstellte, schaffte es der Rio-Prozess nicht, diesen ehrgeizigen Anspruch umzusetzen. Wie der Wunsch nach Gerechtigkeit erfüllt werden kann, ohne die Biosphäre in Mitleidenschaft zu ziehen, wird deshalb die Preisfrage des 21. Jahrhunderts bleiben. Selbstverständlich ist bei vielen Gelegenheiten demonstriert worden, wie Hilfe für Menschen und Hilfe für die Natur Hand in Hand gehen können: im organischen Landbau, in nachhaltiger Forstwirtschaft und auch in ressourceneffizienten Industrien. Auf der Makroebene allerdings kann von einer Versöhnung von Umwelt und Entwicklung keine Rede sein. Und wenn außerdem in Sachen Umwelt die Dinge schon nicht glänzend daherkommen, so sehen sie in Sachen Entwicklung noch schlechter aus. Trotz der Prominenz von „Entwicklung“ in allen Rio-Dokumenten, ist die Forderung des Südens nach Anerkennung und Gerechtigkeit in der letzten Dekade größtenteils enttäuscht worden. Diese Erfahrung verstärkt in vielen Ländern des Südens die Furcht, weiter zurückzufallen und für immer von den Segnungen der modernen Welt ausgeschlossen zu bleiben.

Vor diesem Hintergrund liegt dem Süden – und vor allem Südafrika – daran, den Gipfel in Johannesburg eher zu einem Entwicklungsgipfel als zu einem Umweltgipfel zu machen. Während Rio im Ruf stand, vom Norden dominiert zu sein, geht nun die Hoffnung dahin, dass Johannesburg der Gipfel für den Süden wird. In der Tat spiegelt bereits der Konferenztitel „Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung“ deutlich die Absicht, „Entwicklung“ auf der politischen Tagesordnung nach oben zu schieben. Wir halten dies angesichts der systematischen Vernachlässigung der Gerechtigkeitsfrage in der Weltpolitik für gerechtfertigt. Mehr noch, wir finden, es ist höchste Zeit, den Scheinwerfer auf die strukturellen Ungerechtigkeiten zu richten, welche die Mehrheit der Menschen auf der Welt in elenden und unwürdigen Lebensbedingungen halten.

Wir sind jedoch der Überzeugung, dass eine Konzentration auf die Entwicklungsagenda, so als ob die weltweite Krise der Natur nicht existierte, ein Rückfall hinter Rio wäre. Das käme einer Regression gleich, einem Rückschritt in der wachsenden Sensibilität für die Endlichkeit der natürlichen Welt. Und vor allem dem Süden würde damit ein schlechter Dienst erwiesen, denn Gerechtigkeit kann nicht länger von Ökologie getrennt bleiben. Der Ambition von Rio kann man stattdessen nur näher kommen, wenn die Forderung des Südens nach Gerechtigkeit eine effektive Antwort bekommt, allerdings in einer Art und Weise, welche die

bio-physischen Grenzen der Erde voll berücksichtigt. Manche behaupten, die Menschheit stehe vor einer Wahl zwischen Elend und Naturkatastrophen. Diese Wahl ist falsch. Wir sind überzeugt, dass menschliches Elend beseitigt werden kann, ohne Naturkatastrophen loszutreten. Und umgekehrt können Naturkatastrophen vermieden werden, ohne Menschen zu einem Leben im Elend zu verurteilen. Um mit dieser Aufgabe klarzukommen, müssen allerdings die Technologien, die Institutionen und die Weltsicht, die unseren Globus heute beherrschen, auf den Prüfstand gestellt werden. Johannesburg kann dafür den Startschuss geben.

2.1 Nachholende Entwicklung in den Wind schlagen

Teils durch Zwang, teils durch Verführung hat das nördliche Entwicklungsmodell die Sehnsüchte des Südens geprägt. Es führt greifbare Beispiele nicht nur eines anderen, sondern eines vermutlich besseren Lebens vor. Nach der Entkolonialisierung hat der Süden, ungeachtet der gerade gewonnenen Unabhängigkeit, den Lebensstil der Industrieländer als Vorbild genommen und sich bemüht, zu den reicheren Ländern hin aufzuholen. Und nach dem Fall des Kommunismus haben die Länder Osteuropas und Zentralasiens, so schnell sie konnten, dem Kapitalismus mit samt den glitzernden Produkten des freien Marktes Tür und Tor geöffnet. Der Sieger nimmt alles – einschließlich der Imagination. Worauf Länder ihre Hoffnung setzen, wonach sie streben, ist meist weniger aus ihrer jeweiligen Geschichte und Tradition hervorgegangen, sondern bekam ein Gesicht durch die Nachahmung des nördlichen Modells. So wurde oft die nationale Würde mit der Ankunft in der Modernität gleichgesetzt, und internationale Gerechtigkeit wurde dementsprechend als Annäherung an den Stand der entwickelten Ländern interpretiert.

Vorbei ist nun die Epoche der nachholenden Entwicklung. Nicht deshalb, weil die Nachahmung des Nordens nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht hätte, sondern weil das Entwicklungsmodell des Nordens historisch überholt ist. Bis zum Ausbruch der Umweltkrise konnte man der technischen Zivilisation, die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts auf beiden Seiten des Nordatlantik entstanden war, immer noch einen gewissen Grad an Überlegenheit zubilligen. Inzwischen ist aber offenkundig, dass es

sich bei vielen ihrer glorreichen Errungenschaften in Wirklichkeit um optische Illusionen handelt. Sie bestehen hauptsächlich darin, Macht von der Natur auf den Menschen zu übertragen und dabei die Natur abgetragen und angeschlagen zurückzulassen. Indem natürliche Systeme in großem Maßstab als Rohstoffquellen (Wasser, Holz, Öl, Mineralien usw.), als Standorte (Land für Bergwerke, Siedlungen, Infrastruktur) und als Senken (Boden, Ozeane, Atmosphäre) für wirtschaftliche Entwicklung dienen, werden sie geopfert oder in ihrer Funktionsfähigkeit gestört. Es genügt, die Umwelttrends der letzten fünfzig Jahre zu betrachten: die Konzentration der Treibhausgase hat tolerierbare Werte weit überschritten, ein Drittel des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens ist weltweit erodiert, auch ein Drittel der Tropenwälder, ein Viertel des verfügbaren Frischwassers, ein Viertel der Fischbestände sind verschwunden, ganz zu schweigen vom Verlust an Pflanzen und Tieren. Obwohl bislang nur eine Minderheit der Weltbevölkerung, und das auch nur für ein paar Generationen, die Natur ausgenommen hat, wird die Bonanza bald vorüber sein.

So ist inzwischen ist eine dramatische Situation eingetreten. Die Welt verbraucht mehr Ressourcen, als die Natur regenerieren kann. Berechnungen haben ergeben, dass seit Mitte der 70er Jahre die Kapazitäten der Biosphäre durch menschliches Handeln überschritten werden. Seither ist globale ökologische Überforderung zu einem herausragenden Kennzeichen der Menschheitsgeschichte geworden. 1997 belief sich die Überbelastung auf 30 % mehr als die

Das Entwicklungsmodell des Nordens ist historisch überholt

Erde verkraften kann, oder gar 40-50 %, wenn man die Bedürfnisse anderer Lebewesen mitberücksichtigt (WWF 2000). Ein großer Teil der Überforderung der Biosphäre hängt mit dem übermäßigen Verbrauch von fossilen Brennstoffen zusammen, deren Kohlendioxidausstoß eine riesige bioproduktive Oberfläche als natürliches Auffangbecken erfordern würde. In der Tat ist es vor allem das unbekümmerte Verbrennen fossiler Stoffe, das für die Zwickmühle verantwortlich ist, in die sich die konventionelle Entwicklung hineinmanövriert hat: zwischen Gerechtigkeit oder biosphärischem Kollaps wählen zu müssen. Wenn etwa die gegenwärtigen durchschnittlichen Kohlendioxidemissionen, die in der industrialisierten Welt pro Kopf ausgestoßen werden, auf alle Länder übertragen würden, dann müsste die Atmosphäre fünf mal mehr Emissionen absorbieren als sie verkraften kann – ohne den Bevölkerungszuwachs in Rechnung zu ziehen. In anderen Worten, wenn alle Länder der Welt dem industriellen Modell folgen würden, bräuchte es fünf Planeten, um als CO₂-Senken für die wirtschaftliche Entwicklung herzuhalten. Da die Menschheit aber nur über eine Erde verfügt, würde nachholende Entwicklung um der Gerechtigkeit willen die Mutter aller Katastrophen werden.

Man kann sich deshalb der Schlussfolgerung nicht entziehen, dass die wachsende Weltbevölkerung es sich nicht leisten kann, einen westlichen Lebensstandard durch konventionelle Entwicklung anzustreben. Die dafür benötigten Rohstoffmengen sind zu riesig, zu teuer und zu schädigend für lokale und globale Ökosysteme. Der UNDP-Bericht von 1998 über Menschliche Entwicklung betont, „arme Länder müssen ihren Verbrauch steigern, aber sie sollten nicht

den Weg verfolgen, den die reichen und schnell wachsenden Volkswirtschaften im letzten halben Jahrhundert eingeschlagen haben.“ Dies ist gewiss ein guter Rat, allerdings fehlt darin der Hinweis auf die Chancen, die sich da für viele Ländern in der südlichen Hemisphäre eröffnen. Wie vielleicht nie zuvor in der Geschichte besteht die Gelegenheit, „Unterentwicklung“ zum Vorteil zu wenden. In dem historischen Moment, wo die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen die Industriegesellschaften in eine Sackgasse treibt, haben Volkswirtschaften, die einst als rückständig betrachtet wurden, plötzlich den Wind der Geschichte in ihren Segeln. Da sie nicht vollständig im Industrialisierungsmodell alten Stils festsitzen, haben sie noch die Aussicht, das Stadium rohstoffverschwendender Produktions- und Konsummuster zu überspringen und auf direkterem Wege im nach-fossilen Zeitalter anzukommen. Die Herausforderung, vor der sie stehen, wird also darin bestehen, einen Weg zu wählen, der der Umwelt und den Armen gleichermaßen zugute kommt. Wirtschaftswachstum vom Wachstum im Ressourcenverbrauch und sozialen Fortschritt vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln, kann diese Länder einer nachhaltigen Zukunft um ein beträchtliches Stück näher bringen. Im Falle eines Erfolges könnten sie sogar die übliche Lehrer-Schüler Beziehung umkehren und dem Norden einen Ausweg aus einem selbstzerstörerischen Wirtschaftssystem weisen. Freilich wird diese goldene Gelegenheit schnell vorüber sein, wenn der Süden weiter an nachholender Entwicklung festhält. Um sie zu nutzen, muss indes der Süden den Mut aufbringen, sich Wohlstandsmodelle vorzustellen, die sich von denen im Norden unterscheiden.

2.2 Den Fußabdruck der Reichen verkleinern

Ohne Ökologie ist Gerechtigkeit in der Welt nicht zu haben, sonst würde die Biosphäre in Turbulenzen geraten. Die Einsicht, dass der global verfügbare Umweltraum begrenzt ist, wenn auch innerhalb flexibler Grenzen, hat der Frage der Gerechtigkeit eine neue Dimension hinzugefügt. Während die Suche nach größerer Gerechtigkeit von alters her damit zu tun hat, den Machtgebrauch einzuschränken, hat sie heute auch damit zu tun, den Naturgebrauch einzuschränken. Wenn Gerechtigkeit eine Chance haben

soll, dann müssen die Mächtigen den Machtlosen sowohl politischen wie ökologischen Raum überlassen. Aus diesem Grund steckt nach dem Zeitalter der umweltpolitischen Unschuld die Naturfrage innerhalb der Machtfrage, wie auch die Machtfrage innerhalb der Naturfrage steckt.

Macht bestimmt, wer wie viel Umweltraum beanspruchen kann. Weder alle Nationen noch alle Bürgerinnen und Bürger nutzen ihn zu gleichen Teilen. Im Gegenteil, der verfügbare Umweltraum ist höchst

Der größte Graben scheint zwischen den globalisierten Reichen und den lokalisierten Armen zu bestehen

unfair verteilt. Noch immer stimmt die Daumenregel, dass 20% der Weltbevölkerung 70-80% der Weltressourcen verbrauchen. Diese 20% sind es, die 45% aller Fleisch- und Fischprodukte verspeisen, 68% aller Elektrizität und 84% allen Papiers verbrauchen. Außerdem besitzen sie 87% aller Autos (UNDP 1998, 2). Es sind vor allem die Industrieländer, die das Erbe der Natur in exzessiver Weise antasten; sie machen sich die Umwelt weit über ihre nationalen Grenzen hinaus zunutze. Ihr ökologischer Fußabdruck ist größer – in einigen Fällen sogar sehr viel größer – als ihre eigenes Territorium, mit all den Ressourcen und Senken, die jenseits der eigenen Grenzen in Beschlag genommen werden. Die OECD-Länder schießen über die (was Ökologie und Gerechtigkeit betrifft) statistisch zulässige Durchschnittsgröße eines solchen Fußabdrucks in der Größenordnung von 75-85% hinaus. Das bessergestellte Viertel der Menschheit hat gegenwärtig einen Fußabdruck, der so groß ist wie die gesamte biologisch nutzbare Erdoberfläche (Wackernagel-Rees 1997).

Wenn es aber zum Ressourcenverbrauch kommt, dann führt die übliche Unterscheidung zwischen Nord und Süd in die Irre. „Nord“ und „Süd“ sind nichts anderes als „Zombie-Kategorien“ (U.Beck), das heißt Konzepte, die mit einer gewissen Trägheit in der Alltagssprache überleben, obwohl es die Wirklichkeit, auf die sie hindeuten, gar nicht mehr gibt. So existiert die klassische Gegenüberstellung von G7 (plus Russland) und G77 (plus China) immer noch in internationalen Foren, aber sie repräsentiert keinesfalls die Dynamik der realen Welt. Denn der kollektive „Süden“ umfasst die heterogensten Verhältnisse, von der Finanzmetropole Singapur oder dem ölreichen Saudi-Arabien bis zum armutsgeplagten Mali. Ein gemeinsames Interesse ist da schwer zu erkennen. Dasselbe gilt auch für den „Norden“, wenn auch in geringerem Maße. Die Begriffe „Nord“ und „Süd“ sind somit in erster Linie diplomatische Artefakte.

Vor allem jedoch verläuft die Trennlinie in der heutigen Welt, sofern sich eine solche ausmachen lässt, nicht in erster Linie zwischen den nördlichen und den südlichen Gesellschaften, sondern geradewegs durch all diese Gesellschaften hindurch. Der größte Graben scheint zwischen den globalisierten Reichen und den lokalisierten Armen zu bestehen; die Nord-Süd-Spaltung trennt nicht mehr ganze Nationen voneinander, sondern zieht sich, wenn auch in unterschiedlichen Formen, durch jede einzelne Gesellschaft. Sie trennt die globale Konsumentenklasse auf der einen Seite von der sozialen Mehrheitswelt auf

der anderen Seite, die im wesentlichen außerhalb der globalen Wirtschaftsarena verbleibt. Die globale Mittelklasse besteht aus der Mehrheit der Bevölkerung des Nordens sowie den mehr oder weniger großen Eliten im Süden. Etwa 80% dieser Klasse findet sich in Nordamerika, West- und Osteuropa sowie Japan, während 20% davon verstreut über die südliche Hemisphäre zuhause sind. Ihre Gesamtgröße entspricht in etwa den gut 20% der Weltbevölkerung, die Zugang zu einem Auto besitzen. In den letzten zehn Jahren hat die Globalisierung die Integration dieser Klasse in den weltweiten Umschlag von Gütern, Bildern und Reisen beschleunigt und vertieft, ganz augenfällig in den Schwellenländern und in Osteuropa/Russland. Transnationale Firmen umsorgen diese Klasse, und sie stellen auch die symbolischen Ausdrucksmittel wie Filme, Fashion, Musik und Markennamen. Doch ganze Kategorien von Menschen im Norden, wie Arbeitslose, Ältere und Wettbewerbschwächere, sowie ganze Regionen im Süden sind im wesentlichen vom globalen Wirtschaftskreislauf ausgeschlossen. In so ziemlich allen Ländern trennt eine unsichtbare Grenze die Beschleunigten von den Langsamem, die Vernetzten von den Unvernetzten, die Wohlhabenden von den Habenichtsen. Es gibt einen globalen Norden, wie es auch einen globalen Süden gibt (eingeschlossen den ehemaligen Ostblock), und diese Tatsache wird durch die konventionelle Unterscheidung zwischen „Norden“ und „Süden“ verdeckt.

Die konzerngetriebenen Konsumentenklassen im Norden wie im Süden haben die Macht, den Löwenanteil der vermarkteten Naturressourcen der Welt auf sich zu ziehen. Aufgrund ihrer Kaufkraft sind sie in der Lage, die Ressourcenflüsse zu dirigieren, welche sie für ihre waren-intensiven Produktions- und Konsummuster brauchen. Um an Ressourcen zu kommen, steht ihnen sowohl die eigene Nation wie der Globus als Hinterland zur Verfügung. Auf der globalen Ebene spannt sich ein meist von transnationalen Unternehmen organisiertes Netz von Ressourcenflüssen wie ein Spinnennetz über den ganzen Planeten und transportiert Energie und Stoffe in die Zonen hohen Konsums. Auf nationaler Ebene gelingt es den städtischen Mittelklassen in gleicher Weise, aufgrund von Eigentumsverhältnissen, Subventionen oder überlegener Nachfrage zu ihren Gunsten an Ressourcen zu gelangen. Vor allem in südlichen Ländern stammt die Marktnachfrage nach ressourcenintensiven Gütern und Dienstleistungen meist von jener oft relativ kleinen Bevölkerungsgruppe, die über Kaufkraft verfügt

und es sich deshalb leisten kann, die Konsummuster des Nordens nachzuahmen. Als Folge davon verbrauchen die wohlhabenderen Gruppen in Ländern wie Brasilien, Mexiko, Indien, China oder Russland genauso viel Energie und Materialien wie ihr Gegenüber in der industrialisierten Welt, was fünf bis zehnmal mehr ist als der Durchschnittsverbrauch in diesen Ländern.

Die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks der Konsumentenklasse in der Welt ist mehr als eine Frage der Ökologie; es ist eine Frage der Fairness. Selbst wenn die Ausfuhr von Ressourcen zu wirtschaftlichem Aufschwung verhelfen kann, ist sie ökologisch problematisch. Denn die exzessive Nutzung des Umwelt- raumes nimmt der sozialen Mehrheit der Weltbevöl- kerung die Ressourcen weg und schränkt ihre Fähig- keiten ein, ihr Leben zu verbessern und auf eine hel- lere Zukunft zuzugehen. Mehr noch, Reichtum auf der einen Seite ist manchmal auch mitverantwortlich für die Armut auf der anderen Seite. Immer wieder ver- mag die Konsumentenklasse sich selbst gegen Umweltschäden zu schützen, indem sie Lärm, Schmutz und die Unappetitlichkeit des industriellen

Hinterlandes auf die Lebensräume benachteiligter Gruppen verschiebt. Darüber hinaus warten Ressour- cen nicht einfach im Niemandsland darauf, abgebaut zu werden. Sie sind nur im seltensten Falle herrenlos, sondern oft dort, wo Menschen leben, die dank dieser Ressourcen ihren Lebensunterhalt sichern können. Indem die Konsumentenklasse über die globale Reich- weite transnationaler Unternehmen diese Ressourcen vereinnahmt, trägt sie zur Marginalisierung jenes Drittels der Weltbevölkerung bei, das seinen Leben- sunterhalt direkt durch den freien Zugang zu Land, Wasser und Wäldern erhält. Gewiss, Exporte können das Einkommen eines Landes steigern, aber es ist kei- neswegs gewährleistet, dass die Ärmeren davon auch einen Vorteil haben. Wenn jedenfalls Großstaudäm- me hochgezogen, Eisenerze abgebaut, Bäume gefällt und die Felder zum Nutzen ferner Verbraucher in Plantagen umgewandelt werden, dann müssen in vie- len Fällen Ökosysteme daran glauben, von denen vie- le Menschen tagtäglich leben. Solche Art von Ent- wicklung dient oft zu nichts anderem, als die Armen ihrer Ressourcen zu berauben, damit die Reichen über ihre Verhältnisse leben können.

2.3 Existenzrechte für die Armen

Im Gegensatz zu Rio wird sich der Johannesburg-Gip- fel auf Armutsbekämpfung konzentrieren. Wahr- scheinlich werden die Repräsentanten des Südens sich das Armenabzeichen anstecken und einen größeren Anteil an der Weltwirtschaft fordern. So nobel das Anliegen der Armutsbekämpfung ist, so zweifelhaft ist jedoch ihre politische Realisierung. Sicherlich bedarf die Beseitigung der Armut enormer Anstren- gungen von Seiten der internationalen Gemeinschaft. Es ist allerdings fragwürdig, ob diese Bemühungen sich in mehr Entwicklungshilfe, höheren Finanzzusa- gen und einer stärkeren Beteiligung am Weltmarkt erschöpfen sollen. Denn was gut ist für die Regierung, ist nicht immer gut für die Armen. In der Tat, die süd- lichen Regierungen haben, von ihren Eliten unter- stützt, viel zu oft und schon viel zu lange dem Aufstieg ihrer Konsumentenklasse gehuldigt und ihre eigene Machtbasis unter dem Banner der Armutsbeseitigung abgesichert. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass das Ringen um Armutsbeseitigung nicht in der Auseinandersetzung zwischen südlichen und nördli-

chen Regierungen entschieden wird, sondern in den Konflikten zwischen der marginalisierten Mehrheit und der globalisierten Mittelklasse – welche Ministe- rien, Unternehmen und multilaterale Institutionen einschließt. Schließlich ist es mehr als einmal vorge- kommen, dass Regierungen des Nordens und des Südens einen Konsens auf Kosten der Armen erreicht haben. Während so alle einhellig übereinstimmen, dass Armutsbekämpfung Priorität erhalten soll, scheiden sich gleich die Meinungen, sobald die Schlüsselfrage gestellt wird: Armutsbeseitigung ja, aber durch wen?

Die erste Antwort stellt die Rolle von Investoren, transnationalen Konzernen und Wirtschaftsplanern in den Mittelpunkt. Denn es ist ihre Grundvermutung, dass Armut von fehlendem Einkommen herrührt, einem Mangel, dem logischerweise nur mit mehr und breiterem Wachstum abgeholfen werden kann. Weil Wachstum in dieser Sichtweise durch Export zu städ- tischen oder besser noch ausländischen Märkten aus- gelöst wird, sind die wichtigsten Mittel für eine

Armutsbekämpfungsstrategie Kapitalinvestitionen, Fabriken, Bewässerungsanlagen, Transportnetze und Absatzmärkte. Ferner lässt sich größere Kaufkraft nur anzapfen, wenn der freie Zugang zu den Konsummärkten im Norden gesichert ist. Von dieser Perspektive her wird nur die Integration der produktivsten landwirtschaftlichen Sektoren in den Weltmarkt für einen ständigen Einkommens- und Investitionsfluss sorgen, der im Gegenzug dann weiteres Wachstum anregt. Kurz gesagt, die Armut würde durch mehr Globalisierung überwunden. Umweltthemen spielen übrigens bei export-orientierten Armutsbekämpfungsstrategien nur eine untergeordnete Rolle. Im Gegenteil, zuviel Aufmerksamkeit für Pestizide, Verschmutzung, Abholzung oder genetisch manipulierte Pflanzen wird leicht als Entwicklungshindernis hingestellt. Freilich könnte zukunftsfähiger Handel an Bedeutung gewinnen, sobald genügend Nachfrage von Seiten der Verbraucher für Güter wie zertifizierte Holzprodukte oder organische Lebensmittel besteht. Wir haben den Eindruck, dass export-orientierte Armutsbekämpfung stark von Südafrika und der kürzlich gegründeten Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) favorisiert wird.

Die zweite Antwort – die wir unterstützen – richtet die Aufmerksamkeit auf die Armen selbst und sieht in ihnen Akteure, die ihr Leben unter harten und elenden Bedingungen mit Kompetenz und einer Portion Schlauheit durchziehen. Bei diesem Ansatz rührt Armut eher von einem Defizit an Macht als einem Mangel an Geld. Die Armen sind weit davon entfernt, nur Bedürftige zu sein, die auf Zuwendungen warten, sondern sie müssen als Bürgerinnen und Bürger angesehen werden, die aufgrund mangelnder Rechte, Eigentumstitel, Einkünfte oder politischer Einflusskraft marginalisiert sind. Jeglicher Versuch, Armut zu lindern, muss sich deshalb auf die Stärkung von Rechten und Chancen konzentrieren. Dies trifft vor allem für Frauen zu, die oft einen rechtlich unterprivilegierten Status haben. An vielen Orten haben sie keinen Zugang zu Besitztiteln, Einkommen oder Einfluss, obwohl sie den größten Teil der Alltagslasten tragen und oft ihre Familien alleine unterhalten müssen. Frauen wie Männern hilft weniger eine Grundbedürfnis- als eine Grundrechtsstrategie, die Hindernisse zur Selbsthilfe zu überwinden. Auf dem Lande drehen sich die Konflikte, mit denen Landbesitzer und staatliche Verwaltung konfrontiert werden, häufig um Landrechte, um Zugang zu Wasser, Wäldern und unzerstörten Lebensräumen. In den Städten hingegen konzentrieren sich Konflikte, mit denen Beamte,

Gesundheitsdienste, Polizei oder Machtcliquen konfrontiert werden, eher auf Wohnrechte, das Recht auf sauberes Wasser, auf Gewerbefreiheit oder Selbstverwaltung. Wenn es in diesem Machtgefüge aber keine Verschiebungen gibt, vorsichtige oder weitreichende, dann werden den Armen fast immer die Sicherheit und die nötigen Mittel fehlen, die sie zu einer würdevollen Existenz brauchen. Die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums ist daher weniger wichtig als die Sicherung der Existenzrechte für die Marginalisierten. Da vom Wirtschaftswachstum gewöhnlich kaum je etwas nach unten durchgesickert ist, braucht man auch nicht das heutige Leben von Menschen für spekulative Gewinne in der Zukunft zu opfern. Stattdessen ist es entscheidend, ihnen die Macht zu geben, hier und heute ein würdiges Leben führen zu können.

Allerdings verträgt sich eine solche lebensunterhaltsorientierte Perspektive schwerlich mit export-orientierten Armutsbekämpfungsstrategien. Mittlerweile gibt es ausreichend Hinweise, dass letztere zwar den Investoren, Agrarindustrien und reichen Farmern helfen, ihre eigenen Einkünfte zu mehren, während wahrscheinlich ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung unter massiven Vertreibungen von kleinen Höfen, dem Verlust des Lebensunterhalts und erzwungener Stadtflucht zu leiden haben wird. Obendrein wird eine Strategie zur Schaffung industrieller Arbeitsplätze, die unter den Bedingungen einer grenzenlosen Wirtschaft auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein müssten, wahrscheinlich bald den Atem verlieren. Solche Jobs erfordern erhebliche Kapitalinvestitionen, so dass sie viel langsamer wachsen als die Zahl der Arbeitslosen. In den meisten Ländern des Südens können Landwirtschaft und Industrie unter dem Regime des freien Marktes keinesfalls gleichzeitig wettbewerbsfähig und arbeitsintensiv sein. Die Integrationspolitik in den Weltmarkt ist deshalb alles andere als gastfreundlich gegenüber einer rasch wachsenden Zahl von Bürgern. Sie lässt viele Menschen in Bezug auf die offizielle Wirtschaft überflüssig werden.

Um diese Sackgasse zu umgehen, ist es wichtig, nachhaltige Weisen des Lebensunterhalts voranzubringen. Nachhaltig in der doppelten Bedeutung des Wortes: einmal als eine Aktivität, die ein leidliches Auskommen bietet und auch eine soziale Rolle und etwas Sinn im Leben. Zum anderen als eine Aktivität, welche die Natur erhält und nach Möglichkeit auch regeneriert. Produktive Ökosysteme stellen oft ein Kapital für nachhaltige Lebensunterhaltsweisen dar,

Armut rührt eher von einem Defizit an Macht als einem Mangel an Geld

denn Weiden, Wälder, Felder und Flüsse können wertvolle Quellen für Nahrung, Materialien und Medizin sein. Dies ist der wichtigste Grund, warum lebensunterhalts-orientierte Strategien der Armutsminderung sich mit dem Interesse an Umweltschutz decken. Ökologie fällt ins Gewicht, wenn es darum geht, Existenzrechte zu sichern. Gemeinschaftsrechte auf Naturressourcen zu stärken, ist deshalb ein Kernstück einer lebensunterhalts-zentrierten Politik. Wenn allerdings die Rechte von örtlichen Gemeinschaften gestärkt werden, wird das möglicherweise auf Kosten der Ansprüche entfernter Einkommensbe-

zieher und Verbraucher gehen. Die direkte oder indirekte Forderung der globalen Mittelklassen nach leicht zugänglichen und billigen Ressourcen muss deshalb in Schach gehalten werden, da das Interesse der Mittelklassen an Konsumsteigerung und das Interesse der Konzerne an Gewinnsteigerung oft mit den Interessen der Gemeinschaften kollidiert, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Diese Ressourcenkonflikte werden nicht abklingen, solange die Bessergestellten in der Welt nicht in der Lage sind, einen Übergang zu ressourcen-leichten Produktions- und Konsummustern zu bewerkstelligen.

2.4 Sprung ins Solarzeitalter wagen

Zu Zeiten von Rio hatte nachhaltige Entwicklung vor allem mit dem Schutz der Umwelt zu tun, aber im Umfeld von Johannesburg wird es hauptsächlich um den Schutz von Menschen gehen. Denn niemand kann die Augen verschließen vor dem, was man die Herausforderung des 21. Jahrhunderts nennen könnte, nämlich die Frage, wie man der doppelten Zahl von Menschen auf der Welt Gastfreundschaft gewähren kann, ohne die Biosphäre in den Ruin zu treiben. In der Tat, jenes historische Muster der Knappheit, das der wirtschaftlichen Entwicklung seinen Stempel aufgedrückt hat und sie auch weiterhin beeinflusst, ist heute überholt. Während früher die Welt voll an Natur, aber leer an Menschen erschien, ist es heute umgekehrt: die Welt ist eher leer an Natur, aber voll an Menschen. Bedürfnisbefriedigung ist nicht begrenzt durch den Mangel an Händen und Köpfen, sondern durch die Knappheit an Naturressourcen und florierenden Ökosystemen. Inzwischen ist die Natur, stärker als das Geld, der limitierende Faktor. Denn wirtschaftliches Wohlergehen ist ja immer häufiger nicht etwa eingeschränkt durch die Zahl der Fischerboote, sondern durch die abnehmende Menge an Fisch; nicht durch die Leistungskraft der Pumpen, sondern durch das Absinken des Grundwasserspiegels; nicht durch die Anzahl der Kettensägen, sondern durch das Verschwinden der Wälder. Für die südlichen Länder wird die wesentliche Frage lauten: Wie viele Probleme können gleichzeitig gelöst oder vermieden werden? Und: was sind die angemessenen Richtungsentscheidungen, um sowohl den vielen Menschen wie der Knappheit der Natur gerecht zu werden?

Die Antwort liegt in unseren Augen darin, zügig die industrielle Wirtschaft, die mit der Natur verschwenderisch und mit Menschen unwirtschaftlich umgeht, hinter sich zu lassen und eine regenerative Wirtschaft aufzubauen, die klug mit der Natur umgeht und auch mehr Menschen braucht. Denn eine Volkswirtschaft, die davon ausgeht, es gäbe kostenfreie Güter – klares Wasser, saubere Luft, Kohlenstoffverbrennung, Urwälder, Erzadern – wird energie- und materialintensive Massenproduktionsmethoden bevorzugen und an Arbeitsplätzen sparen. Wenn hingegen ein Wirtschaftssystem einem verschwenderischen Ressourcenverbrauch gegensteuert und auf nichtfossile Ressourcen setzt, steht zu vermuten, dass sich eher dezentralisierte, kleinere Produktionsstrukturen entwickeln werden, die mehr Arbeitsplätze und Intelligenz erfordern. Weil die Potentiale höherer Ressourcenproduktivität enorm sind, sind Regierungen und Unternehmen im Norden wie im Süden gut beraten, ein anderes Szenario anzupfeilen: durch radikale Senkung des Ressourcenverbrauchs langfristig mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Anstatt Leute loszuwerden, bietet sich an, möglichst viele Kilowattstunden, Tonnen an Öl oder Zellstoff aus alten Baumbeständen loszuwerden. Die Naturressourcen werden teilweise durch Menschen ersetzt; eine solche, mit minimalem Natureinsatz funktionierende Ökonomie wird sich ungleich stärker auf die Kraft, das Können und das Wissen von Menschen verlassen müssen. Ja, sie wird post-industriell im wahren Sinne des Wortes sein und auf ein neues Gleichgewicht zwischen Maschinen, biologischer

Produktivität und menschlicher Intelligenz hinarbeiten.

Dies trifft umso mehr zu, wenn es darum geht, die Rohstoffbasis insgesamt von den fossilen zu den solaren Energien und Materialien hin zu verlagern. Neben dem ganz offensichtlichen Nutzen für die Umwelt geht es hier auch darum, dass fossile Rohstoffe meist auch lange Nachschubwege brauchen, die ihrerseits lange Wertschöpfungsketten implizieren. Da die geografische Entfernung zwischen Rohstoffabbau und Endverbrauch, einschließlich der Zwischenschritte der Verarbeitung und Raffinierung, meist sehr groß ist, sind auch die Gewinn- und Arbeitsplatzchancen weit gestreut. Die meisten Länder und Orte, die sich am Ende einer solchen Kette vorfinden, fühlen sich erdrückt von den hohen, aus dem Ausland importierten Treibstoff- und Rohstoffkosten. Sie müssen bezahlen, aber die meisten Gewinne und Arbeitsplätze entstehen in der Ferne. Mit einem Wechsel der Rohstoffbasis könnte sich auch diese Logik verändern. Photovoltaik, Windkraft, kleine Wasserkraftwerke und vielerart Biomasse zu nutzen, zieht wesentlich kürzere Nachschubwege nach sich, nicht nur für Rohstoffe, sondern oft auch für die damit verbundenen Konversionstechnologien. Dies führt dazu, dass Einkommen und Arbeitsplätze weitgehend auf lokaler und regionaler Ebene bleiben, weil das Geld in einem kleineren geografischen Raum zirkuliert. Da Sonnenschein und Biomasse überall vorkommen, bieten sie sich für dezentrale Produktions- und Verbrauchsstrukturen an, ganz im Gegensatz zu den fossilen Rohstoffen, die an einigen wenigen Orten konzentriert sind und zentralisierte Großanlagen erfordern. Das industrielle Muster, die Natur zu vergeuden anstatt für die Menschen zu sorgen, würde umgekehrt; durch eine Solarwirtschaft wird beidem Rechnung getragen, weil Menschen beteiligt und Rohstoffe gespart werden.

Die Länder des Südens haben die Chance, früher und massiver als die nördlichen Ökonomien in die Solarwirtschaft einzusteigen. Mehr noch, sie würden sich selbst schaden, sowohl was die Existenzrechte der Armen wie auch die Umwelt anlangt, wenn sie dieselben Stadien industrieller Entwicklung durchlaufen wollten wie die nördlichen Staaten. So stehen zum Beispiel Schwellenländer vor Richtungsentscheidungen, wenn es darum geht, Infrastrukturen wie Energie-, Transport-, Abwasser-, oder Kommunikationssysteme einzuführen. Schließlich hat deren Aufbau und Unterhalt in den Industrieländern gerade dazu geführt, dass heute die Naturressourcen da-

hinschwinden. So sind viele Länder des Südens jetzt noch in der Lage, diesen wenig nachhaltigen Kurs zu vermeiden, indem sie sich direkt für Infrastrukturen entscheiden, die das Land auf einen ressourcen-leichten und emissionsarmen Entwicklungspfad schicken. Dies gilt gleichermaßen für die ex-kommunistischen Länder, wo es oft vorzuziehen ist, neue Infrastruktursysteme aufzubauen, anstatt die alten zu überholen. Investitionen in die Infrastruktur, wie leichte Bahnsysteme, dezentrale Energieproduktion, öffentlicher Nahverkehr, Brauchwasserkreisläufe, angepasster Wohnungsbau, regionalisierte Nahrungsversorgung, transportsparende Siedlungen können ein Land auf den Weg bringen zu saubereren, kostengünstigeren und gerechteren Entwicklungsmustern. Diese Perspektive trifft in vielerlei Hinsicht zu; überdies bietet sie die einmalige Chance, Jahrzehnte nach der staatlichen Unabhängigkeit, auch größere wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen. Die Länder im Süden und im Osten, die nichts von einem Sprung ins Solarzeitalter wissen wollen, tun das, so wird sich zeigen, auf eigene Gefahr.

Die Johannesburg Agenda

- Sich auf das historisch überholte Entwicklungsmodell des Nordens zu fixieren, als ob es keine Endlichkeit der Biosphäre gäbe, bedeutet einen Rückschritt hinter Rio. Auch dem Süden ist damit ein schlechter Dienst erwiesen; denn Gerechtigkeit kann nicht länger von Ökologie getrennt werden.
- Die Kategorien „Nord“ und „Süd“ führen in die Irre. Sie sind diplomatische Artefakte. Stattdessen verläuft die wahre Trennungslinie auf der Welt quer durch jede Gesellschaft – zwischen den globalen Reichen und den lokalen Armen.
- Die exzessive Beschlagnahme des globalen Umweltraums durch die Wohlhabenden entzieht der marginalisierten Mehrheit vitale Ressourcen. Fairness verlangt, dass die Konsumentenklasse in Nord und Süd ihren ökologischen Fußabdruck verkleinert.
- Armut rührt eher von einem Mangel an Macht als von einem Mangel an Geld. Mehr Rechte für die Armen ist die Voraussetzung für die Beseitigung von Armut.
- Ohne Umweg gleich ins Solarzeitalter zu springen, darin liegt für den Süden eine historische Chance. Eine Solarwirtschaft verspricht, sowohl mehr Menschen zu brauchen als auch Ressourcen zu schonen.



Teil 3

Armut-Ökologie

Die Politik der Armutsbekämpfung ist gespickt mit schiefen Vorstellungen. Zu den beliebten Mythen gehört die Auffassung, (a) die Armen würden die Umwelt zerstören, (b) Wirtschaftswachstum behebe die Armut, und (c) Wachstum sei deshalb das Rezept für die Beseitigung der Armut wie der Umweltbelastung. Wir sind der Auffassung, dass jedes Glied in dieser Argumentationskette fehlerhaft ist. Deshalb werden darauf basierende politische Entscheidungen allzu leicht kontraproduktiv sein.

Gewiss, von ihrem Land verdrängte, marginalisierte Menschen können gar nicht anders, als ihren Wald abzuholzen und ihr Land zu überweiden. Doch bäuerliche Gemeinschaften haben sich im allgemeinen als sorgsame Hüterinnen und Anwältinnen von Ressourcen und Ökosystemen erwiesen. Da die Armen oft auf die Fruchtbarkeit des Bodens, die Fische aus Gewässern, auf medizinisch verwertbare Pflanzen, auf Holz aus den Wäldern und auf wildlebende Tiere für ihr Überleben und ihre Einkünfte angewiesen sind, haben sie ein sehr handgreifliches Interesse daran, Naturressourcen zu erhalten.

Auch das Argument über Wirtschaftswachstum bedarf der Klärung. Die Lebensbedingungen von bäuerlichen Gemeinschaften werden nämlich nicht einfach durch das Wachstum des Brutto-Sozial-Produkts verbessert, sondern nur durch ein Wachstum, welches das Brutto-Natur-Produkt erhöht (um eine Unterscheidung des jüngst verstorbenen Anil Agarwal zu gebrauchen). Andernfalls bewirkt Wachstum das Gegenteil – Verlust an Einkommen und am Vermögen, Lebensunterhalt über direkten Naturzugang zu sichern. Nicht das Geldwachstum als solches ist daher wichtig, sondern seine Qualität: zentral wirtschaftliche Aktivitäten, die so strukturiert sind, dass sie sowohl zur Erhaltung der Ökosysteme wie dem Zusammenhalt der Gemeinschaften beitragen. Ein Wirtschaftswachstum um seiner selbst willen führt leicht in eine Sackgasse, wenn nicht erneuerbare Energien, nachhaltige Landwirtschaft, Wasserschutz, Bio-Unternehmen und der sorgliche Umgang mit Boden, Wäldern und Feuchtgebieten im Mittelpunkt stehen. Zerstörte Natur verschlimmert die Notlage der Armen, aber prosperierende Ökosysteme vermindern ihre Verwundbarkeit. Ökologie ist deshalb ein Kernstück für jegliche Politik, welche die Existenzsicherung der Armen im Auge hat.

3.1 Biologische Vielfalt und Existenzsicherung

Landwirtschaft ist eine Lebensart. Überall auf der Welt trachten ländliche Gemeinschaften danach, ein nachhaltiges und sinnerfülltes Leben führen. Sie wollen überleben, ihren Lebensunterhalt sichern, aber auch Feste feiern und sich an der Natur freuen. Das Leben dieser Gemeinschaften ist durch die Flora und Fauna ihrer Umgebung geprägt. So spiegeln Nahrungsgewohnheiten und Hausbau, Kleidung und Musikinstrumente, Tagesrhythmen und Riten etwas von den Pflanzen- und Tiergesellschaften, in deren Mitte sie leben. Während die Erhaltung der Artenvielfalt in Verträgen wie der Konvention über biologische Vielfalt zu einem offiziellen Ziel internationaler Politik erhoben worden ist, blieb es oft außerhalb der Aufmerksamkeit, welche Rolle die Artenvielfalt im produktiven und kulturellen Leben von Dörfern auf dem Lande und an der Küste spielt. Da diese Gemeinschaften schon immer – und immer noch – von ihrer spezifischen biologisch vielfältigen Umgebung abhängig waren und sind, wurde die Notwendigkeit des Schutzes oft integraler Bestandteil ihrer Kultur und ihrer täglichen Gewohnheiten. Dorfbewohner sind sich im allgemeinen klar darüber, dass ihr Lebensunterhalt von der verlässlichen Produktivität der Natur abhängig ist; daher kann man meistens davon ausgehen, dass sie der Natur nicht mehr abverlangen, als diese regenerieren kann. Vor allem die Nutzung von Ressourcen in Gemeineigentum, wie Fischgründe oder Wälder, wird oft durch Gewohnheitsrechte geregelt, die so gefasst sind, dass die Tragfähigkeit der örtlichen Ökosysteme nicht überstrapaziert wird.

Lebensunterhalt und Artenvielfalt

Es kann keine Ernährungssicherheit ohne Sicherheit der Bauern und Landwirte geben. Deren Lebensgrundlagen wiederum sind umso stabiler, je besser die Artenvielfalt gedeiht. Überall auf der Welt, wo Nahrungsmittel lokal angebaut werden, haben sich bäuerlichen Gemeinschaften, insbesondere die Frauen, um den Erhalt der Artenvielfalt und die Verbesserung der genetischen Ressourcen gekümmert. In der Tat spielen Frauen eine zentrale Rolle bei der Erhaltung wie auch der strategischen Nutzung biologischer Vielfalt. Sie tragen nicht nur Sorge für die Ernährung ihrer Familien, sondern sind Garanten dafür, dass lokales Wissen, Überlebenstechniken und das kulturelle Gedächtnis erhalten bleiben.

Die meisten Armen besitzen kein Land, sondern sind zum Überleben auf die Ressourcen in Gemeinschaftseigentum angewiesen – auf Wälder, Wasserläufe oder sogar Straßenränder, die den Kommunen oder dem Staat gehören. In einer 1991 in Indien durchgeführten Studie wurde herausgefunden, dass 80% des von den Armen verwendeten Heizmaterials und Tierfutters von solchem Land kommt. Auch 20% ihres Einkommens geht auf solche Quellen zurück. In Afrika gewinnen ländliche Haushalte 35% ihres Energiebedarfs aus Feuerholz – das meist im Unterholz und auf Gemeinschaftsland gesammelt wird. Freier Zugang zu Grasland, Bäumen und Wasserläufen ist für das Auskommen dieser Haushalte lebensnotwendig. Jeder Abbau dieser Ökosysteme, sei es durch Verschmutzung, Überweidung oder Abholzung, vergrößert unweigerlich die tägliche Arbeitslast, ja kann sogar tödlich für eine Gemeinschaft sein.

In diesem Kontext ist es besonders wichtig, dass der Lebensunterhalt vieler ländlicher Familien nicht nur von den angebauten Feldfrüchten abhängt, sondern auch von Nahrungsmitteln, die wild wachsen. In den ländlichen Gegenden Asiens und Afrikas beispielsweise sieht man in den frühen Morgenstunden oft Menschen, die um ihr Haus herum Blätter und Pflanzen sammeln, kleine Fische fangen oder Früchte von den Sträuchern holen. Sie suchen auch an Straßenalleen, am Rand von Reisfeldern, an Teichen, bei Kanälen und auf anderem Gemeinschaftsland. Sie wissen, dass die Kinder, die im nahen Teich, Fluss oder Kanal schwimmen gehen, zurückkommen werden mit Händen voller wilder grüner Blattgemüse, Knollen, essbaren Waldfrüchten und vor allem Fischen, die umgehend zu einer Mahlzeit für die Familie verarbeitet werden. Die beliebtesten Fische sind meist „unkultivierte“ Fische, die in den Gewässern gefangen werden. Einer UBINIG-Studie (2000) zufolge bezieht die ländliche Bevölkerung in Bangladesch mindestens 40% des Nahrungsgewichts und die größte Menge des erforderlichen Nährstoffgehalts von Landflächen und aus Gewässern, die nicht bewirtschaftet werden.

Für ihren Lebensunterhalt sind die Armen, und unter ihnen besonders die Frauen, darauf angewiesen, dass Landbau, Viehwirtschaft, Geflügelhaltung und Fischerei integriert sind. Ländliche Familien bestehen ja in gewisser Weise nicht nur aus der Großfamilie, sondern auch aus Haustieren wie Kühen, Ziegen,

Schafen, Hühnern, Enten und Tauben. Auf Mischkulturfeldern wachsen die Pflanzen, mit denen Hühner und Kühe gefüttert werden. Die Gräser am Straßenrand dienen als Ziegenfutter. Kinder sammeln Schnecken und andere Wassertiere, um die von den Frauen aufgezogenen Enten zu füttern. Die meisten armen Landfrauen überleben dadurch, dass sie Kühe, Ziegen, Schafe, Enten, Hühner und Schweine halten, deren Futtermittel nicht gekauft, sondern in der Umgebung und auf dem Gemeinschaftsland geerntet und gesammelt werden.

Diese Tiere beziehen ihr Futter von Gräsern, Vögeln und Kleintieren in der Umgebung, die ihrerseits wiederum dafür sorgen, dass Umwelt und Vielfalt erhalten bleiben.

Eine Monokultur-Mentalität, wie sie meist in der industriellen Landwirtschaft vorkommt, hat oft keinen Blick für die Wechselbeziehungen zwischen Menschen, Pflanzen und Tieren. Agrarwissenschaftler, die nichts anderes im Sinn haben, als den Ertrag einer bestimmten Feldfrucht zu optimieren, übersehen meist die Bedeutung, welche einer Vielfalt an angebauten und nicht angebauten Pflanzen für den unmittelbaren Lebensunterhalt zukommt. Dies ist einer der Gründe, warum größere Erträge aus Monokulturen nicht notwendigerweise mehr Nahrung für Bauern bedeuten. Unter Umständen bedeuten sie sogar weniger Nahrung, weil die subsidiären Pflanzen ausgemerzt wurden – Kollateralschäden der Monokultur. Außerdem bleiben die Nebenwirkungen der chemischen Landwirtschaft nicht ohne Einfluss auf die Vielfalt von Feldfrüchten und Tieren. Wenn Land und Wasser verschmutzt sind, werden sie Nahrungssammlern, gleich ob Mensch oder Tier, zu Gift. Immer wieder passiert es, dass Wasserquellen, Fischbestände oder Vegetation durch chemische Rückstände verschmutzt werden. Die Behauptung, moderne Landwirtschaft produziere mehr Nahrungsmittel, ist deshalb irreführend, weil sie auf der Kalkulation von Monokulturernten basiert. Denn gewöhnlich – etwa bei der Kalkulation von Reisernten – werden systematisch alle negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit anderer Pflanzen und Tiere, kultiviert oder nicht, unberücksichtigt gelassen.

Frauen und ihr Beitrag zur Saatgutpflege

Frauen sind die Hüterinnen der Artenvielfalt, weil sie oft für die Auswahl und Konservierung des Saatguts verantwortlich sind. Indem sie die Samen für Gemüse, Früchte und viele andere Pflanzen auswählen, auf-

bewahren, sortieren und säen, fällt ihnen eine entscheidende Rolle beim Erhalt der genetischen Ressourcen und der Artenvielfalt zu. Auch die allgemeine Praxis, Saatgut und Samen mit Nachbarn und Verwandten zu teilen, trägt dazu bei, die genetische Vielfalt zu stärken. Verschiedene Gemüsesorten zum Beispiel garantieren Nahrung aus verschiedenen Anbaugebieten und zu unterschiedlichen Jahreszeiten. Im *Seed Wealth Center* in Bangladesh können die Bäuerinnen beispielsweise ihre gesammelten Samen deponieren. Das Zentrum sammelt lokales Saatgut mit dem Ziel, die für das Saatgut der Bauern geeignetsten Produktionstechniken zu übernehmen und zu verbessern. So wurden innerhalb sehr kurzer Zeit Hunderte von lokalen Samenarten von Reis, Gemüse, Früchten und Bäumen neu eingesetzt. Die Bäuerinnen im *Nayakrishi*-Gebiet kultivieren beispielsweise mindestens 1027 Sorten von Reis und diese Anzahl nimmt ständig zu. In einem Land, in dem mehr als 15.000 verschiedene Reisernten in nur zwei Jahrzehnten auf 8 bis 10 Sorten reduziert wurden, bedeutet dies, dass der Trend zur genetischen Unterminierung umgekehrt werden konnte. Da die Bauern auch untereinander ihr Saatgut austauschen, stärken sie die genetische Ressourcenbasis ihrer Gemeinschaft.

Bäuerinnen der *Nayakrishi*-Bewegung haben angefangen, ihre *veez-sampad* oder ihren „Samenreichtum“ bewusst zu vermehren. Sie lehnen aber Saatgutbanken oder Genbanken ab. Stattdessen nehmen sie für sich das Recht in Anspruch, die Kontrolle über ihr Saatgut zu behalten; deshalb weisen sie jede Zentralisierung des Samenreichtums in Form einer „Bank“ zurück. Schließlich ist die Kontrolle über Saatgut auf der Ebene von Haushalten und Dörfern ein wichtiger Stützpfiler für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bauern. Damit ist Sicherheit gegeben, man kann Ausgaben vermeiden und schützt ein Erbe, mit dem auch soziale Beziehungen verwoben sind. Bauern werden verwundbarer, wenn sie die Kontrolle über ihr Saatgut verlieren. Aus diesem Grund muss das Recht der Bauern auf ihr Saatgut, einschließlich des Rechtes, ihr Saatgut zur Züchtung neuer Arten zu verwenden, gegen die Versuche von Konzernen geschützt werden, das vitale Bedürfnis des Säens in zahlungsfähige Nachfrage nach ihren Produkten umzuwandeln.

3.2 Boden und Wasser als Lebens-Mittel

Bodendegradation ist genauso wie der begrenzte Zugang zu Land ein Schlüsselfaktor ländlicher Armut. Wenn die Bodenfruchtbarkeit abnimmt, sinkt auch die landwirtschaftliche Produktivität, was oft wiederum im Gegenzug durch teuren Kunstdünger kompensiert werden muss. Häufig hängt abnehmende Fruchtbarkeit mit Wassermangel zusammen, der zur Übersalzung und Erosion des Bodens führt. Aus diesen Gründen werden durch die Verschlechterung der Land- und Wasserressourcen auch die Lebensgrundlagen von Kleinbauern unterhöhlt. Sie sind dann leicht gefangen in einer Abwärtsspirale, die von abnehmender landwirtschaftlicher Produktivität ausgeht und über den Verlust der Lebensgrundlagen bei der Flucht aus den Dörfern endet. Das wachsende Phänomen von Umweltflüchtlingen ist oft eng verbunden mit der Verschlechterung des Bodens. In Westafrika zum Beispiel stammten Kinder, die aufgrund von Mangelernährung Wachstumsstörungen aufwiesen, meist aus Gebieten, in denen es starke Bodenerosion gab. Es wird geschätzt, dass bis zu einer Milliarde Menschen von Bodendegradation durch Entwaldung, Überweidung und Ackerbau (DFID 2002) betroffen sind. Jeder Versuch, dem ländlichen Elend entgegenzuwirken und den Lebensunterhalt zu sichern, muss sich deshalb auf die Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit und der Wasserressourcen konzentrieren.

Bodenfruchtbarkeit durch organischen Landbau

Bäuerliche Gemeinschaften haben in Tausenden von Jahren ihrer Geschichte gelernt, verschiedene biologische und physikalische Methoden anzuwenden, wie beispielsweise Terrassierung oder Brachlegung, um mit der abnehmenden Produktivität landwirtschaftlicher Ökosysteme klar zu kommen. Die wichtigsten Methoden sind vielleicht jene, in denen bestimmte Pflanzen oder Arten ganz bewusst eingesetzt werden, um dem langsamen natürlichen Abbau jedes agro-ökologischen Systems entgegenzuwirken. Ein Kleinbetrieb, in dem sowohl Feldfrüchte angebaut wie auch Tiere gehalten werden, hat natürlichen Dünger zur Verfügung, der in optimaler Weise die Nährstoffe zu Beginn der Wachstumsphase bereithält. Außerdem können die Nährstoffe genau dort eingesetzt werden, wo sie am meisten benötigt werden.

Auch der Einsatz menschlicher Fäkalien als Dünger trägt dazu bei, dass organische Substanzen und Nährstoffe länger im Boden bleiben. Tiefwurzelnde Pflanzen zum Beispiel helfen, extrahierte Nährstoffe für die nächste Pflanzengeneration an die Erdoberfläche zu bringen. In Afrika gibt es etwa Pflanzen wie Sorghum und ähnliche Pflanzenarten, die tief wurzeln und Nährstoffe nach oben schaffen. Sie überstehen auch Trockenzeiten, die sich oft durch die Abholzung des Landes noch verschlimmern. Diese und vergleichbare Arten verlangsamen auch ihr Wachstum, um Überflutung zu überleben, während Reis am besten unter gefluteten Bedingungen gedeiht. Solche Methoden erhalten den Humusgehalt des Bodens und tragen zu gleich bleibender Fruchtbarkeit bei.

Inzwischen werden an vielen Orten Anbauweisen wie Mischkultur, Tierhaltung, Terrassenanbau und Aufforstung strategisch eingesetzt, um die Bodenerosion aufzuhalten und die Ertragskraft des Landes wiederherzustellen. Mit geringem finanziellem Aufwand werden unterschiedliche Formen ökologischer Landwirtschaft praktiziert, nicht nur, weil sie billiger sind, sondern weil sie den Boden konservieren – der zusammen mit Wasser die Grundlage allen Lebens bildet. Eine ganze Anzahl dieser Initiativen gründet allerdings keineswegs auf einem „Produktions-“ Paradigma, das den Anbau von Feldfrüchten optimieren möchte, um wirtschaftlichen Gewinn zu erzielen. Vielmehr geht es darum, dass ganze Gemeinschaften alles daran setzen, ihre ökologischen „Beziehungen“ und auch ihre spirituelle Verbindung zu Pflanzen, Wasser und Tieren, denen sie Nahrung und Lebensunterhalt verdanken, zu erhalten und immer wieder zu erneuern. Solche Gemeinschaften haben kein Interesse daran, mit städtischen Zentren um mehr Autos, Kühlschränke oder Hochhäuser zu konkurrieren. Sie beziehen ihre Würde daraus, dass sie eine stabile Lebensgrundlage haben und in guten Beziehungen mit ihren Mitgeschöpfen in Gemeinschaft und Natur leben.

Wasser durch ökologische Restaurierung

Wasser ist ein lebensnotwendiges Element, nicht nur für Pflanzen und Tiere, sondern auch als Nahrungsmittel für Menschen. Und doch gibt es an vielen Orten Wassermangel. In vielen ländlichen Gebieten sinkt der Wasserspiegel, sind Quellen verschmutzt und wird

immer weniger Abwasser zur Wiederverwendung aufgefangen. Wenn für Industrie und Bewässerungsanlagen konkurrierende Wasseransprüche geltend gemacht werden, machen die Mächtigeren das Rennen, während die weniger Mächtigen durstig bleiben. Außerdem hat man althergebrachte Technologien wie Wassertanks oder Kanäle aufgegeben und gemeinschaftliche Wasseranlagen verfallen lassen. Mehr Angebot an Wasser durch Kapazitätserweiterung vergrößert eher den Bedarf, als dass es ihn befriedigt. Deshalb gehört der sparsame Umgang mit Wasser und die Wiederherstellung von Weiden, landwirtschaftlichen Nutzflächen und Wäldern zur Wiedergewinnung von Wasser heute weltweit zu den Prioritäten einer Politik der Existenzsicherung. Dabei gibt es inzwischen unzählige Initiativen zum sparsamen Umgang mit Wasser. Sie reichen von der Wiederentdeckung von Wassersammeltechniken bis hin zu kleinen Staudämmen und umfassenden Wasserverteilungsprogrammen. Bemühungen um eine erhöhte Wassergewinnung setzen jedoch die langwierige Regenerierung von Lebenssystemen, durch die der Wasserkreislauf fließen kann, voraus. Gesunde Weiden, Farm- und Feuchtgebiete sowie Wälder sind die beste Absicherung gegen Wassermangel. Um die Wasserversorgung zu sichern, ist somit oft eine Restauration von Ökosystemen unverzichtbar. Denn anders kann eines der grundlegendsten Existenzrechte – das Recht auf Wasser – nicht gewährleistet werden.

Bedrohung der Existenzrechte durch industrielle Landwirtschaft

Industrielle Landwirtschaft versucht, eine homogene Umwelt zu schaffen, ohne die besondere Natur der bereits bestehenden Ökosysteme zu berücksichtigen. Deshalb wird viel mit Bewässerung gearbeitet – und dadurch im übrigen ein expansionsfähiger Markt für Pumpen und Bewässerungszubehör sowie für den Abschluss von Verträgen zum Bau von Staudämmen und Bewässerungs- und Drainagekanälen geschaffen. Auf diese Weise werden die uralten, mit Bewässerung verbundenen Probleme, dass nämlich Wasser meist von den Schwächeren zu den Mächtigeren umgeleitet wurde, geografisch ausgeweitet. Außerdem wird die Viehhaltung vom Getreide- oder Feldfruchtanbau getrennt, weil auf riesigen Flächen Monokulturen angebaut werden, was unweigerlich zur Störung des Ökosystems führen muss. Pflanzen sind dadurch anfälliger für Krankheiten und Schädlinge. Ein Indi-

kator für solche Störungen ist die regelmäßige und immer schneller zu beobachtende Ausrottung vielfältiger Feldfruchtarten, was mit der wachsenden Anfälligkeit gegenüber Krankheiten und Schädlingen in Verbindung steht. Von dem dadurch entstehenden Defizit profitieren dann ihrerseits Chemiekonzerne, die Pestizide und Pflanzenschutzmittel herstellen, weil es in Nachfrage nach ihren Produkten überführt werden kann.

Während der grünen Revolution, zum Beispiel, wurde fruchtbares Land mit Chemikalien und Giften, einschließlich Insektiziden, Fungiziden und Herbiziden überschwemmt, deren giftige Rückstände daraufhin in die Umwelt, in die Erdoberfläche wie ins Grundwasser gelangten. Die Züchter von Saatgut wie die Hersteller und Lieferanten von Agrochemikalien sind in zunehmenden Maße dieselben transnationalen Konzerne aus dem Norden. Die Zusammenlegung beider Bereiche erleichtert die Züchtung von Arten, die auf Agrochemikalien angewiesen sind. Um die Konzerne hernach in die Lage zu versetzen, den Landwirten vorzuschreiben, wie sie Saatgut und Agrochemikalien einzusetzen haben, wird beides patentiert. Gemeinschaften, die ihr eigenes Saatgut züchten und zur Stärkung und Erweiterung der Vielfalt beitragen, werden dadurch an den Rand gedrängt, obwohl sie die Menschheit bereichert haben mit den verschiedenen Feldfruchtarten und ihren tausendfachen Ausprägungen in jeder einzelnen Pflanze, sowie den ökologischen Methoden, bei denen eine Vielfalt von Pflanzen zur Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen eingesetzt wird. So wirkt sich Globalisierung oft auf die Landwirtschaft bäuerlicher Gemeinschaften aus. Deshalb ist man gut beraten, die vor Ort kultivierten, nachhaltigen Praktiken der Landnutzung wiederzubeleben und weiterzuentwickeln. Zudem müssen lokale Gemeinschaften, vor allem Bäuerinnen und Landwirte, davor geschützt werden, dass ihr Wissen, ihre Techniken oder ihr Saatgut privatisiert werden. Und sie dürfen nicht gezwungen werden, den Einsatz von Agrochemikalien zu akzeptieren.

3.3 Energie zur Renaissance des Landes

Die Wirtschaftspolitik der letzten fünfzig Jahre wurde in vielen Ländern des Südens von der Prämisse bestimmt, die ländliche Wirtschaft werde dadurch wachsen, dass sie vom Wachstum der städtischen Industrie profitiere. Sie würde also automatisch am allgemeinen nationalen Fortschritt teilhaben, weil immer etwas von oben nach unten durchsickere. Die Hauptstoßrichtung galt Großprojekten in der Schwer- und Leichtindustrie sowie der städtischen Infrastruktur, vor allem in jenen Sektoren, die höhere Gewinne versprachen als die Investitionen in kleinen, dezentralisierten Initiativen. Doch mit jedem Schritt stieg dabei der Energieverbrauch, unter anderem weil viel Energie auf den Transport- und Transmissionswegen verloren geht. Um aber nachhaltige Existenzgrundlagen zu schaffen, bedarf es vieler dezentralisierter privater und bürgergesellschaftlicher Initiativen, deren Ziel es ist, Güter und Dienste für den lokalen Markt anzubieten, der nur geringe Kaufkraft hat. In kleinen nachhaltigen Betrieben ist der Kapitalaufwand für einen Arbeitsplatz viel niedriger als im industriellen Sektor, während der Investitionsgewinn durchaus höher sein kann. Solche zukunftsfähigen Unternehmen müssten dezentralisierter und effizienter arbeiten und die Sozial- und Naturbedingungen ernster nehmen als die heutige Industrie. Sie sind sonst nicht in der Lage, das Notwendende zu tun, nämlich Arbeitsplätze zu einem Bruchteil der in der heutigen Weltwirtschaft üblichen Kosten zu schaffen und die Produktivität des Energie- und Materialeinsatzes mindestens um einen Faktor 10 im Vergleich zu heute zu steigern.

Zukunftsfähige Unternehmen sind dezentralisiert. Sie sind technologische und umweltschonende Kleinbetriebe, die für den lokalen Markt produzieren. Ihr größtes Problem besteht darin, dass sie auf bestimmte unterstützende Instrumente wie Technologie, Managementenerfahrung, Vermarktungsmethoden und Zugang zu Krediten und Finanzierungen angewiesen sind, um profitabel und nachhaltig arbeiten zu können. Heute macht das Internet solche Instrumente leichter zugänglich. So können über entsprechende Portale Hilfe, Beratung, Austauschdienste und viele andere Informationen abgerufen werden. Diese Möglichkeit ist nicht nur Unternehmen zugänglich, sondern auch Dorfbewohner können Informationen über Preise von Gebrauchsgütern, über Landtitel oder sogar über Eheschließungen erhalten. Sie können

Saatgut, Maschinen, Ersatzteile und Haushaltsgüter per Internet kaufen. Solch ein Informationsnetzwerk vermag Kleinbetrieben und Dorfbewohnern neue Chancen in die Hand zu geben und auch der Verbreitung von erneuerbaren Energietechniken dienen.

Umweltschutz und Jobs durch erneuerbare Energien

Energiepolitik wird in der Regel von denen entworfen und gestaltet, die den „modernen“ Sektor kontrollieren – von den Eliten, für die kommerzielle (also die nicht erneuerbare, fossile) Brennstoffe die einzig akzeptable und legitime Energiequelle sind. Sie sind davon überzeugt, dass Entwicklung Wachstum bedeutet und Wachstum wiederum den Energiekonsum antreibt. In dieser Sichtweise wird Energie mit Elektrizität, Elektrizität ihrerseits mit zentralisierten Versorgungsnetzen und nationale Versorgungsnetze mit einer auf Erdöl und Kohle basierenden Energieversorgung gleichgesetzt. Energieentscheidungen werden im „modernen“ Sektor in erster Linie von Ökonomen und Ingenieuren getroffen, die kaum je die Bedürfnisse der marginalisierten Mehrheit mitbedenken. Im Gegenteil, die Expertenelite stürzt sich auf hydroelektrische Projekte und Atomkraftwerke, genauso wie auf Kohlekraftwerke, weil solche Technologien sich in Großanlagen einsetzen lassen, die Investoren und Ingenieuren feine Gewinnchancen bieten. Es wundert deshalb nicht, dass viele Länder mit großen Kraftwerken vollgepfastert sind. Meist dient die vorhandene Kapazität zur Elektrizitätserzeugung den energiefressenden Industrien und Städten und den Großgrundbesitzern.

Die Armen jedoch müssen sich mit dem zufrieden geben, was verschleiernd „nichtkommerzielle“ Energiequellen genannt wird, also mit Holz, Kuhdung, Ästen und landwirtschaftlichen Abfällen. Tatsächlich macht diese nichtkommerzielle Energie in vielen südlichen Ländern fast 50% des Gesamtenergieverbrauchs aus. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahrzehnten fortgesetzt und wird sich wahrscheinlich auch in Zukunft so weiterentwickeln, wenn man die gegenwärtigen Wachstumsraten unterschiedlicher Energiequellen berücksichtigt. Dieser nichtkommerzielle Energieverbrauch stellt allerdings eine große Belastung für Buschland und Wälder dar, weil Menschen, die kein Geld haben, sich die kostenlose Versorgung

mit Feuerholz zunutze machen. Der Mangel an kommerzieller oder nicht bezahlbarer Energie führt in vielen Fällen zur Zerstörung der Vegetationsschicht, was einer allmählichen stummen Katastrophe gleichkommt, wenn man bedenkt, dass mehr als zwei Milliarden Menschen auf der Welt keinen Zugang zu Elektrizität oder Basisenergie haben. Sowohl aus sozialen Gründen – Arbeitsplatzbeschaffung und besseren Lebensbedingungen – wie aus Umweltschutzgründen – dem globalen Klimaschutz und dem örtlichen Artenschutz – müssen erneuerbare Energien unverzichtbare Bestandteile jeder Strategie sein, welche langfristig Lebensgrundlagen sichern will.

Trotz beträchtlicher Investitionen von Regierungen, internationalen Hilfswerken und selbst einiger Konzerne ist es noch ein weiter Weg, bis erneuerbare Energien wirtschaftlich günstig verfügbar sind. Es sind einige Erfolge mit solaren Photovoltaiksystemen zu verzeichnen, die für Pumpen, Beleuchtungen, Gemeinschaftsfernseher und andere spezifische Anwendungsgebiete in abgelegenen Gebieten eingesetzt werden, wo der Anschluss an die nationalen Versorgungsnetze sonst zu teuer wäre. Da die Massennachfrage nach Energie (wie zum Kochen, zur Heißwasserbereitung und Heizung) nur eine niedriggradige Energiequelle benötigt, ist es sinnvoll, möglichst vielen Haushalten Solargeräte zur Verfügung zu stellen. Einige Länder haben erfolgreich Herde und Backöfe, solare Heißwasserbereiter und ähnliche Geräte eingeführt, aber die Erfahrung gemacht, dass die Nachfrage nachlässt, sobald die Subventionen, die geholfen hätten, sie breiteren Kreisen zugänglich zu machen, wieder abgeschafft werden.

Neben Kraftwerken und dem Transportwesen verschlingt der Bausektor die meiste Energie, denn sehr viel Energie steckt in Baumaterialien wie Zement, Stahl, Ziegeln und Backsteinen. Außerdem entsteht ein beträchtlicher Energieaufwand für Beleuchtung, Heizung und Kühlung beim Betrieb von Gebäuden. Da die Produktion in vielen Ländern immer noch sehr unwirtschaftlich ist, kann bei der Herstellung und Lieferung von Baumaterialien die Energieeffizienz erheblich verbessert werden. Wenn beispielsweise beim Bau von Häusern in einem Dorf anstatt gebrannter Backsteine ungebrannte Lehmziegel verwendet werden, können einige Hektar Wald stehen bleiben, die sonst zum Brennen der Backsteine gebraucht worden wären. Außerdem kann sehr viel Energie gespart werden, wenn zum Heizen und Kühlen von Gebäuden passive Solarsysteme eingesetzt werden. Außer einigen wenigen architektoni-

schen Experimenten ist auf diesem Gebiet bisher leider wenig geschehen.

Die meistverbreitete Form der Umwandlung von Sonnenenergie in südlichen Ländern geschieht durch Biomasse, die in großen Mengen zum Kochen und Heizen eingesetzt wird, während ein kleiner Teil davon durch anaerobische Zersetzung in Methangas oder auch durch Pyrolyse zu gebrauchsfertigem Gas umgewandelt wird. Dieser Bereich bringt großen Nutzen, weil es sich hier um einen dezentralisierten, billigen und dennoch riesigen Markt handelt, der Platz bietet für viele nachhaltige Kleinbetriebe. Außerdem bieten viele Länder und Regionen die meteorologischen Voraussetzungen, die den Einsatz zweier vielversprechender Technologien – Windenergie und Kleinwasserkraft – begünstigen. Leider sind die kommerziell verfügbaren Entwürfe dazu noch nicht so attraktiv, dass diese Technologien entsprechend ausgebaut werden könnten.

Stufen des Übergangs

Der erste Schritt zu einer Energiewende wäre, Technologien und Systeme einzuführen, welche die eingesetzte Energiemenge komplett nutzen, also möglichst ohne Abfall. Dafür liegen bereits zahlreiche Lösungen vor, die technisch und ökonomisch leicht umgesetzt werden können. Die Maßnahmen zum Energiesparen reichen von technischen Eingriffen zur Reduzierung von Reibungsverlusten bis dahin, die Qualität der Energie dem jeweiligen Endzweck anzupassen. Die dafür nötige Technologie ist verfügbar; es bedarf freilich politischer und steuerlicher Anreize, um den Prozess zu beschleunigen.

In einem zweiten Schritt ginge es darum, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Atomenergie zu reduzieren, weil sie die größten Bedrohungen der Nachhaltigkeit darstellen; sie sind begrenzt und nukleare Abfälle haben in der Biosphäre nichts verloren. Offensichtlich muss auch die Umstellung auf leichter zugängliche, günstigere und nachhaltigere Energieformen auf der politischen Tagesordnung sehr weit oben stehen. Auch erneuerbare Energie ist nicht ganz ohne Umweltprobleme zu haben, bietet jedoch gegenüber den fossilen Brennstoffen zahlreiche Vorteile. Solange es aber keine entscheidenden Veränderungen in der Steuer- und Technologiepolitik, sowie bei Preissystemen, Subventionen und öffentlichem Beschaffungswesen gibt, werden erneuerbare Energien auch nicht stärker eingesetzt werden. Darüber hinaus sind signifikante Investitionen in Forschung und

Erneuerbare Energien müssen unverzichtbare Bestandteile jeder Strategie sein, welche langfristig Lebensgrundlagen sichern will.

Entwicklung, in Vermarktung und Infrastruktur nötig, an denen Akteure von Seiten der Regierungen, der Unternehmen und der Forschung beteiligt sein sollten.

Der dritte Schritt besteht darin, Produktionssysteme, Transportnetzwerke, die verschiedenen Infrastrukturen und eine optimale Energieeinsparung in Häusern neu zu gestalten. Diese Maßnahmen werden unweigerlich sehr große gesellschaftliche Auswirkungen haben und von daher auch schwieriger in bestehende Produktionssysteme einzugliedern sein. Indem aber industrielle Prozesse umgebaut, Städte und Transportsysteme neu gestaltet und physischer Transport durch elektronische Transmission ersetzt

werden, können Energieeffizienz und Rohstoffproduktivität ganz enorm gesteigert werden.

Der vierte Schritt mit der tiefgreifendsten und langanhaltendsten Wirkung betrifft die Veränderungen im Lebensstil, in den Konzepten für Konsum und Produktion und in der persönlichen und sozialen Zielsetzung. Angesichts der Dynamik des Marktes und anderer Kräfte wird ein Übergang im Wohlstandsverständnis nicht leicht zu erreichen sein. Nur als breiter und vielgestufter Prozess ist ein solcher Übergang denkbar, der sowohl den einzelnen wie das Gemeinwesen, die Institutionen der Bildung wie des Glaubens, das Dorf wie die globale Ordnungspolitik umfasst.

3.4 Umwelt- und Gesundheitsschutz in Städten

Nirgends ist die Wohlstandskluft größer als in den Metropolen. Die Reichen und die Mittellosen, die mobilen Jet-Setter und die immobilen Slumbewohner, die Superkonsumenten und die Nullverbraucher wohnen alle zusammen auf ein und demselben städtischen Lebensraum – und leben doch Welten voneinander entfernt. Sowohl die Wohlhabenden wie die Mittellosen werden immer mehr und haben doch so wenig gemeinsam. Nicht weit von Fabriken entfernt breiten sich Golfplätze aus, Straßenmärkte entstehen neben florierenden Geschäftsvierteln und Slums neben reichen Wohnbezirken. Es regiert die Ungleichheit und immer mehr städtische Zentren tragen die Merkmale einer geteilten Stadt. Unsichtbare Grenzen trennen die Reichen von den Armen; und es ist durchaus möglich, dass wohlhabende Bewohner jahrelang irgendwo leben können, ohne jemals die weniger akzeptablen Bereiche ihrer Stadt zu Gesicht zu bekommen.

In zahlreichen Ländern des Südens haben die ausgebliebenen Landreformen zur Abwanderung vom Land in die Stadt geführt, denn die Konzentration im Grundbesitz ist ein wesentliches Motiv für die Landflucht. Aber die städtische Infrastruktur- und Siedlungspolitik war oft nicht in der Lage, den Wohn-, Wasser-, Abwasser- und Verkehrsproblemen Herr zu werden. Verschärft wurde dieses Defizit dadurch, dass multinationale Unternehmen im Zuge der Globalisierung bei ihrer Standortsuche Druck auf Stadtregierungen ausüben können. Da Städte im Wettbewerb um Unternehmen stehen, haben sie den sozial-

und umweltzerstörerischen Tendenzen weniger Aufmerksamkeit geschenkt; daher haben sich Elend, soziale Segregation, Gewalt und die ungleiche Verteilung von Risiken verstärkt. Es ist beispielsweise erwiesen, dass Fabriken mit Giftmüll gerne in Gebieten angesiedelt werden, in denen arme und ethnische Minderheiten wohnen.

Städtische Armut unterscheidet sich an einem wichtigen Punkt von ländlicher Armut. Nicht-monetäre Güter wie saubere Luft, Wasser, Obdach oder Sicherheit sind in Städten weniger verfügbar als auf dem Land. Neben ihrem Mangel an Geld müssen die Armen in der Stadt noch mit verschmutztem Wasser, einsturzgefährdeten Behausungen, unsauberer Luft, hoher Kriminalität und weiten Pendlerstrecken rechnen. Ihre private Armut wird also durch den Mangel an natürlichem (und teilweise auch sozialem) Kapital verschärft.

Wie in den ländlichen Gegenden leiden auch die marginalisierten Mehrheiten in den Städten unter dem Verlust der Umwelt. Während den Armen auf dem Land oft der Zugang zu Naturressourcen verwehrt ist, die ihre Lebensbasis ausmachen, sind die städtischen Besitzlosen durch den Verfall ihres Lebensraumes in ihrer physischen Integrität bedroht. Sie können nicht auf jene Dienste der Natur zählen, ohne die sie als biologische Wesen nicht auskommen. So kann das Wasser Giftstoffe enthalten, die Luft die Atemwege belasten, Exkremate zu Infektionen führen und sogar der Boden kann sich als instabil

erweisen. Umweltprobleme in den Städten des Südens (und zunehmend auch des Ostens) entstehen in der Tat durch Wassermangel, durch Krankheitserreger oder Giftstoffe in Luft, Wasser oder Nahrung und durch Behausungen an ungeeigneten Orten. Über 220 Millionen städtische Siedler, 13% der städtischen Weltbevölkerung, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und doppelt so viele nicht einmal zu einfachen Latrinen. Kanalisation für die Beseitigung von Abwässern gibt es genauso wenig wie Müllbeseitigung, und Übervölkerung in dichtgedrängten Siedlungen trägt zur Übertragung von Krankheiten bei. Obendrein sorgt chronische Luftverschmutzung oft dafür, dass erstickender Husten in vielen innerstädtischen Gebieten Asiens und Lateinamerikas schon natürlich erscheint. Auch wenn Wasser vorhanden ist, muss es noch nicht trinkbar sein, weil es durch Abfälle aller Art verunreinigt sein kann. Und schließlich kann es sein, dass auch das Land unter den Füßen nicht sicher ist, denn ungenehmigte, oft an steilen Hängen erbaute Siedlungen sind leicht Erdbeben oder Überschwemmungen ausgesetzt. So sind Umweltprobleme in Städten in erster Linie Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit. Sie bedrohen nicht das soziale Überleben, sondern das physische Überleben. Über Umwelteinflüsse sind daher die städtischen Armen höchst anfällig für vermeidbare Krankheiten wie Durchfall, Infektionen und Vergiftung. Und man braucht nicht extra zu erwähnen, wie Krankheiten die Last der Armut gerade für Frauen, Kinder und Säuglinge vollends unerträglich machen.

In gewissem Maße sind auch die Bessergestellten von der Verschmutzung betroffen. Aber normalerweise trifft es die niedrigen Einkommensgruppen, die unter Krankheiten, Verletzungen, frühzeitigem Tod und anderen Kosten der Erniedrigung zu leiden haben. Sie haben kaum jemals Zugang zu gesunden und hinreichend geräumigen Wohnungen, zu rechtlich sicheren Miet- oder Besitztiteln, zu zuverlässigen Diensten und Einrichtungen, und das in Zonen, die nicht bei jedem Wolkenbruch ins Rutschen geraten. Sie können aufgrund ihrer engen wirtschaftlichen Situation auf Umweltqualität keine Rücksicht nehmen. Da überrascht nicht, dass sich ein enger Zusammenhang zwischen Einkommensniveau und Gefährdung durch Umweltrisiken feststellen lässt. Auf der anderen Seite trägt die marginalisierte Mehrheit ihrerseits nur wenig zum Niedergang der Umwelt bei. Ihr Pro-Kopfverbrauch an fossilen Brennstoffen, Wasser oder Land mitsamt der Produktion von Müll

und Treibhausgasen ist wesentlich geringer als der von der Mittelklasse und den hohen Einkommensgruppen. Im übrigen sind die Gründe für Verschmutzung und Landknappheit bei den Konsummustern der Wohlhabenden und der ihnen dienenden Infrastruktur zu finden. Die Reicheren gewinnen den Wettbewerb mit den wirtschaftlich Schwächeren, wenn es um die Anteile des begrenzten städtischen Umweltraumes geht. So sind die städtischen Armen nicht nur wirtschaftlich marginalisiert, sondern auch umweltmäßig; sie nehmen wenig Ressourcen in Anspruch, müssen jedoch die größten Belastungen tragen.

Im Licht dieser Situation wird deutlich, dass von städtischen Einwohnerrechten keine Rede sein kann, wenn nicht ein Minimum an umweltbezogener Gesundheit garantiert ist. Andernfalls würde die ohnehin prekäre Situation städtischer Bürgerrechte noch durch allgegenwärtige Umweltrisiken ver-

Armuts-Ökologie

- Ohne Umweltschutz keine Armutsbekämpfung. Wie sauberes Wasser, fruchtbarer Boden, Fischgründe und Wälder den Lebensunterhalt und die Gesundheit der Armen sichern, so haben sich auch lokale Gemeinschaften, wenn sie das Recht dazu haben, als Hüterinnen der Natur erwiesen. Ohne faire Rechte kein Naturschutz.
- Die Sicherheit der Nahrung hängt ab von der Sicherheit der Kleinbauern, die ihrerseits von Biodiversität abhängig ist.
- Frauen garantieren, dass lokales Wissen, Überlebensklugheit, Artenvielfalt und das kulturelle Gedächtnis lebendig bleiben.
- Auf nachhaltige Landwirtschaft setzen, um der Verschlechterung der Böden zu begegnen und die Basis für Lebensunterhalt zu sichern.
- Erneuerbare Energien sichern die Existenzgrundlage. Ohne sie gibt es weniger Bäume und noch dazu den Klimawandel.
- In Städten bedrohen verschmutztes Wasser, verpestete Luft und gefährdete Behausungen die Gesundheit der Menschen. Umweltschutz verbessert die Lebensverhältnisse der Armen.

schlimmert. Freiheit von körperlichen Bedrohungen und sichere Lebensbedingungen sind jedenfalls die Grundlagen einer befriedigenden Existenz und natürlich auch aller Bürger- und Menschenrechte. Um Leben und Lebensunterhalt der städtischen Armen zu verbessern, kommt es deshalb auf beide Dimensionen der Umweltpolitik an: den Ressourcenverbrauch der Wohlhabenden zu senken und die Ärmern in ihrer Verwundbarkeit gegen Gefährdungen zu schützen. Letztendlich indes wird es nur dann Verbesserungen geben, wenn die marginalisierte Mehrheit ihre Ansprüche auf die Stadt geltend macht und die mächtigeren, global orientierten Gruppen damit konfrontiert. Wenn sie Dinge wie Rechtstitel, Schutz gegen Vertreibung, Geschäftsfreiheit oder den Schutz vor mafiöser Gewalt fordert, dann wird es auch um das Recht auf einen gesunden Lebensraum gehen. Umweltpolitik wird da Teil eines umfassenderen Bemühens, den politischen Raum für marginalisierte Bürger zu erweitern. Im Grunde geht auch hier der Streit um jene Frage, die im Zentrum aller städtischen Konflikte steht: Wem gehört eigentlich die Stadt?

World Summit Papers

Mit den World Summit Papers möchte die Heinrich-Böll-Stiftung zur Vorbereitung der internationalen Öffentlichkeit auf den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung beitragen. Die Reihe wird in verschiedenen Sprachen sowohl von der Zentrale der Stiftung in Berlin als auch von einzelnen Auslandsbüros herausgegeben und enthält Diskussionsbeiträge, Studien und Dokumentationen zu Themen des Johannesburg Summit.

Die Veröffentlichungen sind kostenlos zu beziehen bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin und stehen unter www.worldsummit2002.de bzw. www.worldsummit2002.org zum Download bereit.

The Jo'burg Memo

Memorandum for the World Summit on Sustainable Development. Berlin, April 2002. Download der englischen Version unter www.joburgmemo.org, Download der deutschen Version unter www.joburgmemo.de. Spanische Fassung in Vorbereitung.

World Summit Paper No. 1

Towards the World Summit on Sustainable Development

A discussion paper by the South African NGO Caucus on the World Summit for Sustainable Development. Berlin, Januar 2001.

World Summit Paper No. 2

10 Years after Rio – Debating Development Perspectives.

A concise outlook on sustainable development implementation by Karl H. Segschneider. Chiang-Mai, Mai 2001. Nur als Download erhältlich.

World Summit Paper No. 3

Breaking the Impasse. Forging an EU Leadership Initiative on Climate Change

A policy paper by Hermann E. Ott and Sebastian Oberthür. Berlin, Juni 2001.

World Summit Paper No. 4

Von Rio nach Johannesburg

Beiträge zur Globalisierung der Nachhaltigkeit. Von Jürgen Trittin, Uschi Eid, Sascha Müller-Kraenner und Nika Greger. Berlin, Oktober 2001.

World Summit Paper No. 5

From Rio to Johannesburg.

Contributions to the Globalization of Sustainability by Jürgen Trittin, Uschi Eid, Sascha Müller-Kraenner and Nika Greger. Berlin, October 2001.

World Summit Paper No. 6

Globalización y Sustentabilidad.

Un ensayo de Wolfgang Sachs. El Salvador, August 2001. Nur als Download erhältlich. Auch gedruckt verfügbar sind die deutsche Ausgabe („Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung?“, Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 3) und die englische Ausgabe („Globalization and Sustainability“, Documentations, Papers & Reports No. 5).

World Summit Paper No. 7

Globalization and Poverty – an Ecological Perspective.

By Roldan Muradian and Joan Martinez-Alier. Berlin, Dezember 2001.

World Summit Paper No. 8

Rio+10 and the North-South Divide.

An Essay by Wolfgang Sachs. Berlin, Dezember 2001.

World Summit Paper No. 9

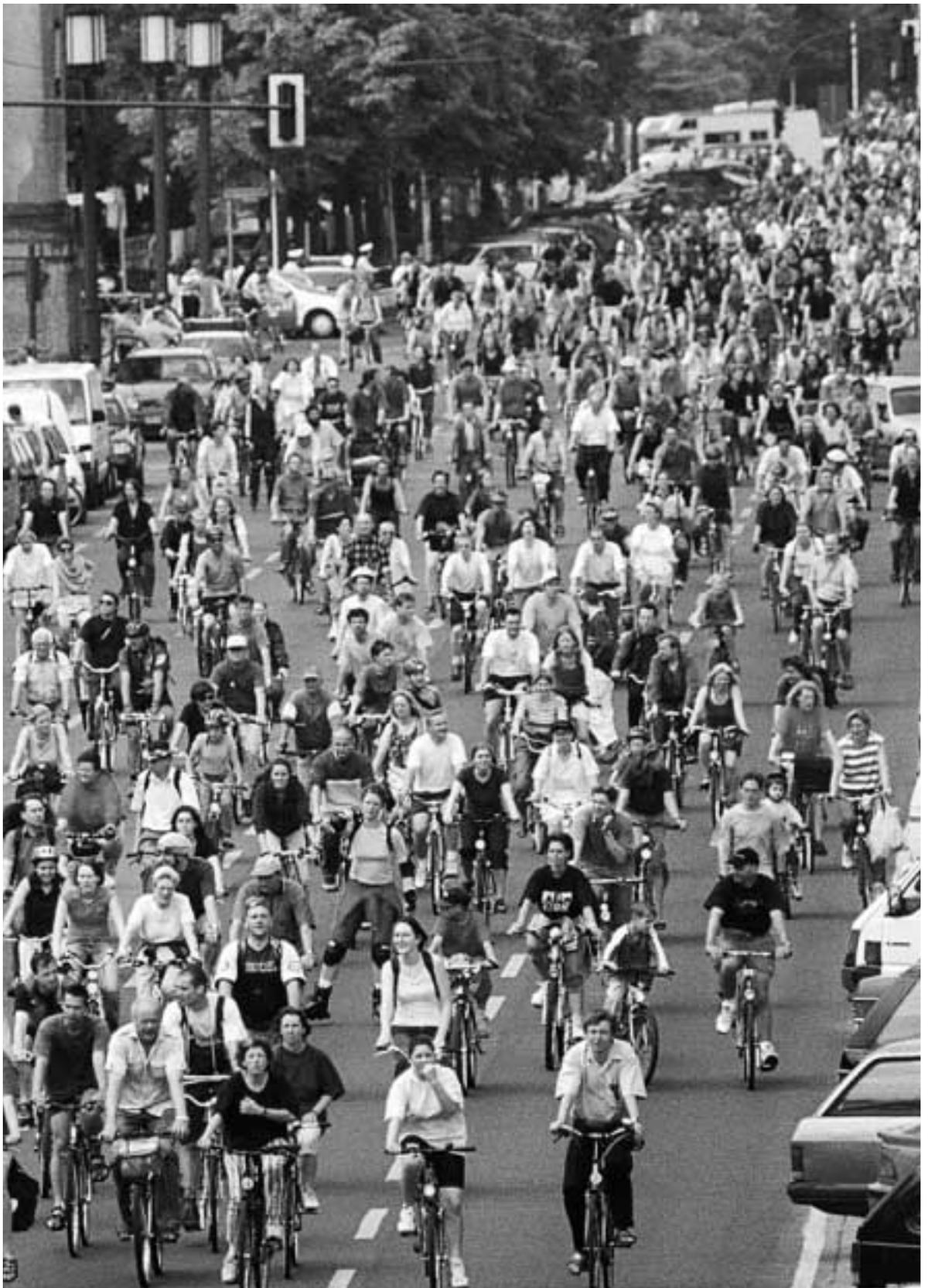
The road to Johannesburg after september 11, 2001

Documentation of an Online-Debate held in November 2001 at www.worldsummit2002.org, Berlin, March 2002.

World Summit Paper No. 10

Gender Equity for Sustainable Development.

A briefing paper by Minu Hemmati. Berlin, March 2002.



Teil 4

Reichtums-Ökologie

Armut ist der siamesische Zwilling von Reichtum. Beide entwickeln sich gemeinsam, und keiner von beiden kann ohne den anderen völlig verstanden werden. In der Regel ist die spezifische Form der Armut bedingt durch die Form des Reichtums, und Wohlstand seinerseits gedeiht auf den Vorteilen, die er aus der Armut zieht. Deshalb ist nach unserer Auffassung der Aufruf zur Abschaffung der Armut nur glaubwürdig, wenn er einhergeht mit einem Aufruf zur Reform des Wohlstands. Es ist wahrscheinlich, dass beim Johannesburg-Gipfel in dieser Frage eine Glaubwürdigkeitslücke klaffen wird. Viele Sprecher werden ihren Blick auf die Armen und ihr Schicksal lenken, feierlich wird Aktion und Hilfe gelobt werden, doch der Anteil der Reichen bei der Erzeugung von Armut wird im toten Winkel der Aufmerksamkeit bleiben. In der Tat definieren konventionelle Entwicklungsexperten soziale Gerechtigkeit implizit als Problem der Armen. Sie betonen den Mangel an Einkommen, Technologie oder Marktzugang und offerieren Ratschläge, um den Lebensstandard der Armen zu verbessern. Kurz gesagt, sie arbeiten daran, den Boden anzuheben und nicht daran, die Decke abzusenken oder zu modifizieren. Seit die bio-physischen Grenzen des Wirtschaftswachstums sichtbar geworden sind, enthüllt sich dieser Ansatz als einseitig – wenn er denn jemals angemessen gewesen war. Jedenfalls bedeutet die Suche nach Fairness in einer endlichen Welt, dass zunächst die Reichen sich verändern müssen – und nicht die Armen.

Armutslinderung kann, anders gesagt, nicht von Reichtumslinderung getrennt werden.

Langfristig glauben wir, dass kein anderes Prinzip zur Verteilung des weltweiten Umweltraums unter den Bewohnern der Erde Bestand hat als das Gleichheitsprinzip

Das Konzept des Umweltraums mag helfen, das Verhältnis zwischen Ökologie und Gerechtigkeit zu verdeutlichen. Was die Ökologie betrifft, nutzen Menschen, zusammen mit anderen Lebewesen, das globale Erbe der Natur, um Rohstoffe zu gewinnen, Abfall loszuwerden und Lebewesen für sich zuzurichten. Der weltweit zur Verfügung stehende Umweltraum ist jedoch nicht unendlich, er hat (flexible) Grenzen. Diese Grenzen beschränken die Möglichkeiten der Menschen; sie zu überschreiten, kann biosphärische Störungen hervorrufen. Es ist deshalb ein Gebot der Ökologie, die Menge des Ressourcendurchsatzes innerhalb der Grenzen des zur Verfügung stehenden Umweltraums zu halten. Was jedoch die Gerechtigkeit betrifft, so spricht das Umweltraumkonzept die enorme Ungleichheit in der Verwendung der Ressourcen auf globaler Ebene an. Nicht jedes Land beansprucht den gleichen Anteil am Umweltraum, im Gegenteil, die Anteile sind grundverschieden. Zum Beispiel benötigte der Durchschnittsjapaner Mitte der 90er Jahre jährlich ca. 45 Tonnen Treibstoff, Mineralien und Metalle, der Durchschnittsdeutsche 80 Tonnen und der Durchschnittsamerikaner 82 Tonnen, während der Durchschnittschinese sich mit 34 Tonnen (8 Jahre zuvor 20 Tonnen) (Bringezu 2002) zufrieden gab. Um die Bandbreite der Waren und Dienstleistungen in jedem dieser Länder bereitzustellen, müssen diese Megatonnen an Material und Energie herangeschafft werden, zu Hause und im Ausland. Wie bereits erwähnt, beanspruchen die Wohlhabenden auf diesem Globus ein Übermaß an Umweltraum. Je mehr jedoch die Grenzen dieses Raumes unter Druck gesetzt werden, desto mehr nimmt die Verteilung des Umweltraumes eine dramatische Note an, weil ein größerer Anteil auf der einen Seite einen kleineren Anteil auf der anderen Seite bedingt. Indem die Wohlhabenden einen unverhältnismäßig großen Anteil am Umweltraum auf die Seite nur einer Minorität der Weltbevölkerung bringen, entziehen sie der Mehrheit die Basis für größeren Wohlstand. Es ist deshalb entscheidend für den Fortschritt von Ökologie und sozialer Gerechtigkeit, den Ressourcenbedarf der konzerngetriebenen Konsumentenwelt im Norden und Süden zu drosseln.

Langfristig glauben wir, dass kein anderes Prinzip zur Verteilung des weltweiten Umweltraums unter den Bewohnern der Erde Bestand hat als das Gleichheitsprinzip. Es besagt, dass grundsätzlich jeder Bewohner der Erde das gleiche Recht auf das natürliche Erbe der Erde genießt. Ob man dagegen den gegenwärtigen Lebensstil oder die wirtschaftliche

Leistungskraft für maßgeblich hält – jede andere Auffassung über die Verteilung der natürlichen Rohstoffe würde lediglich die exzessive Aneignung von Ressourcen und Senken durch den Norden festschreiben. Die Betonung des Gleichheitsprinzips richtet sich hauptsächlich gegen die groteske Ungleichheit, die das Verhältnis zwischen den Menschen in Bezug auf die Natur beherrscht. Obwohl es anschaulich die Anmaßung der Reichen ins Licht rückt, impliziert es andererseits kein Anrecht oder eine Anwartschaft auf die maximale Nutzung der Natur durch den weniger konsumierenden Teil der Weltbevölkerung. Wie jedes Recht ist auch das Recht auf Naturressourcen durch das Recht der Anderen beschränkt. Davon ausgehend, dass jeder (kommende Generationen und andere Lebewesen eingeschlossen) ebenfalls ein Recht auf den Genuss der Leistungen der Natur hat, schränken die Grenzen des zur Verfügung stehenden Umweltraumes die Nutzung dieses Rechts ein. Während die Überkonsumenten kein Recht auf eine übermäßige Zuteilung geltend machen können, so können die Unterkonsumenten kein Recht konstruieren, die Überkonsumenten einholen zu dürfen. Ihr Streben nach Gerechtigkeit kann nur als legitim angesehen werden, soweit es sich auf ein gerechtes und ökologisch unbedenkliches Entwicklungsniveau innerhalb der Leitplanken der bio-physikalischen Nachhaltigkeit richtet. So wie Gerechtigkeit eine Bedingung für ökologischen Erfolg ist, so ist auch Ökologie eine Bedingung für internationale Gerechtigkeit.

Grobe Schätzungen deuten jedenfalls darauf hin, dass der gesamte Norden seinen Verbrauch an Umweltraum um den Faktor 10, d.h. 80-90%, während der kommenden 50 Jahre wird senken müssen (Faktor 10 Club 1995). Es ist sonst schwer zu sehen, wie Nachhaltigkeit und mehr Gerechtigkeit im globalen Maßstab erreicht werden können. Im Licht dieser Feststellung kann die Kernfrage der Zukunftsfähigkeit reformuliert werden: Wird die globale Konsumentenklasse in der Lage und bereit sein, ohne den Überschuss an Umweltraum, den sie heute beansprucht, zu leben? So gestellt, lässt die Frage auch erkennen, worin der besondere Charakter transnationaler Gerechtigkeit liegt. Im Sinne der Gerechtigkeit zu handeln, verlangt nicht, sich mit dem Anderen zu befassen, sondern mit sich selbst. Gefragt ist eher Fairness als Selbstaufopferung. Es ist eine Wiedergeburt der bewährten goldenen Regel der kantischen Ethik, dass keine Aktion und/oder Institution auf Prinzipien ruhen sollte, die nicht universelle Geltung haben können. Transnationale Umweltgerechtigkeit

erfordert die Umwandlung der (post-) industriellen Produktions- und Verbrauchsmuster, so dass sie im Prinzip universalisiert werden könnten, denn das Überschreiten des Umweltraums ist bestimmt nicht universell auf der ganzen Welt vertretbar. Bei transnationaler Gerechtigkeit geht es im Kern also nicht um Verteilung, sondern um Zurückhaltung.

Kaum vorstellbar, dass je Gerechtigkeit regiert, wenn nicht die Konsumentenklasse mitsamt der mit ihr verbündeten Unternehmen lernen, auch mit enorm reduziertem Ressourcenaufwand gut zu leben. Eine solche Transformation des Reichtums ist die Kernaufgabe einer Politik der Nachhaltigkeit. Es steht an, die Produktions- und Konsummuster tauglich zu machen für ein Zeitalter ökologischer Endlichkeit und erweiterter Gerechtigkeitsansprüche. Es gibt verschiedene Ansätze, sich in diese Richtung zu bewegen.

Da ist erstens die Suche nach drastisch gesteigerter Ressourcenproduktivität, denn die Fähigkeit, Wohlstand mit immer weniger Ressourcen zu erzeugen, ist die Basis für nachhaltige Produktions- und Konsummuster. Höhere Ressourceneffizienz hat drei bedeutende Vorteile. Sie verlangsamt die Erschöpfung der Ressourcen am oberen Ende der Wertschöpfungskette und die Verschmutzung am unteren Ende, und schafft obendrein die Grundlage für weltweite Beschäftigung in sinnvollen Tätigkeiten. Eine Mischung von technologischen und sozialen Innovationen über alle Bereiche hinweg kann sogar einen einigermaßen komfortablen Lebensstil hervorbringen. Ressourcensparende Solararchitektur, regionale Lebensmittelmärkte, Motoren mit Brennstoffzellen, Niedriggeschwindigkeitsautos, wiederverwertbare Geräte oder eine weniger fleisch-intensive Ernährung sind alles Beispiele für eine neue Ressourcenproduktivität. Zweitens wird sich, da ein Wechsel in der Res-

ourcenbasis von zentraler Bedeutung für einen Übergang zur Nachhaltigkeit ist, auch die materielle Qualität der Gegenstände verändern. Naturnahes Industriedesign arbeitet darauf hin, Produkte und Verfahren auf eine biologische Grundlage zu stellen, um eine ständige Wiederverwendung von Materialien in geschlossenen Kreisläufen und auch ihre Entgiftung zu ermöglichen. Es existieren zahllose Beispiele wie Plastik aus Biomasse oder Windkraftanlagen.

Drittens können lebendige Systeme restauriert werden. Wohlbedachte Investitionen in Wälder, Flüsse, Gärten, Berghänge und Böden dienen dazu, Naturkapital wiederherzustellen, zu erhalten oder zu erweitern, damit die Biosphäre wieder reichhaltigere Leistungen wie auch natürliche Ressourcen hervorbringen kann. Die Restaurierung natürlicher Flussläufe, Aufforstung, umweltverträgliche Landwirtschaft sind alles Ansätze in dieser Richtung. Und viertens wird materielle Hardware weniger wichtig, für den Konsumenten wie den Produzenten, wenn man auf echten Wohlstandsgewinn schaut. Indem Unternehmensstrategien sich auf den Verkauf von Dienstleistungen anstatt von Produkten konzentrieren, lernen Firmen, Gewinne zu erzielen, ohne ständig neue Produkte in die Welt zu setzen; sie verkaufen Ergebnisse statt Gegenstände, und Zufriedenheit statt Motoren oder Ventilatoren. Und zu guter Letzt kommt jenen Formen des Reichtums, die nicht mit einer Kreditkarte gekauft werden können, eine neue Wertschätzung zu, nämlich dem Genuss von Qualität, Freundschaft oder Schönheit. Möglicherweise ist die Zeit nicht mehr so fern, wo sich Menschen kaum mehr vom Marketing beeindruckend lassen, das Unternehmen für Produkte und Gefühle betreiben. In der Tat, sie wären dann gelassen genug, gut zu leben wichtiger zu finden als viel zu haben.

4.1 Rückzug aus dem Gemeinschaftsgut Erdatmosphäre

Beachtlicher Wachsamkeit war die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen vor zehn Jahren zu verdanken angesichts der Tatsache, dass die Gefahr der globalen Erwärmung damals erst seit ein paar Jahren aktuell geworden war. Es dämmerte der Welt, dass die dünne Hülle der Atmosphäre, welche den Erdball umgibt, zu eine Müllkippe für Verbrennungsgase geworden war, und dass diese Müllkippe

im Begriff war überzulaufen. Zwanzig Jahre nachdem der Bestseller „Die Grenzen des Wachstums“ die Endlichkeit der natürlichen Rohstoffe, die tief in der Erde lagern, ins Rampenlicht gerückt hatte, musste die internationale Gemeinschaft sich eingestehen, dass die Endlichkeit der Senken hoch in der Atmosphäre von größerer Dringlichkeit ist. Nicht die Erde, sondern der Himmel erwies sich als die eigentliche

Grenze. Die Klimakonvention bot ein Rahmenwerk, um die Menschheit davon abzuhalten, diese Grenze zu überschreiten.

Die Konvention unterstreicht ausdrücklich das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. „Die Vertragsparteien sollen auf Grundlage der Gerechtigkeit und entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten das Klimasystem zum Wohle heutiger und zukünftiger Generationen schützen. Folglich sollen...entwickelte Länder bei der Bekämpfung der Klimaänderungen und ihrer nachteiligen Auswirkungen die Führung übernehmen.“ (Art. 3, 1). Nur von den nördlichen Ländern wird daher erwartet, dass sie Reduktionsverpflichtungen eingehen und finanzielle Belastungen tragen, während die Länder des Südens sich auf Berichterstattung beschränken können. Diese ungleiche Verteilung der Pflichten resultiert aus der ungleichen Verantwortlichkeit der Länder für die Klimaveränderungen. Tatsächlich sind die Industrieländer verantwortlich für den Großteil des früheren und heutigen Kohlendioxidausstoßes. Während sie für ca. 80% des kumulativen Anstiegs der Emissionen seit 1800 verantwortlich waren, haben sie 1996 noch 61,5% des weltweiten Kohlendioxidausstoßes verursacht, obwohl sie nur 25% der Weltbevölkerung umfassen. Die Tatsache, dass zur Zeit in den Schwellenländern der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch ansteigt, ändert zunächst wenig an diesem Gesamtbild.

Das Doppelgesicht des Kyoto-Protokolls

Der Johannesburg-Gipfel wird hoffentlich die Bühne dafür hergeben, um die abgeschlossene Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu feiern. Nach fast einem Jahrzehnt zähester Verhandlungen wird damit eine der größten Errungenschaften des Rio-Prozesses in die Scheune gebracht sein. Zum ersten Mal in diesem Ausmaß wird die internationale Gemeinschaft – mit der bemerkenswerten Ausnahme der USA – rechtlich bindende Verpflichtungen eingehen, um auf die sichtbar gewordenen bio-physischen Grenzen des Wachstums zu reagieren. Damit sind institutionelle und gesetzliche Mechanismen eingerichtet, die es den Regierungen ermöglichen, die Weltwirtschaft in eine neue Richtung zu lenken. Es liegen jetzt, anders gesagt, die Werkzeuge für wirksames, kollektives Handeln bereit.

Freilich wird man die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls eher als Erfolg im Verfahren denn als

Erfolg in den Resultaten betrachten müssen. Denn die Industrieländer zeigen keine Anzeichen, die schädlich hohen Werte ihrer Emissionen zu senken; selbst wenn alle Verpflichtungen des Protokolls erfüllt wären, ist es fraglich, ob letztlich eine wirkliche Reduzierung der Kohlenstoffemissionen im Vergleich zu 1990 erzielt würde. Auf zwei Hochzeiten zu tanzen ist bis jetzt die Sorge zu vieler Länder gewesen, deren Diplomaten den Auftrag erhielten, das Wirtschaftswachstum und nicht das Klima zu schützen. Sie sollten größere Kosten für die heimische Wirtschaft vermeiden, aber dennoch klimafreundlich dastehen. Drei Strategien wurden eingesetzt, um ein Klimaregime zu errichten, das vorgibt, eine post-fossile Wirtschaft zu fördern, während es doch die Herren der fossilen Wirtschaft hofiert.

Erstens, der Norden übernimmt Verpflichtungen, gibt dann aber den Schwarzen Peter weiter an den Süden und Osten. „Geografische Flexibilität“ ist der gemeinsame Nenner, welcher Instrumenten wie Emissionshandel, *Joint Implementation* und dem *Clean Development Mechanism* zugrunde liegt. Wie in Bonn und Marrakesch 2001 festgelegt, erlaubt das Kyoto-Protokoll den Industrieländern, Klimaschutzmaßnahmen zu einem guten Teil im Süden und Osten stattfinden zu lassen. Somit bleiben ihre eigenen Wirtschaften weitgehend unbeeinträchtigt; das Prinzip „der Verschmutzer zahlt“ wurde in ein „der Verschmutzer kauft sich frei“-Prinzip verwandelt. Weil sich damit der Druck vermindert, die Ressourcenbasis der nördlichen Ökonomien umzustrukturieren, ist auch keine durchgreifende Dekarbonisierung der Produktionsweise zu erwarten.

Zweitens, der Norden übernimmt Verpflichtungen, entledigt sich ihrer aber durch die Ausweitung von Kohlenstoffsenken. Nach Bonn können industrielle Volkswirtschaften Änderungen im eigenen Land abwehren, indem sie dazu beitragen, die Aufnahmekapazität der Erde für Kohlendioxid zu vergrößern. Mit anderen Worten, mehr Wälder statt weniger Emissionen. Gemäß den Bonner Vereinbarungen können Wiederaufforstung, Plantagenanbau oder veränderte Bodenbehandlung Energiesparen und den Übergang zu erneuerbaren Energien ersetzen. Offensichtlich ist da dem Klima kaum geholfen, nicht nur wegen der ausbleibenden Strukturereformen, sondern auch weil die Messung von Senkenkapazität ein wissenschaftliches Glücksspiel ist. Am Ende schnappt die Komplexitätsfalle zu, und die Dinge werden so undurchschaubar, dass kaum mehr ein Land öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Drittens, die Klimaverhandlungen konzentrieren sich darauf, Emissionen zu regulieren und nicht die Energieinputs zu verändern. Sie zielen hauptsächlich darauf ab, den Ausstoß von Kohlendioxid einzudämmen, versäumen es aber, in erster Linie Menge und Qualität der kohlenstoffintensiven Inputs anzugehen. Sie versuchen, am Ende der Energieflüsse und nicht an deren Anfang zu intervenieren. Während so Emissionen gemessen und gezählt, überwacht und verwaltet werden, wird das fossile Entwicklungsmodell als solches kaum in Frage gestellt. Zum Beispiel gibt es gegenwärtig keinen Ort unter der Konvention, um über ein Moratorium für die Erschließung neuer Ölfelder, die Regulierung von Energiekonzernen, Effizienzstandards für Automobile oder nur über Verbreitungsstrategien für Solartechnologien zu sprechen. Stattdessen streitet man sich über die Zuteilung von Emissionsquoten, weil eben der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit auf Auswirkungen statt auf Ursachen liegt. Hierin liegt der Grund, warum die Diskussion über Klimapolitik weitgehend getrennt ist von der Diskussion über nachhaltige Entwicklung. Internationale Klimapolitik ist so strukturiert, dass die Regeln und Interessen, die das Wirtschaftswachstum antreiben, nicht wirklich zur Diskussion gestellt werden.

Klimawandel und Existenzrechte

Bis jetzt haben die südlichen Regierungen, abgesehen von den Inselstaaten, dem Konflikt zwischen den nördlichen Regierungen über das Kyoto-Protokoll als Zuschauer beigewohnt. Sie bestehen darauf, dass die Industrieländer eine besondere Verantwortung trifft und warten, bis der Norden sich zusammenrauft; Interesse zeigen sie nur, wenn es um Ressourcetransfers in den Süden geht. Der Süden ist mit dieser Haltung schlecht beraten. Es scheint seiner Aufmerksamkeit entgangen zu sein, dass Klimaschutz auch für die Würde und das Überleben seiner eigenen Bevölkerung von äußerster Wichtigkeit ist. Weit davon entfernt, lediglich ein Naturschutzthema zu sein, wird Klimawandel mit ziemlicher Sicherheit die unsichtbare Hand hinter landwirtschaftlichem Niedergang, sozialer Erosion und Vertreibung aus der Heimat werden. Obwohl es stimmt, dass die Gründe für Klimastörungen hauptsächlich im Norden zu finden sind, werden ihre zerstörerischen Auswirkungen hauptsächlich den Süden treffen – abgesehen jedenfalls von einer möglichen Katastrophe wie dem Zusammenbruch des Golfstroms. In der Tat werden die Unschuldigen die Opfer sein, zumindest relativ

gesehen. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die südlichen Regierungen aufhören, sich dem wohligen Gefühl des guten Gewissens hinzugeben. Es ist ihre Pflicht, sich gegen die neue Art des Kolonialismus im 21. Jahrhundert zu stellen.

Denn dieses Mal wird die koloniale Zerstörung ohne imperiale Macht und ohne Besatzungsarmee kommen. Stattdessen wird sie durch die Luft anrücken, unsichtbar und heimtückisch, teletransportiert über die Chemie der Atmosphäre. Wenn sich die Erdatmosphäre erwärmt, wird die Natur instabil. Mit einem Mal wird man sich weder auf Regen, Grundwasserspiegel, Temperatur, Wind oder Jahreszeiten verlassen können, alles Faktoren, welche seit urdenklichen Zeiten für die Gastlichkeit der Lebensräume von Pflanzen, Tieren und auch von Menschen gesorgt haben. Mit Klimastörungen werden Lebensräume weniger bewohnbar; im Extremfall werden sie sogar unbewohnbar für bestimmte Arten oder sogar für Menschen. So liegt es auf der Hand, dass ein Anstieg des Meeresspiegels einige der am dichtesten besiedelten Länder allmählich unbewohnbar machen wird. Weniger offen liegt zutage, dass Veränderungen in Luftfeuchtigkeit und Temperatur ziemlich sicher Veränderungen in der Vegetation, der Artenvielfalt, der Bodenfruchtbarkeit und der Wasservorkommen auslösen werden. Zudem ist zu erwarten, dass die Umwelt ungesünder wird; Ernten werden eher von bestimmtem Ungeziefer und Unkraut befallen, während die Menschen sich in höherem Maße mit Malaria, Denguefieber oder Infektionskrankheiten anstecken. Kurz gesagt, Klimaveränderungen bringen das Leben aus dem Gleichgewicht, besonders in Gegenden, die wenig resistent gegen klimatische oder wirtschaftliche Schocks sind.

Am größten sind die Gefahren für jene, die am verwundbarsten sind. Schließlich ist nicht jeder Erdenbürger gleichermaßen von Klimaturbulenzen betroffen. Es sind die Reisbauern im Mekong-Delta und die Fischer entlang der Küste des Senegal, die Viehhüter im Hochland von Äthiopien oder die Slumbewohner an den Abhängen von La Paz, deren Existenz durch Klimawandel bedroht wird. Die Menschen werden gezwungen werden, Haus und Hof zu verlassen. Die wirtschaftliche Grundlage zahlloser Dörfer und Städte wird von Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität betroffen sein. Landflucht könnte zunehmen. Elendsviertel werden Schlammlawinen und Zerstörung ausgesetzt sein. Und Krankheiten werden diejenigen heimsuchen, die am wenigsten Abwehrkräfte besitzen – die Armen.

Klimawandel wird mit ziemlicher Sicherheit die unsichtbare Hand hinter landwirtschaftlichem Niedergang, sozialer Erosion und Vertreibung aus der Heimat werden

Die Risiken, die von der globalen Erwärmung ausgehen, sind keinesfalls gleich verteilt auf die Weltbevölkerung; sie entfallen unverhältnismäßig stark auf die sozial Schwachen und Machtlosen, die bereits in Elendsvierteln, in Randgebieten oder am Existenzminimum leben. Es sind die Armen, welche die Hauptlast eines Klimawandels werden tragen müssen, nicht die Reichen, die ihn verursachen.

Den Verbrauch fossiler Brennstoffe abzusenken, ist deshalb nicht nur für den Schutz der Atmosphäre geboten, sondern auch für den Schutz der Menschenrechte. Seit der *Bill of Rights*, die während der englischen Revolution erkämpft wurde, ist das Recht auf physische Unversehrtheit der Kern des Grundrechtskanons, zu dessen Garantie die Staaten sich verpflichtet haben. Doch Millionen Menschen sind dabei, dieses Kernstück der Bürgerrechte zu verlieren. Nur geht in diesem Fall die Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit nicht von der Staatsmacht aus, sondern von den kumulativen und ferntransportierten Wirkungen exzessiver Brennstoffverbrennung in den wohlhabenden Teilen der Welt. Es ist die unsichtbare menschliche Hand in jedem Wetterereignis und jeder Klimaveränderung, die allmählich die Integrität menschlicher Gesundheit und menschlicher Lebensräume untergräbt. Doch in einer aufsteigenden Weltgesellschaft kann keine Gruppe von Menschen mehr auf dem Altar von Wachstum und Wohlstand geopfert werden. Wenn man jeder Person die Weltbürgerschaft zugesteht, darf die Wahl der Ressourcenbasis durch die Wohlhabenden die existierenden Ungerechtigkeiten nicht verschlimmern. Denn eine Minimalregel sozialer Gerechtigkeit besagt, dass keine Aktion dazu führen darf, die bereits Unterprivilegierten noch schlechter zu stellen als sie sowieso schon sind. Emissionsarme Ökonomien im Süden und Norden durchzusetzen ist daher eine Kernforderung kosmopolitischer Politik.

Es sind die Armen, welche die Hauptlast eines Klimawandels werden tragen müssen, nicht die Reichen, die ihn verursachen.

Kontraktion und Konvergenz

Eine weltweite Begrenzung der Treibhausgasemissionen ist unabdingbar für die Erhaltung der Integrität des Lebens auf diesem Planeten. Sechzig Prozent in sechs Jahrzehnten, das ist ungefähr die Größenordnung der Kontraktion im fossilen Energieverbrauch, die historisch ansteht. Freilich bleibt das Kyoto-Protokoll bislang weit hinter dieser Herausforderung zurück. Es verlangt vom Norden keine ernsthaften Reduktionen und die Schwellenländer im Süden schließt es nicht ein. Trotzdem ist für die zweite Ver-

pflichtungsperiode des Kyoto-Prozesses kein ökologischer Durchbruch zu erwarten, wenn der Süden nicht auch Verpflichtungen übernimmt. Sonst wird der Norden versuchen, weiter Zeit zu gewinnen, und, noch wichtiger, der starke Anstieg der Emissionen im Süden wird ungebremst weitergehen.

An dieser Stelle wird sich die Frage der Gerechtigkeit als der größte Engpass für einen wahren Fortschritt im Klimaschutz erweisen. Einerseits wird der Süden es ablehnen, Verpflichtungen zu übernehmen, solange der Norden seiner Verantwortung nicht nachkommt, während andererseits der Norden nicht in die Pflicht genommen werden will, bevor Reduktionsverpflichtungen auch für den Süden festgelegt sind. Ohne also die Reduktionsverpflichtungen des Nordens und des Südens fair auszubalancieren, wird es keinen wirklichen Klimaschutz geben. Nur ein Rahmenwerk, das auf gleichen Pro-Kopf-Anrechten auf das Gemeinschaftsgut Atmosphäre beruht, kann gegenüber den Prinzipien von Gerechtigkeit und Fairness bestehen. Jedes andere Zuteilungsschema („von der gegenwärtigen Verteilung ausgehend“, „nach Kostenaufwand“) würde die koloniale Konstellation wiederholen, die dem Norden unverhältnismäßige Anteile zubilligt. Wenn die Nutzung eines Gemeinschaftsgutes durch gemeinsame Regeln eingeschränkt werden muss, würde man dem Gleichheitsprinzip zuwiderhandeln, wenn man diese Regeln zum Vorteil Einiger und zum Nachteil Vieler gestalten würde. Das gleiche Recht aller Weltbürger am atmosphärischen Gemeinschaftsgut ist deshalb der Eckpfeiler eines tragfähigen Klimaregimes. Daher muss im Hinblick auf die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls ein Verfahren eingeleitet werden, das letztendlich jedem Land Emissionsobergrenzen aufgrund einer einheitlichen Pro-Kopf-Basis zuteilt.

Das ist hart für den Norden, aber nicht unfair, da Industrieländer zum Ausgleich nicht haftbar gemacht würden für Emissionen, die in der Vergangenheit angesammelt worden sind. Mit gleichen Rechten als Zielpunkt kann man dann einen Emissionspfad für Industrieländer ins Auge fassen, der über die Jahrzehnte die Emissionen so schrumpfen lässt, bis sie ein global verträgliches Niveau erreicht haben, während Länder des Südens sich an einem Pfad orientieren würden, der einen Anstieg der Emissionen erlaubt, aber nur bis zu jenem Niveau, das noch global verträglich ist. Überverbraucher werden von ihrem gegenwärtigen Niveau herunterkommen müssen, während Geringverbraucher gestattet ist, ihr gegenwärtiges Niveau zu steigern, aber mit einem geringe-

ren Anstieg als die es die Industrieländer in der Vergangenheit vorgemacht haben. Allerdings darf die Konvergenz nördlicher und südlicher Entwicklungspfade auf gleiche Emissionsniveaus hin nicht auf Kosten der Kontraktion gehen, nämlich des Rückbaus globaler Emissionen auf ein nachhaltiges Niveau. Nachhaltigkeit definiert auch hier den Rahmen der Gerechtig-

keit. Die Vision von „Kontraktion und Konvergenz“ kombiniert Ökologie und Gerechtigkeit in recht eleganter Weise: sie beginnt mit der Einsicht, dass der globale Umweltraum endlich ist, und strebt danach, nachhaltig nutzbare Anteile fair unter den Bürgern der Welt zu verteilen, ohne dabei die zukünftigen Generationen zu vergessen.

4.2 Weniger Druck auf Ökosysteme und Gemeinschaften

Die Welt ist heute von zwei unterschiedlichen Umweltkrisen betroffen, der Krise fossiler Ressourcen und der Krise lebendiger Ressourcen. Beide Krisen sind eng miteinander verbunden, unterscheiden sich aber in ihrem Ursprung und ihrer Erscheinung. Die fossile Krise rührt her vom beschleunigten Transfer fester, flüssiger und gasförmiger Stoffe von der Erdkruste in die Biosphäre mittels industrieller Technologie. Die Krise lebendiger Ressourcen hingegen geht zurück auf den übermäßigen Druck, den der Mensch auf Mikroben-, Pflanzen- und Tiergesellschaften ausübt. Durch diesen Druck werden manchmal ganze ökologische Systeme, große oder kleine, geschwächt oder gar gestört, was wiederum den Menschen selbst gefährdet, der als Lebewesen im erweiterten Sinne ein Teil genau der gleichen biotischen Gemeinschaften ist. Menschen können davon auf zwei Arten betroffen sein. Zum einen produzieren Ökosysteme eine geringere Menge an nützlichen Produkten wie Fleisch, Milch, Getreide, Holz, Rohfasern oder Wasser. Zum anderen kann es passieren, dass Ökosysteme weniger lebenserhaltende Leistungen liefern, wie z.B. Reinigung von Luft und Wasser, Zersetzung und Wiederverwertung von Nährstoffen oder den Aufbau von Mutterboden. Während die fossile Krise besonders im Norden im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht, ist es im Süden die Krise der lebendigen Ressourcen.

Der Grund ist einfach. Jene, die direkt von einer Degeneration lebendiger Systeme betroffen sind, leben vorwiegend im Süden, genauer gesagt, sie sind typischerweise ein Teil der Mehrheit jenseits der globalen Mittelklasse. Im wesentlichen aus Stadtbewohnern bestehend, lebt die globale Mittelklasse eingehüllt in einer Welt von Geschäften, U-Bahnen, Straßen und Produkten, welche ihre Sinne und ihre

Existenz abschirmt gegen den Niedergang der Wälder, Fischgründe, Grundwasserspiegel, Mutterböden und Pflanzenvielfalt auf dem Land. Geografisch wie psychologisch sind gewöhnlich die Schauplätze der Akkumulation und die Schauplätze der Zerstörung, die Orte des Überflusses und jene des Elends, durch weite Entfernungen voneinander getrennt. Das ist der Grund, warum die Zerstörung der Ökosysteme in Umfang und Geschwindigkeit zunehmen konnte, ohne dass die Konsumentenklasse in Nord und Süd davon besondere Notiz genommen hätte. Und dies ist auch der Grund, warum Verzweiflung und menschliches Leid, das mit der Auflösung des Lebensnetzes einhergeht, so leicht ignoriert werden können.

Ein Spinnennetz an Ressourcenflüssen

Die Neuordnung des Handels nach Maßgabe der WTO sowie generell die Verwundbarkeit südlicher Volkswirtschaften gegenüber dem Weltmarkt haben – mit einigen Ausnahmen in Asien – zu intensiverer Ausbeutung und zunehmendem Export von Naturschätzen im Süden und in den ex-kommunistischen Ländern geführt. Wälder zum Beispiel sind ein besonders wichtiges Reservoir biologischen Reichtums. Doch der Nachfragesog auf internationalen Märkten hat manch ein Land dazu verlockt, Bäume weit massiver zu fällen, als für den heimischen Bedarf notwendig gewesen wäre. So haben etwa Indonesien und Malaysia in den letzten Jahren sehr stark die Sperrholzexporte forciert, was in nicht geringem Maße zur Rodung der Wälder beigetragen hat. Ferner bedrohen Bergbau und Energiegewinnung ebenfalls die Gesundheit der Wälder, Berge, Gewässer und anderer sensibler Ökosysteme. Sie stellen nach kommerzieller Abholzung

die zweitgrößte Gefahr für Primärwälder dar. Des Weiteren ist die Lebensmittelwirtschaft jetzt tief in den Weltmarkt integriert. Länder des Südens, obwohl Nettoimporteure von Grundnahrungsmitteln wie Getreide und Fleisch, sind Hauptexporteure von vielen Agrargütern wie Bananen, Kaffee, Baumwolle, Sojabohnen, Zuckerrohr und Tabak. Überdies haben die letzten Jahrzehnte einen rapiden Anstieg sogenannter nicht-traditioneller Exportgüter, hauptsächlich Blumen, Obst und Gemüse gesehen, die mit Luftfracht frisch zu den nördlichen Märkten geliefert werden. Und zu guter Letzt ist auch die Meeresfischerei stark in die globalen Märkte eingebunden. Fischexporte aus Ländern wie Thailand, China und Chile machen heute die Hälfte der Weltfischexporte aus.

Mit der wichtigen Ausnahme von Getreide fließen Naturressourcen hauptsächlich von südlichen (auch ehemals kommunistischen Ländern) in nördliche Länder. Die Natur, einmal auf dem Weltmarkt, strebt zum Norden hin, angezogen durch den Sog der hohen Kaufkraft. Abgesehen von den arbeitsintensiven Fertigwaren aus Südostasien, China, Mexiko und Brasilien, bestehen die Handelsströme von Süd nach Nord aus Mineralien (einschließlich Erdöl und Erdgas) und einer breiten Palette an tropischen Erzeugnissen. Jemand, der in einem OECD-Land lebt, verbraucht zweimal soviel Getreide, zweimal soviel Fisch, dreimal soviel Fleisch, neunmal soviel Papier und elfmal soviel Benzin wie jemand, der in einem weniger industrialisierten Land lebt. Zudem besteht eine ähnliche Struktur ungleichen Verbrauchs innerhalb dieser Länder, zwischen der Konsumentenklasse und dem Rest der Bevölkerung.

Die Materialflüsse von südlichen nach nördlichen Ländern sind durch die Handelsliberalisierung intensiviert worden. Mit dem Fall von Schranken sowohl für die Ausfuhr von Ressourcen wie für die Einfuhr von Investitionen genießen die Rohstoffkonzerne größeren Handlungsspielraum. Sie können den Globus leichter nach den letzten Rohstoffvorkommen absuchen und schnell zu deren Ausbeutung schreiten. Sie haben oft die Macht, auf dem Territorium eines südlichen Exportlandes einen Staat im Staate zu errichten. Und sie können die Nachfrage auf den Konsummärkten anheizen, indem sie neue Produkte und neue Trends lancieren. So werden die Frontlinien des Bohrens, Holzfällens und Fangens bis an die Enden der Erde vorgeschoben – Öl wird tief im Urwald sowie tief im Meer gefördert, Holz wird aus Patagonien wie aus Sibirien geholt, und schwimmende Fischfabriken durchkämmen die Meere vom Polarkreis bis zur

Antarktis. Aber da große Teile des Südens auf den Export von natürlichen Rohstoffen spezialisiert sind, geraten sie wirtschaftlich in die Falle des langfristigen Preisverfalls. Rohstoffpreise fallen seit Jahrzehnten (außer bei Kaffee, bis vor kurzem wenigstens), ein Trend, der zur Zeit noch dadurch verstärkt wird, dass allzu viele Exporteure vom Rohstoffexport profitieren wollen. Außerdem wirkt sich der Rohstoffsektor wenig auf den Rest der Wirtschaft aus, weder Beschäftigungsziffern noch die Innovationskraft noch die Ausbildung werden positiv vom Agrarexport beeinflusst. Das Ergebnis ist eine niedrige interne Dynamik, welche die Länder, die auf den Export angewiesen sind, eher weiter in die Armut treibt.

Zu allem Überfluss sind die Auswirkungen des Rohstoffexports für die heimische Umwelt oft beträchtlich: Bodenerosion, sinkende Wasserspiegel und genetische Verarmung durch großflächige Landwirtschaft; Vergiftung und Abraum durch Bergbau; Verschmutzung und Lebensraumzerstörung durch Ölförderung; reduzierte biologische Vielfalt und Wasserrückhalt durch Abholzung; und die Auswirkungen von Infrastrukturen wie Straßen, Pipelines, Überlandleitungen, welche mit Rohstoffgewinnung einhergehen. Wenn man ferner die Tendenz in Betracht zieht, die umweltverschmutzenden industriellen Aktivitäten vom Norden in den Süden zu verlagern, ist es wahrscheinlich, dass die Umweltauswirkungen pro Exporteinheit beträchtlich gestiegen sind in den letzten Jahren. Vor diesem Hintergrund kann man einigermaßen sicher sagen, dass die Länder des Südens einen wachsenden Teil der Umweltbelastung in der Weltwirtschaft zu tragen haben.

Die weißen Flecken des Umweltvölkerrechts

Unter der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD), neben der Klimarahmenkonvention das andere Hauptergebnis von Rio 1992, ist es weder gelungen, den Fluss biologischer Ressourcen von Süden nach Norden zu bremsen, noch jenen von den ländlichen Gebieten in die Ballungsräume. Zum einen, weil die CBD sich nicht mit der Reform des Reichtums beschäftigte, eben mit dem Versuch, Produktions- und Verbrauchsmuster zu schaffen, die mit weit geringeren Erträgen aus Wäldern, Fischgründen, Böden und Grundwassersystemen auskommen. Die CBD formulierte ökologische, rechtliche und politische Bedingungen für die Ausbeute von Ökosystemen; sie war

Die Natur, einmal auf dem Weltmarkt, strebt zum Norden hin, angezogen durch den Sog der hohen Kaufkraft.

an der Angebotsseite nicht an der Nachfrageseite interessiert. Zum anderen ging es bei der CBD von Anfang an hauptsächlich darum, die Nutzung einer neuen Generation von Ressourcen zu regeln – der genetischen Ressourcen. Obwohl die Konvention von Vielfalt auf der Ebene von Ökosystemen, Arten und Genen spricht, galt ein Großteil der diplomatischen Aufregung dem Zugang zu und den Gewinn aus genetischem Material. Aus diesem Blickwinkel war es der Konvention weniger darum zu tun, den Reichtum der Natur als den erhofften Reichtum einiger Unternehmen und Staaten durch das Gengeschäft zu schützen.

Letztendlich beschäftigt sich die Konvention nicht ausdrücklich mit den großen Ökosystemen wie Wälder, Meere, Feuchtgebiete, Flüsse, Grasland oder Wüsten, auch nicht mit den durch Menschenhand geschaffenen Ökosystemen wie die moderne Landwirtschaft, die zweifellos den wichtigsten Faktor beim Verlust der biologischen Vielfalt darstellt. Obwohl einige dieser Gebiete in den Arbeitsgruppen im Rahmen der Konvention diskutiert wurden, sind die Resultate bis jetzt nur in Form von Empfehlungen verfügbar. Darüber hinaus wurden einige Ökosysteme in anderen Foren behandelt. Die Wälder z.B. waren bereits ein recht umstrittenes Thema in Rio sowie in späteren internationalen Foren, bis zum Waldforum der Vereinten Nationen. Allerdings ohne großartige Ergebnisse, denn die Handelsinteressen haben gewöhnlich die Naturschutzinteressen verdrängt. Ferner beschäftigt sich die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung, zwei Jahre nach Rio unterzeichnet, mit der Qualität von Böden, aber nur in ariden und semi-ariden Gebieten.

Und schließlich beansprucht die Welternährungsorganisation (FAO) die Zuständigkeit für agrarökologische Systeme, aber Naturschutz und soziale Existenzrechte sind dort schwerlich eine Priorität. Was, zusammenfassend gesehen, hervorsteicht, wenn es um die Ausbeutung lebendiger Ressourcen und natürlicher Systeme geht, ist die Abwesenheit eines wirksamen, internationalen Ordnungsrechts.

Fairness in der Biodiversitäts-Konvention

Die CBD ist definitiv höher einzustufen als andere Abkommen in Bezug auf Fairness und Gerechtigkeit. Sie hat Prinzipien hervorgebracht, die auch anderen Abkommen als Vorbild dienen können. Soweit es um Fairness zwischen den Nationen geht, ist es dem Süden bis zu einem gewissen Grad gelungen, ein Gleichgewicht mit dem Norden herzustellen. Denn

die CBD macht ein Ende mit dem kolonialen Erbe der Rohstoffplünderung ohne Bezahlung, indem sie das souveräne Verfügungsrecht der Nationen über ihre Naturressourcen kodifiziert. Schließlich sind die Gebiete biologischer Vielfalt in tropischen oder subtropischen Ländern konzentriert, während die Ressourcen- und Lebensindustrien in Nordamerika, Europa und Japan zu finden sind. Wegen dieser geografischen Asymmetrie hatte der Bedarf der gentechnologischen Firmen an lebendem Material zu einer neuen Runde der Streitigkeiten über Ressourcen zwischen Süd und Nord geführt. Vor diesem Hintergrund waren die Länder des Südens übereingekommen, das Verständnis von biologischer Vielfalt als einem „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ abzulehnen – eine Definition der Pflanzenvielfalt, die im FAO Undertaking von 1983 formuliert wurde. Aus der Angst heraus, dass ein solcher Begriff ihre Schätze dem Zugriff der nördlichen Firmen preisgeben würde, bestanden sie mit Erfolg auf dem Prinzip der nationalen Souveränität über Naturressourcen. Mit dieser Eigentumsdefinition war der Weg dafür geebnet, ein Recht auf die Regulierung des Zugangs zu Naturressourcen sowie auf einen Anteil an den daraus gewonnenen Vorteilen durchzusetzen. Tatsächlich wurden dann faire Zugangsregelung und Gewinnteilung (aber bisher nur auf genetische Ressourcen bezogen) neben Naturschutz und nachhaltiger Nutzung zu Zielen der CBD erhoben. Was die rechtliche Autorität über heimische Ressourcen anlangt, waren damit die südlichen mit den nördlichen Staaten gleichgestellt.

Ein Erfolg in Sachen Gerechtigkeit ist jedoch nicht notwendigerweise ein Erfolg in Sachen Nachhaltigkeit. In der CBD waren es hauptsächlich kommerzielle und nicht Umweltinteressen, die den Süden veranlassten, seine Souveränität über Ressourcen zu konsolidieren. Angesichts des Gewichts wirtschaftlicher Interessen in der heutigen Welt ist es zunächst wenig wahrscheinlich, dass ein Ausgleich zwischen den Staaten den Niedergang der Umwelt aufhalten wird. Im Gegenteil, die Staaten – und besonders deren einheimische Mittelschichten – werden wohl weiterhin ihr Naturerbe in Geld verwandeln wollen, auch wenn nunmehr ein größerer Teil des Profits im Lande bleibt. Vom Umweltstandpunkt aus gesehen gibt es jedoch Grenzen der nationalen Ausbeutung, so wie es Grenzen der imperialistischen Ausbeutung gibt. Nationale Souveränität kann nicht volles Eigentum bedeuten, weil Naturressourcen und Ökosysteme auch Gemeinschaftsgut sind – sei es für eine Gemeinde, für

Die CBD macht ein Ende mit dem kolonialen Erbe der Rohstoffplünderung ohne Bezahlung

*Die „Waldnation“
hat mehr
Einwohner als die
USA und Kanada
zusammen*

eine Nation oder für alle Einwohner der Erde. Da das Netzwerk des Lebens sich durch systemische und ineinander greifende Zyklen aufrechterhält, kann es kein reines, uneingeschränktes Eigentumsrecht auf Ökosysteme geben, schon gar nicht, seit die Natur aufgehört hat, reichhaltig zu sein. So gesehen bedeutet die Souveränität, die den Nationen von der CBD zugeschrieben wird, das Recht auf Nichteinmischung von außen, aber nicht die Macht, frei über die natürlichen Ressourcen von innen zu verfügen. Alle Länder müssen erkennen, dass sie natürliche Ressourcen treuhändisch verwalten, die lebenswichtig sind, sowohl für die Menschen innerhalb und außerhalb ihrer Landesgrenzen als auch für kommende Generationen. Mit Bezug auf die Umwelt ist es nicht genug, Gerechtigkeit neu zu definieren als gleiches Anrecht auf Besitz; die Ökologie verlangt, gleiche Rechte mit Vorsicht und Zurückhaltung auszuüben; andernfalls wäre Gerechtigkeit nichts anderes als die gleichberechtigte Beteiligung an der Raubökonomie.

Im Blick auf Fairness zwischen der globalen Mittelklasse und der marginalisierten Mehrheit enthält die CBD – besonders im Artikel 8 (j) – Bestimmungen, die in einem beträchtlichen Ausmaß die Rechte von traditionellen Gemeinschaften und indigenen Völkern respektieren. Schließlich sind sie es und nicht die Staaten, die oft die wahren Hüter der biologischen Vielfalt sind. So leben zum Beispiel weltweit ca. 350 Millionen Menschen in Wäldern (WCFSD 1999); sie sehen Wälder als ihren Lebensraum an und beziehen aus ihnen einen guten Teil ihres Lebensunterhalt. Mit anderen Worten, die „Waldnation“ hat also mehr Einwohner als die USA und Kanada zusammen. Nicht nur ihre wirtschaftliche, auch ihre kulturelle Sicherheit hängt von der Sicherheit der Wälder ab. Für sie ist es eine Sache des wirtschaftlichen und kulturellen Überlebens, dass ihre Rechte auf ihren Habitat, ihr Wissen und ihre Lebensart sowie ein gewisser Grad an Selbstverwaltung anerkannt und garantiert werden.

Allerdings kollidiert der Anspruch auf traditionelle Ressourcenrechte leicht mit dem Anspruch der staatlichen Hoheit auf natürliche Ressourcen – und mehr noch mit dem Anspruch auf offenen Zugang von ausländischer Seite. Zugang für wen? Und zu wessen Vorteil? Diese Fragen sind oft auch innerhalb eines Nationalstaates strittig; sie liegen an der Wurzel von Konflikten zwischen lokalen Gemeinschaften und dem Entwicklungsstaat.

Was diese Konfliktlinie anlangt, besagt Artikel 8(j): „Jede Vertragspartei wird ... Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche eingeborener und ortsansässiger Gemeinschaften mit traditionellen Lebensformen, die für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt von Belang sind, achten, bewahren und erhalten ... und die gerechte Teilung der aus der Nutzung dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche entstehenden Vorteile fördern“. Diese Klausel lässt eine protektionistische Interpretation („bewahren und erhalten“) und eine auf Rechte basierende Interpretation („achten“, „gerechte Teilung der Vorteile“) zu. Sie deutet auf Kontroversen hin, die sich bei der Anerkennung örtlicher Gemeinschaften ergeben; gewöhnlich stehen deren Existenzrechte den Rechten auf wirtschaftliche Entwicklung gegenüber. Es ist jedoch offensichtlich, dass die CBD traditionelle Gemeinschaften nicht mehr als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung sieht. Eine solche Haltung erkennt die langbewährte technische und spirituelle Kompetenz der traditionellen und indigenen Gemeinschaften an, für die Vielfalt von Pflanzen, Tieren und sonstigen Lebensformen zu sorgen. Von daher stimmt die Forderung nach dem Schutz der biologischer Vielfalt mit der Forderung nach größerer Selbstbestimmung seitens lokaler Gemeinschaften überein. Tatsächlich keimt in der CBD ein Ansatz auf, der sowohl für die Ökologie wie auch für die Gerechtigkeit noch manche Blüte bringen könnte: gleichzeitig Umweltschutz und Menschenrechte voranzubringen.

4.3 Anerkennung von Gemeinschaftsrechten an bio-genetischem Wissen

Seit jeher haben menschliche Gemeinschaften Wissen über unterschiedliche und komplexe Ökosysteme bewahrt. Im Grunde ist die fortdauernde Existenz sol-

cher Gemeinschaften ein Beweis für den Erfolg und die anhaltende Nachhaltigkeit ihrer traditionellen Strategien, Wissen zu generieren und zu vermitteln.

Demgegenüber starteten die Molekularbiologie, Biochemie und Gentechnik ihren massiven wissenschaftlichen Durchbruch vor etwa fünfzig Jahren. Wissenschaftlich gesehen ist dies eine lange Zeit. Entwicklungsgeschichtlich und kulturell gesehen ist das nicht mehr als der Anfang. Trotzdem verbreitet sich dieses Wissenssystem, das auf moderner Wissenschaft, Industrie und Kapital basiert, in der ganzen Welt. Sollte die moderne Agrarwissenschaft also alle anderen Wissenssysteme ersetzen, wenn es um die genetischen Ressourcen geht?

Wissenssysteme im Konflikt

Viele erfolgreiche Wissenssysteme von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften über die natürliche Welt haben folgende gemeinsame Merkmale. Diese Wissenssysteme

- sind gemeinschaftsbasiert
- zeigen sowohl biologische als auch kulturelle Vielfalt
- definieren biologisches Wissen und Ressourcen als Gemeinschaftsgut
- dienen der Existenzsicherung und den örtlichen Märkten
- sind weitestgehend auf die Verwaltung von Wissen und Ressourcen durch Frauen gegründet
- sind auf Widerstandsfähigkeit und Sicherung der Nahrungsgrundlage ausgerichtet
- optimieren eher im Kontext, als dass sie einzelne Variablen maximieren
- setzen niedrige Schwellen für die Beteiligung an Innovation
- bieten Beweise für lebensfähige, langfristige Lösungen vor Ort
- sind sehr stark biologisch, sozio-ökonomisch und kulturell eingebettet
- stellen Wissen von Gemeinschaftspraktiken dar
- werden mündlich weitergegeben
- verwenden biologische Vielfalt in Selektion und Ackerbau
- integrieren Aspekte des Ackerbaus, der Lebensmittelzubereitung und der Gesundheitsvorsorge
- sind weder kapital- noch energie-intensiv

Im Gegensatz dazu wurden naturwissenschaftliche Wissenssysteme seit Anfang der Moderne in Europa von Philosophen und Wissenschaftlern entwickelt. Die moderne Wissenschaft begann als Reaktion auf die totalitären Strukturen des Staates und der Kirche. Öffentliche Universitäten förderten die Verbreitung

von Kenntnissen und trennten so die Erzeugung von Wissen von den Interessen der Reichen und Mächtigen. Auf diese Weise wurde die moderne Wissenschaft ein mächtiges Instrument zur Gewinnung von Informationen mit genereller Anwendbarkeit und sogar „universellem“ Wert. In der Tat, ihre Experimente und Resultate sind weltweit reproduzierbar. Die wichtigste Stärke der Wissenschaft liegt in der prognostischen Genauigkeit, die vor allem aus der Einzelfaktoranalyse heraus möglich wird. Zuverlässige Informationen über kausale Zusammenhänge sind zum Kennzeichen der modernen Wissenschaft geworden.

Jedoch, nur eine unabhängige Wissenschaft kann die kritische Funktion der Wissenschaft schützen, und dies wurde im allgemeinen durch öffentliche Finanzierung garantiert. Objektivität wird behindert, wenn Wissenschaftler auf finanzielle Unterstützung aus wirtschaftlichen Quellen angewiesen sind. Wenn es sich dazu noch um komplizierte, sich entwickelnde Systeme, langfristige Zeitrahmen, viele Variablen – einschließlich der menschlichen Beteiligten – handelt, neigt die strenge wissenschaftliche Prognose dazu, in ungenauen Expertenmeinungen unterzugehen. Wissenschaftler können leicht versucht sein, die Vorhersagbarkeit von Systemen zu maximieren, indem sie die Komplexität der Umwelt und die Vielfalt menschlicher Wahlmöglichkeiten reduzieren.

Besonders die fünfzig Jahre wissenschaftlicher Entdeckungen und Erfindungen in den Biowissenschaften sind von grundlegenden Änderungen in der Organisation, der finanziellen Unterstützung und der sozio-ökonomischen Rolle der Wissenschaft begleitet worden. Dieses neue Gebiet ist sehr kapitalintensiv. Die Beteiligung der Industrie und die Finanzierung spielen eine wichtige Rolle dabei, die Grundlagenforschung sehr schnell in vor-wettbewerbliche und wettbewerbliche Unterfangen zu verwandeln. Zudem ist Wissenschaft bereits ein wichtiger Faktor im weltweiten Wettbewerb der Länder geworden. Daraus resultiert, dass sich die Wissenschaft vom „Luxus“ der Grundlagenforschung und ihrer kritischen Funktion entfernt hat. Auf diese Weise sind Patente für biotechnologische Erfindungen, die z.B. in der Industrie anwendbar sind, oft für Zwecke des Fundraisings, des Wettbewerbsvorteils oder um den Share-holder Value nach oben zu treiben, vergeben worden.

Das moderne biologische Wissenssystem, meistens biologische Wissenschaft genannt, hat bestimmte Merkmale, die neben die oben aufgeführten

Nur eine unabhängige Wissenschaft kann die kritische Funktion der Wissenschaft schützen

*Wem gehören die Ressourcen?
Wessen Wissen und Innovationen zählen?*

gemeinschaftsbasierten Wissenssysteme gestellt werden können. Moderne Wissenssysteme

- sind global anwendbar
- erlauben weltweite Reproduzierbarkeit der Resultate unter bestimmten experimentellen Bedingungen
- privatisieren biologisches Wissen und Ressourcen als geistiges Eigentum
- beliefern den Weltmarkt
- basieren auf vorwiegend männlichem Sachverstand
- maximieren kurzfristigen Gewinn und Leistung
- experimentieren unter Laborbedingungen, bei denen die Variablen auf eine zuverlässige Verbindung zwischen Ursache und Wirkung reduziert werden
- haben eine hohe finanzielle und kulturelle Schwelle, um den Expertenstatus zu erreichen
- sind von den nur kurzen Lebenszyklen von Hypothesen, naturwissenschaftlichem Wissen und Produkten abhängig
- leiden oft an einer zu kurzen Experimentierphase, so dass die relevanten, praktischen Ergebnisse der langfristigen Auswirkungen fehlen und dadurch der Fortschritt unabsichtlich blind wird
- reißen genetische Informationen aus dem Zusammenhang und vernachlässigen oft örtliche, ökologische, sozio-ökonomische und kulturelle Eigenheiten
- stellen Forschung in Publikationen und industriellen Anwendungen vor
- verbreiten Wissen in schriftlicher Form
- benötigen die biologische Vielfalt für die Auswahl der nützlichen Eigenschaften, bringen aber homogenes Saatgut für den Anbau hervor
- konzentrieren sich auf einzelne Gene, die einen vorhersagbaren Marktwert haben könnten
- teilen Landwirtschaft, Ernährungswissenschaft und Medizin in verschiedene Abteilungen auf
- sind kapital- und energie-intensiv.

Sollte dieses neue verallgemeinernde Wissenssystem, das mit dem Weltmarkt konform läuft, alle anderen Wissenssysteme ersetzen? Der Respekt vor Kulturen wie auch eine vernünftige Skepsis gegenüber der langfristigen Effektivität von Wissenschaft legen eine negative Antwort nahe. Dreißig Jahre an Privilegien für ein Wissenssystem haben zum Beispiel alles andere als bewiesen, dass die Wissenschaft den Hunger vom Antlitz der Erde wischen wird. Fairness und unverminderte Notlagen verlangen, dass den gemein-

schaftlichen Wissenssystemen eine Chance gegeben wird, und wenn auch nur deshalb, weil sie Erfahrung und Einfluss dort haben, wo die Probleme entstehen.

Wessen Wissen zählt?

Wenn Wissenssysteme in Konflikt geraten, werden Regeln benötigt, um Gerechtigkeit zwischen den beteiligten, sehr unterschiedlichen Spielern zu garantieren. Weder das unkritische Lob aller Errungenschaften, auf die moderne Wissenschaft Anspruch erhebt, noch das unkritische Lob aller Heilmittel, die von den örtlichen Gemeinschaften angeboten werden, werden das Problem lösen. Es sollte jedoch betont werden, dass heutzutage das Vorurteil besteht, ersteres als „rational“ und letzteres als „irrational“ zu bezeichnen.

Die moderne Wissenschaft ist als späte Form des Kolonialismus bezeichnet worden, weil sie sich die Macht gibt, über alle Kulturen hinweg zu definieren, was als rational, innovativ und relevant zu gelten hat. Indessen fordern die Repräsentanten nicht-westlicher Kulturen die moderne reduktionistische Wissenschaft wegen ihres fehlenden Kontextwissens heraus. Obendrein sind sie zutiefst beunruhigt über die strukturellen Vergünstigungen, die die bereits Reichen und Wohlgenährten in internationalen Handelsabkommen erhalten. Denn wer das Wissenssystem beherrscht, wird sich alsbald auch in der Politik durchsetzen. Gegenseitige, unterstützende Kooperation verlangt jedoch die Abschaffung solcher Herrschaftsansprüche.

In dieser Hinsicht haben internationale Verhandlungen bis jetzt noch viel zu wünschen übrig gelassen. Wem gehören die Ressourcen? Wessen Wissen und Innovationen zählen? Wer kann die unerwünschten und zerstörerischen Auswirkungen der menschlichen Aktivitäten vermeiden und wer nicht? Wer trägt die Verantwortung und ist verpflichtet, Wiedergutmachung zu leisten? Wessen kreativer Beitrag wird als Gemeinschaftsgut bezeichnet, und wer erntet die finanziellen Vorteile der Privatisierung? Dies sind einige der Fragen, die hinter der internationalen Debatte über die Lebensmittel, die Landwirtschaft, die biologischen Ressourcen, die Rechte der Bauern und die handelsbezogenen geistigen Eigentumsrechte stehen. Abkommen müssen nach ihrer Fähigkeit bewertet werden, Fairness herstellen zu können, und auf Achtung gegenüber denjenigen beruhen, welche die Basis für die gemeinsame Nahrungssicherheit schaffen, – den Entdeckern der physiologisch aktiven

biologischen Verbindungen einerseits und den Lehrern ihrer weisen Anwendung in Mahlzeiten und Medizin andererseits.

Im Jahr 1972 erkannte die Stockholm Konferenz die biologische Vielfalt als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ an. Es wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, dass genetische Ressourcen Gemeineigentum sind, und dass nur frei geteiltes Wissen als fruchtbares Wissen anzusehen ist. Wissenschaftliche Innovationen wie präzisere Beschreibungen, neue Methoden der Analyse oder besseres Verständnis der biologischen Funktionen wurden als nicht-patentierbar angesehen, da man sie eher als Entdeckungen denn als Innovationen betrachtete. Folglich wurden Gen-Banken geschaffen, um das gemeinsame Erbe zu verwalten, obwohl man es versäumte, ihnen einen klaren rechtlichen Status geben.

So kam es, dass den Gemeinschaften, welche ursprünglich die pflanzlich-genetischen Ressourcen für Lebensmittel und Landwirtschaft geliefert hatten, der Zugang zu diesen Sammlungen verwehrt wurde. Dies ist teilweise durch den Internationalen Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Nahrung und Landwirtschaft vom November 2001 von der FAO Konferenz berichtigt worden. Die Rechte der Bauern, bzw. die Anerkennung der Bauern als Züchter, wurden sanktioniert, wenn auch in einer ziemlich schwachen Form, denn der durch geistige Eigentumsrechte nicht eingeschränkte, freie Zugriff der Bauern und Züchter auf pflanzengenetische Ressourcen ist noch nicht umfassend genug. Lediglich 35 Sorten Getreide und 29 Futterarten sind eingeschlossen. Diese Liste zu erweitern und die Integrität und Autonomie des Abkommens gegenüber anderen Abkommen, vor allem gegenüber dem WTO Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (TRIPS), zu behaupten, wird entscheidend sein.

Bei der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro wurde die Idee des „gemeinsamen Erbes der Menschheit“ fallengelassen zugunsten der nationalen Hoheit über genetische Ressourcen. Mächtige globale Akteure hatten beansprucht, freien Zugriff auf die Ressourcen zu haben. Und die Gemeinschaften, die Verwalter und Lieferanten der biologischen Vielfalt, gingen leer aus. Deshalb wurden sowohl die Rechte der nationalen Staaten als auch die Rechte der Völker und Gemeinschaften von der Konvention über Biodiversität anerkannt. Aber das Verhältnis dieser Rechte zueinander blieb ungeklärt.

Wie kürzlich zwei Initiativen zeigten, ist jedoch eine Klärung dringend notwendig. Am 1. Februar

2002, wurde eine Initiative zu einem Abkommen über die gerechtere Aufteilung des genetischen Gemeinschaftsguts (*Treaty Initiative to Share the Genetic Commons*) bekannt gegeben. Die Initiatoren waren Hunderte von NGO's aus mehr als 50 Staaten. Die Initiative weist Patente auf das Leben zurück und erklärt den globalen Gen-Pool als gemeinsames Erbe in kollektiver Verantwortung. Aber ein solcher Ansatz bringt die Diskussion wieder zurück zu Stockholm 1972. Es bleibt noch immer unklar, wie die ungleiche Verteilung der Macht und der Gewinne angesprochen werden sollte, und wie man den stärksten Bruder daran hindern kann, das gemeinsame Erbe zu verwalten und mit Beschlag zu belegen. Das zweite Ereignis wurde am 19. Februar 2002 öffentlich gemacht. Von China, Brasilien, Indien, Mexiko, Indonesien, Costa Rica, Kolumbien, Ecuador, Kenia, Peru, Venezuela und Südafrika wurde die Gruppe der alliierten Mega-Biodiversitätsnationen gegründet. Es ist eine OPEC-ähnliche Gruppe, die sich für besseren Schutz ihrer Interessen auf dem Weltmarkt einsetzen will. Sie wird versuchen, sich gegen den fatalen Preisverfall zu schützen, der die konkurrierenden Exporteure von Rohstoffen ständig trifft. Sie wird auf gerechtere Handelsregeln drängen hinsichtlich der Patentierung und Registrierung von Produkten, die auf Pflanzen- und Tierressourcen basieren. Und sie wird die Überwachung der Suche nach Biobodenschätzen verbessern, indem sie auf die vorherige Einholung der Zustimmung und die gemeinsam vereinbarten Bedingungen für Genehmigungen besteht. Denn schließlich war der Versuch, rechtlich verbindliche Vereinbarungen über Zugang und Aufteilung von Nutzung unter der CBD zu erreichen, Ende Oktober 2001 in Bonn zu freiwilligen Richtlinien verwässert worden. Eine konsequente Klärung der Rechte, Verantwortlichkeiten und Rollen der verschiedenen Beteiligten ist deshalb noch in der Schwebe.

Es überrascht nicht, dass das Durcheinander der Regeln dem stärksten Akteur nutzt. Es ist ein Geburtsfehler der Konvention, dass versäumt wurde, das Prinzip des freien Zugriffs an die Verpflichtung zu knüpfen, die Vorteile, die aus der Nutzung der biologischen Vielfalt entstehen, zu bewahren, erhaltend zu nutzen und gerecht zu teilen. Länder, die sich weigern, die Konvention zu ratifizieren, genießen deshalb Wettbewerbsvorteile. Tatsächlich haben die USA, führend in der Biotechnologie, im Patentieren und im weltweiten Zugriff auf die biologische Vielfalt, die Konvention nicht ratifiziert, üben aber weiterhin Druck auf das TRIPS unter der WTO aus, um den

uneingeschränkter Handel mit Gen-Produkten und Gen-Patenten zu erleichtern.

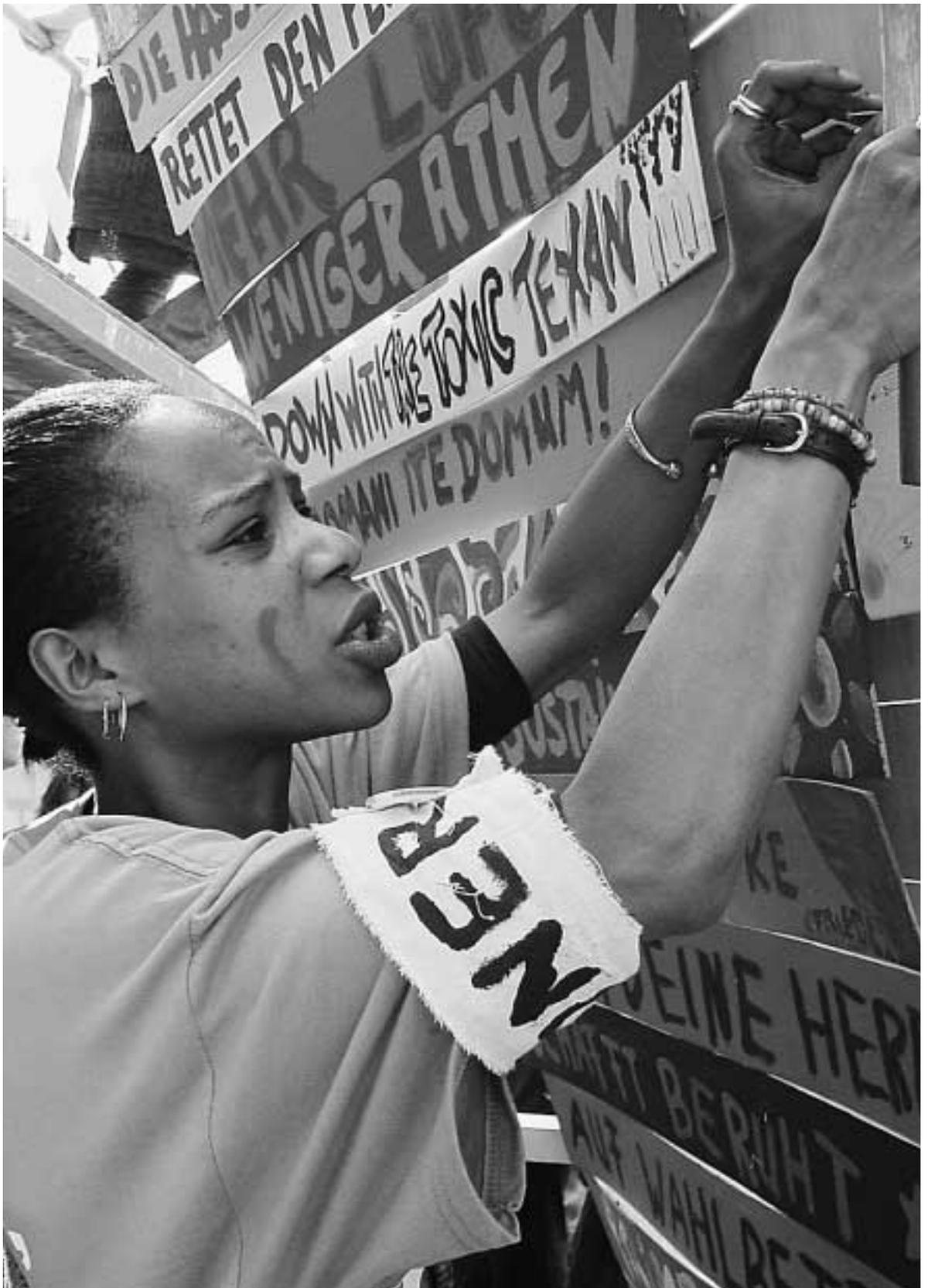
TRIPS und die Marginalisierung der Gemeinschaftsrechte

Abgesehen von diesem Konflikt gibt es noch tiefere Widersprüche zwischen den handelsbezogenen geistigen Eigentumsrechten (TRIPS) und den Zielen der Biodiversitätskonvention (CBD). Zum einen ist es wahrscheinlich, dass Patente in der Praxis langfristig zur Reduzierung der biologischen Vielfalt führen. Zum anderen werden Kleinbauern im Süden sicherlich benachteiligt, wenn ihre Rechte auf Wissen nicht von gleich starken und durchsetzbaren Regimen geschützt werden. Auf jeden Fall ist der Schutz geistigen Eigentums nicht ein Ziel an sich; er muss in Verbindung mit dem öffentlichen Interesse und dem sozio-ökonomischen Wohlergehen gebracht werden, denn die Sicherheit der Lebensmittelgrundlagen und der Gesundheit sind wichtige Angelegenheiten des öffentlichen Interesses und des kollektiven Wohlergehens. Aus diesem Grund ist eine erneute Überprüfung von TRIPS, besonders des Artikels 27 (b), der das Ziel verfolgt, die Rechte und Pflichten besser auszubalancieren, wie es von den südlichen Ländern vorgeschlagen wird, lang überfällig.

Es wird zu leicht vergessen, dass Patente öffentliche Akzeptanz erhalten hatten, weil sie dem kleinen Erfinder Schutz gegenüber finanziell stärkeren Akteuren geboten haben. Sie sollten die Vielfalt der technischen Innovationen fördern. Unter TRIPS jedoch erhalten die kleinen Erfinder, die die meisten Lebensmittel und die Basis für die Sicherheit künftiger Lebensmittelgrundlagen weltweit liefern, keinen angemessenen Schutz vor den finanziell stärkeren Mitspielern. Bis jetzt haben weder die *Bio-Trade Initiative* der UNCTAD noch die Ansätze der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) gerechte Lösungen hervorgebracht. Gerechtigkeit und gleiche Aufteilung von Gewinnen werden so nicht erreicht werden, es sei denn die speziellen Merkmale der „gemeinschaftlichen Wissenssysteme“ werden anerkannt. Sie sind weit davon entfernt, unterentwickelte Versuche in nördlicher Wissenschaft zu sein, die von anonymen Erfindern durchgeführt werden und wenige industrielle Anwendungen hervorbringen (was sie als privates, handelsbezogenes geistiges Eigentum disqualifizieren würde) – sie sind tatsächlich Systeme von eigener Art, die spezielle *sui generis* Anerkennung finden müssen.

Reichtums-Ökologie

- Armutslinderung ist nicht ohne Reichtumslinderung zu haben. Werden die Reichen zu einem Lebensstil finden, der ohne Überbeanspruchung des globalen Umwelt-raums auskommt?
- Die Stoffströme von Süd nach Nord verringern.
- Was kommt nach dem Kyoto-Protokoll? Es ist an der Zeit, gleiche Rechte auf das Gemeinschaftsgut Atmosphäre anzuerkennen und die Perspektive von Kontraktion & Konvergenz ins Spiel zu bringen.
- Wälder und Wasser können nicht länger die Waisen internationaler Governance bleiben. Für Abkommen sind die Prinzipien des fairen Zugangs und gerechter Gewinnteilung aus der Biodiversitätskonvention wichtig.
- Lokale Wissenssysteme über Nahrung und Landbau brauchen Schutz gegen die Macht von Staat und Unternehmen. Wissen als Gemeingut steht gegen Wissen als patentierte Ware.



Das Rettungsboot: Aktion von Friends of the Earth zur Klimakonferenz (Bonn, 2001)

Teil 5

Governance für Fairness und Ressourcenschutz

Es gibt nicht nur eine Art und Weise die Weltgesellschaft zu gestalten, so wie es nicht nur eine Art und Weise gab, Nationalgesellschaften aufzubauen. So haben etwa Nationalstaaten, die einst kleinere soziale Einheiten wie Stämme, Städte oder Grafschaften in eine neue Konstellationen gebracht haben, die Form von Diktaturen, Königreichen oder Demokratien angenommen. Ebenso wird die Schaffung einer globalen Gesellschaft, die kleinere Einheiten wie Nationalstaaten, transnationale Verbände und private Unternehmen in neue Konstellationen bringt, verschiedene Formen annehmen. Doch die genaue Gestalt der globalen Gesellschaft, ihre vorherrschenden Ideale, ihre Gewinner und Verlierer, werden aus zahllosen Debatten, konkurrierenden Utopien und langwierigen Machtkämpfen hervorgehen. Dieser Kampf ist heute bereits im Gange. Namen von Städten wie Seattle, Porto Alegre oder Davos sind zu Symbolen geworden für das Kräftemessen, das zwischen Teilen der globalen Gesellschaft mit ihren gegensätzlichen Interessen, Visionen und Herkünften stattfindet. Welche Art von Globalisierung ist wünschenswert? Dies ist die Schlüsselfrage, die beim Übergang ins 21. Jahrhundert ins Rampenlicht gerückt ist. Das Memorandum ist ein kleiner Versuch zu dieser weltweiten Selbstbefragung beizutragen.

Der Globalisierungsprozess wird von zwei Triebfedern angetrieben. Die erste ist die Technik, welche die Vernetzung von Menschen über weite Entfernungen hinweg verstärkt hat. Flugzeuge befördern Menschen zu entlegenen Orten, das Fernsehen bringt entfernte Ereignisse ins Haus, das Internet zieht Menschen in einen weltweiten, virtuellen Raum und Satelliten übermitteln Bilder von der Erde aus dem All. In Freud und Leid erfahren heutige Generationen die Welt in Echtzeit und bei Null-Entfernung. Dieser historische Wandel in der Infrastruktur und im menschlichen Bewusstsein lässt sich nicht rückgängig machen. Er wird auch im kommenden Jahrhundert Teil der menschlichen Existenz sein. Die zweite Triebfeder ist die bereits zwanzig Jahre anhaltende Welle der Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung der Finanzströme und des Welthandels, sowie die export-orientierten Wachstumsrezepte, die nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems mit seinen festgelegten Wechselkursen in den 70er Jahren gang und gäbe wurden. Der IMF und die WTO sind zentrale Agenten dieses Prozesses. Wir sind der Ansicht, dass man sich mit diesen beiden Phänomenen getrennt befassen muss. Die grundlegende Annahme dieses letzten Teils des Memorandums ist, dass die weltweite Vernetzung nicht notwendigerweise mit der Vorherrschaft des Neoliberalismus identisch ist. Ganz im Gegenteil – der aufsteigende transnationale Raum muss nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gestaltet werden, denen Vorrang gegenüber wirtschaftlicher Effizienz zukommt.

Ganz allgemein gesprochen gibt es gegenwärtig zwei Globalisierungskonzepte, die während der jüngsten Kontroversen in den Vordergrund gerückt sind. Neoliberaler Globalisierung strebt danach, die Welt in eine einheitliche Wirtschaftsarena umzugestalten. Dafür möchten ihre Vertreter durchsetzen, dass transnationale Unternehmen ohne Hindernisse miteinander im Wettbewerb stehen können, um globalen Reichtum und Wohlstand effizient zu vermehren. Dieses besondere Konzept, das sich bis zum Aufkommen der Freihandelsidee im England des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt, hat nach vielen Permutationen die Weltpolitik vor allem im späten 20. Jahrhundert geprägt.

Auf der anderen Seite fasst das Konzept der demokratischen Globalisierung eine Welt ins Auge, die einer Vielzahl von Kulturen Heimat gibt und die Grundrechte eines jeden Weltbürgers anerkennt. Die Wurzeln dieses Konzepts gehen auf die griechische Philosophie der Spätantike zurück sowie auf die europäische Aufklärung, welche die Welt in einem kosmopolitischen Geist entworfen hatten.

Wir sind der Auffassung, dass die Sache der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im ersteren Konzept bis zur Unkenntlichkeit umdefiniert werden müsste. Sie kann daher nur in einer Perspektive der demokratischen Globalisierung entwickelt werden.

5.1 Rechte lokaler Gemeinschaften

Ein beträchtlicher Teil der Weltbürger lebt in ländlichen Gemeinschaften, deren Lebensgrundlage die sie umgebenden Felder, Wälder, Weidegebiete und Gewässer sind. Weitläufige Territorien, Gebirgsketten oder lang gestreckte Küsten stellen Lebensräume für Stammesgesellschaften, indigene Völker, Waldbewohner, Fischervölker und eine Spannweite von Gemeinschaften dörflichen Charakters dar. Diese Gemeinschaften leben oft in Ökosystemen, auf deren Ressourcen staatliche und private Unternehmen ein begehrtliches Auge geworfen haben, um die Konsumbedürfnisse städtischer und industrieller Zentren in nah und fern zu erfüllen. Der Drang zur nachholenden Entwicklung hat in der Vergangenheit aus solchen Gemeinschaften oft „Entwicklungsoffer“ werden lassen; lokale Gemeinschaften wurden wegen Dammbauten aus ihren Tälern umgesiedelt, durch Pipelines mit Ölverschmutzung belastet, wegen Plantagen von ihrem fruchtbaren Land vertrieben oder durch Fangflotten ihrer Fischgründe beraubt. Im Hinblick auf diese Konfliktlage lassen sich Mensch und Natur am besten schützen, wenn die Rechte lokaler Gemeinschaften auf ihre Ressourcen gestärkt werden.

Rechte auf natürlichen Habitat anerkennen

Naturräume stellen Lebens-Mittel zur Verfügung. Sie bieten Nahrung, Behausung, Medizin sowie Anschauung für kulturelle Erinnerung und spirituelle Erbauung. Es ist eine Sache fundamentaler Menschenrechte, dass lokale Gemeinschaften ein Recht auf Res-

ourcen wie Land, Wasser, Fischgründe, Wälder und Saatgut beanspruchen können. Ein Verlust dieser Ressourcen kann ohne vorherige informierte Einwilligung oder eine angemessene Entschädigung nicht in Frage kommen. Daher sollten die Ressourcenrechte lokaler Gemeinschaften in die nationale Gesetzgebung und im Völkerrecht integriert werden. Das Modellgesetz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU 2000) über Gemeinschaftsrechte liefert hierfür ein gutes Beispiel.

Land. Alle Personen und Gemeinschaften haben das Recht die natürlichen Ressourcen ihres Landes zu nutzen sowie die entsprechende Verpflichtung die Integrität solcher Ressourcen zu schützen. Gemeinschaften sollen das Recht (und die Verpflichtung) haben, Aufsicht über den Zugang zu ihrem Land auszuüben und die Ressourcen im Sinne ihrer Gewohnheitsrechte und Bräuche zu verwalten. Zudem sollen sie das Recht auf einen fairen und gerechten Anteil der Vorteile haben, die aus der Nutzung dieser Ressourcen, darunter Wissen, Techniken, überlieferte Bräuche und biologische oder nichtbiologische Ressourcen hervorgehen.

Wasser. Wasser ist eine Voraussetzung für alle Lebensformen. Alle Lebewesen sollen einen fairen und gerechten Zugang zu dieser lebenswichtigen Ressource haben. Das bedeutet, dass die Privatisierung von Wasserressourcen untersagt bleiben sollte. Lokale Gemeinschaften haben das Recht, den Zugang zu ihren Wasserressourcen zu bestimmen und diese im Sinne ihrer Gewohnheitsrechte und Bräuche zu ver-

walten. Niemand ist befugt, den Zugang auf ein Wasservorkommen zu beschränken, insofern es nicht künstlich angelegt worden ist. Niemand darf die für Gemeinschaften lebenswichtigen Wasservorkommen beeinträchtigen, ohne dass eine angemessene Entschädigung gezahlt oder eine Rückerstattung vorgenommen worden ist.

Saatgut. Lokale Gemeinschaften haben das Recht auf das Wissen, die Techniken und die Bräuche, die sie in der Nutzung und der Verwaltung ihrer biologischen und nichtbiologischen Ressourcen anwenden. Insbesondere haben sie das Recht, das Saatgut der letzten Ernte aufzubewahren, zu tauschen, zu pflanzen und zu verkaufen. Folglich dürfen keine restriktiven geistigen Eigentumsrechte auf ihr Wissen und ihre Praktiken geltend gemacht werden.

Eine Konvention zum Schutz von Gemeinschaftsrechten an Ressourcen veranlassen

Die der Biodiversitätskonvention zugrunde liegenden Prinzipien wie „volle und wirkungsvolle Beteiligung“, „Zugang zu beidseitig vereinbarten Bedingungen“, „Teilung der Gewinne“ und „informierte Einwilligung“ können helfen, die Ressourcenkonflikte zwischen staatlichen oder privatwirtschaftlichen Unternehmen und lokalen Gemeinschaften zu regeln. Ein solcher Ansatz geht von zwei wichtigen Menschenrechtsinstrumenten aus: Das Internationale Abkommen über bürgerliche und politische Rechte, und das Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Paragraph 1(2) beider Dokumente bestätigt das Recht aller Völkergruppen, „frei über ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen zu verfügen ... auf der Basis wechselseitigen Nutzens und des Völkerrechts. Unter keinen Umständen darf ein Volk seiner Lebensgrundlagen beraubt werden.“ Aus verschiedenen Quellen des Völkerrechts geht hervor, dass Völker ein Bündel von Rechten genießen, darunter individuelle und kollektive Menschenrechte, das Recht auf Kontrolle über Stammesgebiete und Ressourcen sowie kulturelle Rechte.

Den Schutz von Ökosystemen in solchen Ressourcenrechten zu verankern, zielt darauf ab, Ausbeutung und Abfluss von Ressourcen einzuschränken. Private Unternehmen müssten den Vorrang der Rechte der Einwohner auf ihren Lebensraum anerkennen und sich auf Verhandlungen über die Bedingungen des Zugangs und gerechte Gewinnteilung einlassen. Dies würde die Machtbalance verschieben. Zum Beispiel

könnten Ölunternehmen verpflichtet werden, die Einwilligung der einheimischen Bevölkerung für ihre Bohrungen einzuholen, Forstunternehmen, mit Waldbewohnern zusammenzuarbeiten, Staudammunternehmen, eine vorherige informierte Einwilligung von möglichen Überflutungsoptionen einzuholen, und Fischereunternehmen, die Fangrechte von örtlichen Autoritäten zu erwerben. Bestimmungen über fairen Zugang und gerechte Gewinnbeteiligung für traditionelle Gemeinschaften und indigene Völker sollten Teil von internationalen Abkommen über Wälder, Fischerei oder Bergbau werden. Der Weltgipfel über Nachhaltige Entwicklung (WSSD) sollte ein Verfahren in die Wege leiten, um Verhandlungen über ein UN-Abkommen zum Schutz der Ressourcenrechte lokaler Gemeinschaften zu eröffnen.

Eine Weltkommission für die Aktivitäten der Bergbau-, Gas- und Ölindustrie einrichten

An der Gewinnung von Ressourcen in großem Maßstab und am Bau von Infrastrukturen sind in der Regel eine Reihe von Akteuren beteiligt, darunter Behörden, Unternehmen, Banken, multilaterale Insti-

Gemeinschaftsrechte

- Rechte auf den natürlichen Habitat sind zu respektieren und in die nationale Gesetzgebung zu integrieren. Für bäuerliche Gemeinschaften ist es eine Sache der Menschenrechte, Kontrolle über Land, Wasser und Saatgut zu haben.
- Eine Konvention über die Gemeinschaftsrechte an Ressourcen initiieren. Häufig treten Ressourcenkonflikte zwischen lokalen Gemeinschaften, Ressourcenindustrien und der Staatsbürokratie auf. Fairer Zugang und gerechte Gewinnteilung sind Eckpfeiler in jedem internationalen Abkommen.
- Eine Weltkommission über Bergbau, Gas- und Ölförderung einrichten. Nach dem Vorbild der Weltkommission über Staudämme, sollen Repräsentanten lokaler Gemeinschaften, NGO's, Unternehmen und Regierungen, die bisherigen Erfahrungen aus der Ressourcengewinnung auswerten und geleitet von der Menschenrechtskonvention Kriterien für zukünftige Entscheidungen aufstellen.

tutionen, Geberländer, Wissenschaftler, Bürgerinitiativen sowie die Bewohner des betroffenen Projektschauplatzes. Um zerstörerische Auswirkungen von Großprojekten auf Umwelt und Gesellschaft abzumildern, ist es ratsam, alle interessierten Gruppen zur gemeinsamen Evaluation vergangener Erfahrungen und zur Formulierung eines Ordnungsrahmens für zukünftige Projekte zusammenzubringen. Die Weltkommission für Staudämme (WCD 2000) stellt ein gelungenes Beispiel für ein solches Vorhaben dar.

Die WCD, die ihr Mandat im Jahr 2000 abgeschlossen hat, war ein einzigartiges Experiment zur Entscheidungsfindung in Fragen globaler Ordnungspolitik. Sie umfasste 12 Mitglieder aus Ministerien, Wirtschaft, und Gesellschaft, darunter Staudamm-Lobbyisten und Staudammgegner. Die von der IUCN und der Weltbank initiierte Kommission wurde von einem professionellen Sekretariat unterstützt und von einem 68 Mitglieder starken Forum interessierter Organisationen begleitet. Sie wurde gegründet, um sich mit den Streitpunkten zu befassen, die Staudämme zu einem heißen Thema in der Arena der Umwelt, Entwicklung und Gerechtigkeit gemacht haben. Die Kommission konzentrierte sich auf zwei Aufgaben. Erstens trug sie eine umfassende Wissensbasis über die Auswirkungen des Baus großer Staudämme zusammen. Zweitens entwickelte sie Kriterien und Richtlinien, die fortan bei der Entscheidungsfindung über Staudämme behilflich sein

sollten. Wenngleich die Kommission enorme Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken hatte, war sie dennoch erfolgreich, weil es ihr gelang, Infrastrukturplanung in einem auf die Beachtung der Menschenrechte gegründeten Ordnungsrahmen zu diskutieren.

Abgesehen von der Präsenz der organisierten Staudammgegner rund um den Globus waren Unabhängigkeit, umfassende Beteiligung und Transparenz die wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der Kommission. Freilich lässt die Implementierung der Schlussfolgerungen durch die beteiligten Akteure noch zu wünschen übrig. So zieht es bislang die Weltbank – ein wichtiger Sponsor – vor, die Empfehlungen der Kommission links liegen zu lassen. Dennoch handelt es sich um ein Modell, das auch in anderen Bereichen wie Bergbau, Gas- und Ölförderung angewendet werden kann. Ähnlich wie große Staudammprojekte fordern diese Sektoren einen hohen Preis von der Umwelt und belasten die Lebensräume lokaler Gemeinschaften. Sie sind Brennpunkte im Konflikt zwischen Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten. Die Weltbank hat auf diese Konfliktlage bereits reagiert und eine Kommission zur Begutachtung der Tätigkeit von Rohstoffindustrien ins Leben gerufen, deren Unabhängigkeit und demokratische Breite jedoch in Zweifel stehen. Aus diesen Gründen schlagen wir die Gründung einer Weltkommission für Bergbau, Gas- und Ölgewinnung vor.

5.2. Bürgerrechte in Umweltsachen

Eine Politik der Nachhaltigkeit setzt eine nachhaltige politische Unterstützung voraus. Wie kann so eine Unterstützung erreicht werden? Eine strategische Differenz trennt zwei Denkschulen. Nur ein skeptisches Lächeln hat die erste Denkschule für die Einsichten und Beiträge von Bürgern übrig. Ihre Vertreter setzen eher auf Erziehungsarbeit, die darauf ausgerichtet ist, Laien die Auffassungen von Experten nahe zu bringen. Sie fordern mehr Bewusstseinsbildung, neue Formen des Dialogmanagement und größere Werbekampagnen, Hand in Hand mit Partnerschaften und Betroffenen-dialogen zwischen Regierungen, dem Privatsektor, NGO's und der Wissenschaft. Dieser Ansatz baut ganz auf die Rationalität und Effizienz von Experten. Freilich bleiben da eine

Reihe von Fragezeichen zur Legitimität und Interessenbindung besagter Experten. Zudem kann die potentielle Haltung, solche Gespräche könnten rechtliche Auflagen und die Überwachungsaufgabe des Staates ersetzen, in Verbindung mit der finanziellen Schwäche und Abhängigkeit von NGO's, ernsthaft das öffentliche Interesse gefährden. Mit dem damit verbundenen Glaubwürdigkeitsverlust ginge eines der wichtigsten Pfunde der Zivilgesellschaft verloren.

Die Århus-Konvention über Europa hinaus ausdehnen

Auf der anderen Seite werden Bürger als die eigentlichen Hoheitsträger betrachtet. Dies ist der Weg zur

wirklichen öffentlichen Beteiligung und Demokratie. Eine lebendige, auf Bürgerrechten basierende öffentliche Sphäre ist das einzig glaubwürdige und langfristige System der politischen Unterstützung für Nachhaltigkeit. Eingeschränkte Information und Beteiligung führen zu elitären oder bürokratischen Demokratien, in denen einige wenige Mächtige eine Politik gestalten, die stark ihre eigenen Interessen widerspiegeln. Oft genug neigt sich dabei die Waage zugunsten von Geheimnistuerei, besonders wenn die wirtschaftlichen Interessen im Spiel sind.

Aus diesem Grund sollten die Staaten sich verpflichten, einen fairen und gerechten Zugang für alle Bürger zu diesen Rechten zu sichern. Erst mit solchen Rechten als Rüstzeug werden gesellschaftliche Akteure in die Lage versetzt, sich glaubwürdig und ernsthaft miteinander auseinanderzusetzen.

Wir sind der Auffassung, dass zur Festigung der Bürgerrechte und zur Verbesserung der öffentlichen Beteiligung ein rechtsverbindliches Abkommen notwendig ist. Ein solches Dokument könnte auf Vorlagen zurückgreifen, wie Prinzip 1 in der Erklärung von Rio und auch Prinzip 10, sowie regionale Abkommen über grenzüberschreitende Prüfungen zur Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit, das Verhütungs- und Vorsorgeprinzip, die laufenden Arbeiten zu Rechtsinstrumenten über Haftung und Wiedergutmachung im Umwelt- und Gesundheitsbereich, wie in der Basel-Konvention, im Abkommen über persistente organische Schadstoffe, im Cartagena Protokoll, und in der Biodiversitätskonvention. Vor allem aber sollte ein solches Abkommen auf das „Übereinkommen von Århus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten“ aufbauen, das am 30. Oktober 2001 in Kraft getreten ist. Dieses Abkommen ist ein Meilenstein; es schafft Transparenz und Rechenschaftspflicht bei Umweltentscheidungen. Es befasst sich mit drei Themen: Das Recht des Bürgers auf Zugang zu Umweltinformationen, das Recht auf Beteiligung an Entscheidungen und das Recht auf Zugang zu Gerichten.

Recht auf Information

Dieses Recht stellt sicher, dass Behörden umwelt- und gesundheitsbezogene Informationen auf Anfrage der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, und zwar formlos und ohne dass ein besonderes Interesse nachgewiesen werden muss und selbstverständlich auch ohne Ansehen der Staatsbürgerschaft, Nationalität oder des Aufenthaltslandes. Es stellt auch sicher, dass Per-

sonen, die dieses Recht in Anspruch nehmen, in keiner Weise bestraft, verfolgt oder belästigt werden dürfen. Das Recht auf Information ist bestehenden Gesetzen gegenüberzustellen, die Veröffentlichung einschränken, egal ob sie aus kolonialer Gesetzgebung stammen oder ob es sich um Geheimverordnungen, Handelsgeheimnisse, vertrauliche Geschäftsinformation oder geistige Eigentumsrechte handelt. Das Recht auf Information ist gegen andere gesetzlich geschützte Rechte abzuwägen.

Recht auf öffentliche Beteiligung an Entscheidungsverfahren

Dieses Recht ermöglicht die Beteiligung an allen Aspekten der Entscheidungsfindung. Das Recht auf Beteiligung erlaubt interessierten Parteien Alternativen zu geplanten Projekten vorzuschlagen. Es macht ferner dem Konsumenten Informationen über Produkte zugänglich, damit sie eine umwelt- oder gerechtigkeitsfreundliche Wahl treffen können. Damit fördert es auf dem Weg über den Einkaufskorb die Beteiligung des Verbrauchers an der Entscheidung über technische und sozial-ökonomische Entwicklungspfade. Zuletzt kann eine weltweite öffentliche Diskussion die notwendigen Informationen mobilisieren, um der Verschiebung von Abfall, Gefährdungen sowie allerlei Sozial- und Umweltkosten auf die Unterprivilegierten ein Ende zu setzen.

Bürgerrechte in Umweltsachen

- **Bürgerrechte fördern. Eine lebendige Öffentlichkeit und nicht Expertenzirkel sind die Basis für eine Politik der Zukunftsfähigkeit.**
- **Die Århus-Konvention zu einem globalen Abkommen machen. Denn freier Zugang zu Information ist die Voraussetzung für Wachsamkeit, das Recht auf Beteiligung die Voraussetzung für Bürgereinfluß und der Zugang zu Gerichten die Voraussetzung für die Rechenschaftspflicht der Macht.**
- **Die Rio-Prinzipien zum Umweltmanagement umsetzen. Vorbeugung schützt die Armen. Vorsorge rangiert vor dem wissenschaftlichen Schadensbeweis. Und das Verursacherprinzip verlangt volle Haftung zusammen mit Versicherungspflicht gegen Risiken.**

Recht auf Zugang zu Gerichten

Bürger sollten in der Lage sein, gerichtlich gegen eine Verletzung ihrer Umweltrechte vorzugehen. Solche Verfahren sind schnell, kostenlos und bezahlbar abzuwickeln. Außerdem ist der Öffentlichkeit Zugang zu administrativen und gerichtlichen Verfahren zu gewähren, um Verstöße und Unterlassungen durch Privatpersonen und Behörden anzufechten, falls sie gegen die nationale Umweltgesetzgebung verstoßen. Verstöße in Umweltangelegenheiten wie im Energiebereich, der Metallförderung und -verarbeitung, dem Bergbau, der Mineral- und Chemie-Industrie, der Abfallwirtschaft, der Zellstoff-, Papier- und Lederindustrie, beim Bau von Eisenbahnen, Straßen, Wasserprojekten, Staudämmen, Pipelines, oder in der Massentierhaltung, können so gerichtlich angefochten werden. Das Århus-Abkommen garantiert sogar das Recht auf Zugang zu Gerichten fremder Länder für Verstöße grenzüberschreitender Art. Die Möglichkeit von Klagen und hohen Geldstrafen könnte ein wirkungsvolles Abschreckungsmittel gegen zukünftige Umweltverstöße sein.

Das Vorbeugungs-, Vorsorge- und Verursacherprinzip umsetzen

Vorbeugungsprinzip

Schadensvorbeugung ist die beste Methode des Umweltschutzes. Unmittelbare Vorbeugung bedeutet jedoch Kapitalverlust, während eine profitable Investition über die Zeit zu Kapitalgewinn führen kann. So scheint sich manchmal spätere Schadensbegrenzung mithilfe des Kapitalgewinns eher zu lohnen als rechtzeitige Vorbeugung. Doch diese Überlegung trifft bestenfalls für Leute zu, die reich genug sind, um Optionen eines Kapitaleinsatzes zu erwägen. Dies ist aber nicht der Fall für die Armen und Marginalisierten; sie können weder sich noch ihre Kinder von Umweltschäden freikaufen. Deshalb nimmt Vorbeugung einen zentralen Platz in Strategien ein, welche die Existenzrechte der Armen schützen wollen.

Vorsorgeprinzip

Entscheidungen und Aktionen müssen möglich sein, um die Möglichkeit von schwerwiegenden oder nicht rückgängig zu machenden Umweltschäden zu verhindern, auch wenn wissenschaftliche Informationen unvollständig oder mehrdeutig sind. Beim Vorsorgeprinzip geht es um verantwortliche Entscheidungen

angesichts unvollständiger Information. Allerdings wird es bei Wirtschaftsverhandlungen oft als Handelshindernis hingestellt. Nur „schlüssige wissenschaftliche Evidenz im Konsens“ wird als Grundlage für die Handelspolitik akzeptiert. Indes ist die Wissenschaft selten völlig schlüssig, und jeder wissenschaftliche Konsens droht vom nächsten innovativen Schritt überholt zu werden. Von Staaten zu verlangen, nur in zweifelsfreien Situationen, die selten – wenn überhaupt – auftreten, ihre Verpflichtungen gegenüber den Bürgern und der Umwelt zu erfüllen, bedeutet letztlich nur die Staaten zu entmachten und Bürgern und Umwelt einen wirkungsvollen Schutz vorzuenthalten.

Verursacherprinzip

Die Verursacher von Schäden sind zur Wiedergutmachung zu verpflichten. In einer Zeit der globalen Verflechtung, wo Täter und Opfer durch große Entfernungen voneinander getrennt sind, nimmt dieser Grundsatz an Wichtigkeit zu. Tatsächlich ist die zunehmende Trennung von Ursache und Wirkung in Zeit und Raum eine echte Herausforderung für Innovationen, um Gerechtigkeit und Entschädigung zu sichern. Ein gerütteltes Maß an politischem Willen und juristischer Kreativität wird notwendig sein, um internationale rechtsverbindliche Abkommen für eine strikte Umwelthaftpflicht in die Wege zu leiten. Obendrein könnten das Vorsorgeprinzip und das Haftprinzip mit der Pflicht zur Versicherung verbunden werden. So ein Mechanismus zwingt, Risiken in Preisen zu internalisieren; er bietet daher einen wirtschaftlichen Anreiz zur Vorbeugung von Umweltschäden.

5.3. Auf-Wertung der Natur

Auf der Welt gibt es ungefähr 100 Millionen Firmen, darunter rund 10,000 Großunternehmen, die einen unverhältnismäßig starken Einfluss auf das soziale Leben haben. Solange die kurz- und langfristigen Interessen von Unternehmen vom öffentlichen Interesse abweichen, kann kein Herumbasteln, keine Reform, keine Regulierung und schon gar kein Weltgipfel etwas am Status quo ändern. Notwendig sind Instrumente, die sicherstellen, dass kurz- und langfristiges Denken so selbstverständlich konvergieren, dass keine Widersprüche aufkommen. Finanzreformen um der Umwelt willen, national eingeführt, aber international koordiniert, könnten Wirtschaft und Verbraucher dazu veranlassen, einen Kurs auf größere Nachhaltigkeit hin einzuschlagen.

Umweltschädliche Subventionen streichen

In beträchtlichem Maße wird die Zerstörung der Umwelt mit öffentlichen Geldern unterstützt. Regierungen gewähren eine Menge direkter und indirekter Subventionen an die Kohle- und Ölindustrie, die industrialisierte Landwirtschaft, das Verkehrswesen, die Fischindustrie und die Forstwirtschaft. Diese Subventionen betragen jährlich weltweit schätzungsweise 800 Milliarden bis 1 Billion Dollar. Nach Schätzungen könnte die Abschaffung solcher Subventionen sich jährlich zu Einsparungen von mehr als 650 Millionen Dollar summieren, was nach *Agenda 21* so ziemlich genau den Kosten entspricht, um die südlichen Nationen zur Nachhaltigkeit zu führen. Mit der Abschaffung solcher Subventionen würde jedenfalls der Marginalisierung von sauberer Produktion, nachhaltiger Landwirtschaft und handwerklichen Industrien ein Ende gesetzt.

Schädliche Subventionen wirken wie „Desinvestitionen“; sie fügen der Umwelt und der Wirtschaft mehr Schaden zu, als wenn die Subventionen gar nicht erst gewährt worden wären. So blähen sie die Regierungskosten auf, erhöhen Haushaltsdefizite, was wiederum zu Steuererhöhungen führt, und vertreiben knappes Kapital aus Märkten, in denen es dringend benötigt wird. Sie verwirren Investoren, indem sie verzerrte Signale an die Märkte senden. Sie unterdrücken Innovation und technischen Wandel, weil sie Anreize für Ineffizienz and Verbrauch bieten statt für Produktivität und Naturschutz. Sie sind oft nichts weiter als Wohlfahrtsausgaben für Unterneh-

men, zum Vorteil der Reichen und zum Nachteil der Armen. Eine Abschaffung solcher Subventionen, die heutzutage regelmäßig von Regierungen an die Industrie verteilt werden, würde auf eine geldsparende und kostenfreie Investition in Naturschätze und Ökosysteme hinauslaufen. Und würde im übrigen jene umweltschädlichen Praktiken beseitigen, die durch solche Subventionen gefördert werden.

Steuerbasis von Arbeit auf Ressourcen verlagern

Die Steuerbasis ist von der Arbeit zu Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung und verschwenderischem Konsum zu verlagern. Eine ökologische Steuerreform stellt darauf ab, dass Verbraucher die richtige Information im Preis der Waren erhalten. Zum Beispiel macht eine Steuer auf Kohlendioxidemissionen, indem sie den Preis von Kohlestrom hochtreibt, die photovoltaische Sonnenenergie zuhause und auf internationalen Märkten wettbewerbsfähiger und dämmt zudem den Treibhauseffekt ein. In ähnlicher

Auf-Wertung der Natur

- **Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen. Sie blockieren Innovation, bestrafen Ressourcenschonung und sorgen für noch mehr Umweltzerstörung. Überdies kommen sie Wohlfahrtsleistungen an Unternehmen gleich; in der Summe fließt mehr in die Tasche der Begüterten als in die der kleinen Leute.**
- **Es ist an Zeit, eine internationale Initiative zu starten, um zu mehr Kostenwahrheit bei den Preisen zu kommen. Die Steuerbasis von Arbeit auf Ressourcenverbrauch zu verlagern, das Prinzip jeder Ökosteuer, ist ein wichtiger Schritt.**
- **Nutzungsentgelte für globale Gemeinschaftsgüter dienen dem Ressourcenschutz und der Finanzierung des Übergangs zur Nachhaltigkeit. Unbeschränkter Zugang begünstigt Überverbrauch; faire Gebühren für die Nutzung von Atmosphäre, Luftraum und Meeren nehmen den Druck von Gemeinschaftsgütern und ermuntern zu höherer Ressourceneffizienz.**

Weise würde Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Baumbeständen auf nationalen und internationalen Märkten wettbewerbsfähiger sein, sobald der Preis von Holz aus Primärwäldern den Verlust an biologischer Vielfalt durch Abholzen spiegeln würde.

Ebenso würden Verbraucher letzten Endes ihr Verhalten ändern, wenn sie aus erster Hand von ihren Stromrechnungen ablesen können, dass die Doppelverglasung der Atmosphäre mit Heizöl viel teurer ist als die Doppelverglasung ihrer Fenster, Isoliermaßnahmen und der Einsatz von erneuerbaren Energien. Ähnliches trifft auch zu auf Holzerzeugnisse, Fasern, Nahrungsmittel, Transport, Materialien, reaktive statt enzymatische Chemie, und so weiter. Obwohl es mehr kostet die Erde in absehbarer Zeit zu zerstören, und weniger kostet, sie für die Ewigkeit zu erhalten, zeigt jedes Signal von Markt und Börsen das Gegenteil an. Der Entschluss, Preise enger mit den wahren Kosten zu verknüpfen, und das in einer fairen, nicht-regressiven Weise, welche die Ärmere schützt, wäre für nachhaltige Unternehmen quer durch die Welt entscheidender als jede andere Tat.

Eine regenerative *least cost economy* zielt auf ein System von Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Verkehr, Maschinenbau und Kommunikation ab, das minimale Kosten für die Umwelt verursacht. Seit der Industrialisierung scheint es jedoch so zu sein, als ob nur ein halbes Kartenspiel ausgegeben worden ist. Angeblich herrscht ein kapitalistisches System, aber so wie es gegenwärtig funktioniert, wird nur ein Teil des Kapitals in Wert gesetzt, nämlich das vom Menschen geschaffene Kapital, während die ererbten Ressourcen, ob erneuerbar oder nicht, weiterhin als freie Güter gelten, die solange wertlos bleiben, bis sie in Produkte oder Dienstleistungen umgewandelt sind. In einem *least-cost system* wird das natürliche Kapital zu seinen tatsächlichen Wiederbeschaffungskosten angesetzt. Anstatt um die Produktion der preisgünstigsten Produkte zu konkurrieren, ginge es bei einem solchen Wettbewerb darum, Waren und Dienstleistungen mit den geringstmöglichen Auswirkungen auf die natürliche Ressourcengrundlage und somit die geringsten Kosten für jetzige und zukünftige Generationen zu erzeugen. Die Ökonomie des Vermeidens ist in industrieller und biologischer Hinsicht höchst wirkungsvoll, und überdies besser für den Kunden, für den Arbeiter, für den Lebensraum, wo die Ressourcen herkommen, und für zukünftige Generationen.

So wie die Volkswirtschaften zunehmend auf globaler Ebene integriert werden, spielt sich die Preis- und Kostenfrage vor dem Hintergrund der interna-

tionalen Bühne ab. In der Abwesenheit koordinierter internationaler Aktion wird es für ein einzelnes Land schwierig sein, Preise zu verlangen, welche die wahren Kosten für die Umwelt widerspiegeln. Endverbraucher in einem Land werden importierte Waren kaufen, die künstlich vergünstigt wurden durch das Versagen eines anderen Landes, ausreichend Rechenschaft über ihre wahren Kosten abzulegen, während Länder auf internationalen Märkten chronisch benachteiligt sind, die einen ernsthaften Versuch machen, sich Preisen anzunähern, die wahren Umweltverpflichtungen widerspiegeln. Aus diesem Grund ist eine koordinierte internationale Aktion erforderlich.

Nutzungsentgelte auf globale Gemeinschaftsgüter einführen

Weder ein Land noch ein Unternehmen kann ein Besitzrecht auf globale Gemeinschaftsgüter wie Atmosphäre, Luftraum, Ozeane, Meeresboden oder Radiowellen geltend machen. Diese gehören niemandem, und sind folglich dem gemeinsamen Erbe der Menschheit zugehörig. Sie sind Gemeinschaftsgüter. So lange aber ein Gemeinschaftsgut unreguliert bleibt, herrscht offener Zugang. Wenn jedoch eine Gemeinschaft Regeln festsetzt, um ein solches Gut vor Raubbau zu schützen, wird das System des offenen Zugangs in einen Teil der *commons* verwandelt. Denn eine Gemeinschaft, in diesem Fall die Völkergemeinschaft, muss treuhänderisch das Recht aller jetzigen und zukünftigen Generationen schützen.

Eine treuhänderische Verwaltung erfordert Richtlinien für eine faire und nachhaltige Nutzung der gemeinschaftlichen Ressourcen. Tatsächlich ist die vollständige Abwesenheit von Regeln, die diese dritte Eigentumsklasse über privates und staatliches Eigentum hinaus abdecken, einer der Gründe, warum der Kapitalismus fehlgegangen ist. Denn er hat immer schon von der Umwandlung unbezahlter Inputs in Warenwerte gelebt – einem Parasiten gleich, der sich von seinem Wirt nährt. Um diese Situation umzukehren, ist eine neue Generation von Instrumenten unverzichtbar, wie etwa Entgelte für die Nutzung von Gemeinschaftsgütern. Nutzergebühren schützen ein Gemeinschaftsgut, indem sie es verteuern. Und lassen jene dafür zahlen, die das Gemeinschaftsgut auch in der Tat nutzen.

Was das Gemeinschaftsgut der Erdatmosphäre anlangt, so ist es nahe liegend, dass jeder Person oder Gemeinschaft schon kraft ihrer Existenz ein Nutzer-

recht zukommt. Dieses Recht kann jedoch nur zu einem Niveau aufrechterhalten werden, als das Gemeinschaftsgut sich regenerieren kann. Über das nachhaltige Niveau hinaus können Nutzerrechte gegen Gebühr bestimmten Ländern zugestanden werden, wenn die übrigen Länder sich damit in internationalen Abkommen einverstanden erklären. Die Zuteilung von erlaubten Emissionen im Rahmen des Kyoto-Protokolls ist ein Schritt in diese Richtung. Beim Emissionshandel werden diese Guthaben gehandelt, und zwar zwischen Übernutzern, welche eine Nutzungserlaubnis brauchen, und Unternutzern, die sich einen Teilverkauf ihrer erlaubten Menge leisten können. Bei einem Lizenzsystem hingegen werden keine speziellen Nutzerrechte an Unternutzer ausgegeben, eben deshalb, weil ein Gemeinschaftsgut nicht in einzelne Eigentumstitel aufgeteilt werden kann. Stattdessen stehen befristete Lizenzen zur Verfügung, welche Ländern gestatten, ihr erlaubtes Limit zu überschreiten. Zusätzlich können diese Lizenzen mit einer Gebühr versehen sein, deren Höhe sich entsprechend dem Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Markt herausbildet. Bei jedem dieser beiden Wege, sei es durch ein Handels- oder ein Lizenzsystem, wird ein Entgelt auf die Nutzung des Gemeinschaftsguts Atmosphäre erhoben, um den Zugang zu regulieren.

Ferner wird der globale Luftraum für den Verkehr genutzt. Außerdem hat die Luftfahrt einen rasch ansteigenden Ausstoß an Treibhausgasen zu verantworten, die außerhalb des Geltungsbereichs des Kyoto Protokolls liegen. Eine auf Flugzeugemissionen

basierende Gebühr für die Nutzung und Verschmutzung eines Gemeinschaftsguts ist daher sinnvoll. Der WBGU, der kürzlich eine solche Gebühr (WBGU 2002) vorgeschlagen hat, schätzt die Vermeidungskosten für vom Flugverkehr erzeugte Treibhausgase auf rund 3 bis 30 Milliarden Dollar jährlich. Von Anfang an könnten daher Einkünfte aus Emissionsgebühren bereits an die drei Milliarden Dollar betragen. Dies entspricht ungefähr dem 30-fachen Jahreshaushalt des UN-Umweltprogramms (UNEP). Eine solche Gebühr zielt auch darauf, die Nachfrage nach Flugreisen zu bremsen, indem sich ein Teil der Schadenskosten im Preis der Flugkarte niederschlägt. Zudem ist es auch ein Anreiz, die Energieeffizienz von Motoren, Flugzeugen und Streckenführung zu erhöhen. Die dadurch aufgebrachten Gelder könnten vorzugsweise für den Klimaschutz verwendet werden, z. B. für die vorgeschlagene Internationale Agentur für Erneuerbare Energien oder für andere Organisationen, die im Klimaschutz engagiert sind.

Schließlich ist auch die Nutzung der hohen See für den Transport ein weiteres klassisches Beispiel für ein Gemeinschaftsgut unter offenem Zugang. Obwohl Schifffahrt mit der Umwelt durchaus vereinbar ist, sind Meer- und Luftverschmutzung immer noch beträchtlich. Aus diesem Grund sollte eine Jahresgebühr, mit Ermäßigung für Energieeffizienz, von allen Schiffen eingezogen werden, ungeachtet der Flagge oder dem Unternehmenssitz. Da die Schifffahrt ihren Ursprung oder ihr Ziel überwiegend in Industrieländern hat, sollte die OECD ein Beispiel setzen und die Initiative ergreifen (WBGU 2002).

5.4. Märkte und Gemeinwohl

Churchill meinte einst, dass Demokratie die schlechteste Herrschaftsform sei – abgesehen von allen anderen. Dasselbe kann man auch von der Marktwirtschaft sagen. Dank ihrer Erfindungsgabe, ihrer schnellen Feedbacks, und ihrer vielfältigen, verstreuten, findigen und hochmotivierten Agenten haben Märkte eine unübertroffene Effektivität erreicht. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist jedoch nur so lange der Bewunderung wert, als sie nicht zum Selbstzweck wird. Märkte waren nie dazu bestimmt, Gemeinschaft oder Tugend, Schönheit oder Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit oder Heiligkeit zu erreichen –

und tun es auch nicht von selbst. Es ist an Bürgern, Regierungen und Gesetzgebern, dafür zu sorgen, dass alle Formen des Kapitals – das natürliche, das soziale und das ästhetische, ebenso sorgfältig geschützt werden wie Geld durch die Verwalter des Finanzkapitals.

Fairer Handel statt freier Handel

In der Theorie setzt auf einem liberalisierten Weltmarkt mehr Reichtum und Wohlstand die Mobilität von Waren, Kapital und Menschen voraus. In Wirk-

Eine export-orientierte Politik steht im Gegensatz zu einer nahrungsmittel-orientierten Politik

lichkeit freilich gibt es Mobilität für Kapital und Waren, die vom Norden nach Süden fließen. Doch viel weniger kann man von Mobilität für Menschen und Waren sprechen, die vom Süden zum Norden gehen. Die Globalisierung erschließt so die Welt den Reichen und Mächtigen, aber hindert die Armen und Schwachen daran, reiche Länder zu betreten. Der industrialisierte Norden ist zögerlich, wenn nicht sogar feindlich gestimmt, wenn es um die Abschaffung von Barrieren für die freie Bewegung von Arbeitskräften geht. Und obwohl WTO-Regelungen alle Auslandsmärkte gleichermaßen öffnen sollten, werden Exporte aus Südländern weiterhin durch Zölle and nichttarifliche Barrieren von Ländern des Nordens ferngehalten. Wirtschaftswissenschaftler schätzen, dass ein Rückbau der bestehenden Handelsbarrieren für den Süden zu Einnahmenssteigerungen in Höhe von 130 Milliarden Dollar jährlich führen würde, rund dreimal soviel wie die Gesamtsumme staatlicher Entwicklungshilfe.

Nur mit Vorsicht liberalisieren – im Norden wie im Süden

Es wird gesagt, dass um der Fairness willen der Norden, wie auch der Süden, die Handelsliberalisierung vollständig zu Ende bringen muss. Unserer Meinung nach ist diese Ansicht richtig in einer neoliberalen Optik, aber weit weniger so in einer Optik von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Der hartnäckige Widerstand des Nordens, seine Gesellschaften für die Menschen und Produkte des Südens zu öffnen, ist ein Signal, dass völlige wirtschaftliche Globalisierung unmöglich ist. Der Widerstand im Norden gegen freien Zugang rührt von der Angst, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft nicht aufrechterhalten werden kann (wie im Fall der Migration) oder dass große Teile der Landwirtschaft verkümmern (wie im Fall von landwirtschaftlichen Produkten). In der Tat gibt es für beide Ängste gute Gründe. Eine durchgängige Liberalisierung bedroht die soziale Integration sowie die Weiterexistenz bestimmter Nahrungs- und anderer Ökosysteme. Doch was für den Norden stimmt, trifft ebenso für den Süden zu: industrielle und landwirtschaftliche Importe aus dem Norden können dort ebenfalls Existenzrechte und Nachhaltigkeit untergraben. Der einzige Unterschied ist, dass der Norden die Macht hat, seine internen Ängste in einen Widerstand gegen Globalisierung im eigenen Land zu übersetzen, während der Süden trotz seiner eigenen Ängste gezwungen ist, sich der von außen aufgedrängten

Politik des Freihandels anzupassen. In der Tat, die Länder des Nordens sollten aufhören, dem Süden etwas aufzuzwingen, was sie selbst nicht zu geben bereit sind. Sie sollten dem Süden dasselbe Recht einräumen, das sie sich selbst nehmen, nämlich das Recht, sorgfältig auszuwählen, welche Handelsströme liberalisiert werden sollen.

Fairen Zugang zu nördlichen Märkten suchen

Freier Zugang zu nördlichen Märkten kann dem Süden leicht schaden, vor allem im landwirtschaftlichen Bereich. Eine export-orientierte Politik steht im Gegensatz zu einer nahrungsmittel-orientierten Politik. Sie favorisiert Großlandwirte und Konzerne gegenüber Kleinbauern. Sie fördert Monokultur statt Artenvielfalt. Und sie steckt öffentliche Mittel eher in den Exportsektor als in eine lebensunterhaltszentrierte Politik. Eine nahrungsmittel-orientierte Politik würde sich auf die Sicherheit von Nahrung und Lebensunterhalt konzentrieren und etwa nachhaltige Landwirtschaft und Exporte zu angemessenen Preisen von Seiten der Kleinbauern fördern. Eine solche Politik wäre nicht einfachhin an einem Marktzugang um jeden Preis interessiert, sondern in einer Partnerschaft zwischen Produzenten und Verbrauchern, die vernünftige Preise für Produkte von garantierter Qualität bieten.

Auf bedingungslosen Marktzugang zu drängen, kann sich als zweckwidrig erweisen, wenn nicht kleine Produzenten und nachhaltige Landwirtschaft davon profitieren. Dabei besteht kein Zweifel, dass um der Fairness willen der Marktzugang für Produkte aus Südländern insgesamt verbessert werden muss. Zum Beispiel muss Tarifeskalation abgebaut werden, wobei höhere Zölle für verarbeitete Produkte gefordert werden, mit dem Ergebnis, dass Südländer auf Rohstoffexport festgenagelt bleiben. Dennoch ist der Süden zu mehr als nur besserem Marktzugang berechtigt. Es ist an der Zeit, an eine Multiplikation von Fair-Handelsabkommen auf allen Ebenen zu denken, zwischen lokalen Gemeinschaften und Unternehmen, Regionen und Wirtschaftsverbänden, produzierenden Ländern und Verbraucherländern. Solche Verträge sollten Sonderregeln für kleine Produzenten und für nachhaltige Produkte zu kostendeckenden Preisen enthalten. Der Punkt solcher Abkommen ist nicht, Freihandel um jeden Preis zu fördern, sondern einen fairen Handel, der das Potential hat, Existenzrechte im Süden sowie hochqualitative Familienlandwirtschaft im Norden zu sichern.

WTO auf Nachhaltigkeit hin umbauen

Die Welthandelsorganisation (WTO), welche die Regeln für den internationalen Handel festlegt, zeigt ein unerschütterliches Vertrauen in das Wohlwollen der Marktkräfte. Indem sie die Abschaffung von sogenannten Handelsbarrieren betreibt, hat sie die Öffnung von Märkten rund um den Globus zum Ziel, unbehindert von Kulturen, politischen Traditionen, sozialen Rechten oder Geboten des Umweltschutzes.

Ausmaß des Freihandels flexibel halten

Denkt man an die Unterschiede, welche in einer ungleichen und komplexen Welt vorherrschen, verwundert es nicht, dass die Anwendung von einheitlichen Freihandelsregeln quer über alle Sektoren und Länder in allerlei Turbulenzen endet. Zum Beispiel hat die Einfuhr von billigem Speiseöl nach Indien Hunderttausende von Kokosnussproduzenten aus dem Markt geworfen, ebenso wie günstiger Mais aus den USA eine Vielzahl von Farmern in Mexiko – dem Ursprungsland von Mais – ruiniert hat. Solche Auswirkungen werden oft als unvermeidliche Kosten für ein höheres Gesamtwohl in der Zukunft abgetan. Doch setzt sich ein solches Argument über die Menschenrechte hinweg. Der Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen, zusammen mit späteren Abkommen, kommt ohne Zweifel Vorrang gegenüber dem Regelwerk des Freihandels oder Strukturanpassungsprogrammen zu. Geht man davon aus, dass Zugang zu Nahrungsmitteln, zu Wasser und zu sonstigen elementaren Voraussetzungen des Überlebens zu den unveräußerlichen Menschenrechten gehören, muss die Liberalisierung des Handels beschränkt werden, wenn fundamentale Lebensgrundlagen bedroht sind.

Vor diesem Hintergrund sind Industriewaren der geeignetste Bereich für Freihandel. Dagegen sind Landwirtschaft, Wasser, Land, und Basisdienste wie Gesundheit, Behausung und Erziehung keine geeigneten Kandidaten für Handelsliberalisierung. In vielen Fällen sind die Länder des Südens gut beraten, ihre Nahrungsmittelsouveränität nicht aufzugeben (d.h. ihre Fähigkeit selbst ausreichend Nahrungsmittel für den Eigenbedarf zu produzieren), andernfalls kann weder die Unabhängigkeit des Landes noch die Sicherheit von Bauern und Fischern gewährleistet werden. Der Schutz von Lebensgrundlagen kann entweder durch eine *development box*, die unterstützende Maßnahmen innerhalb eines größtenteils deregulierten Marktes zulässt, oder durch die gänzliche Befreiung der Landwirtschaft vom Freihandel sicher-

gestellt werden. Selbst wenn Industrieländer aufhören würden, Getreide und Fleisch durch Exportsubventionen (deren Abschaffung überfällig ist, da sie wiederholt die Märkte in armen Ländern zerstören, die zur Liberalisierung von Importen gezwungen wurden) auf den Weltmarkt zu werfen, würde solche Flexibilität notwendig sein, um die ländliche Bevölkerung und weniger umweltschädigende Agrarmethoden zu schützen.

Überdies hat jeder Bürger ein Geburtsrecht auf Wasser sowie auf Gesundheitsversorgung und Bildung. Der Zugang zu diesen Gemeingütern ist nicht eine Frage der Wahl, sondern der Notwendigkeit. Menschen haben keine Alternative, wenn Preise über ihre Möglichkeiten steigen. Daher darf die Bereitstellung dieser Güter nicht den Märkten überlassen werden. Die menschliche Gemeinschaft hat die Verpflichtung, den universellen Zugang aller ihrer Mitglieder zu diesen Gütern sicherzustellen. Aus dieser Sicht wird die transnationale Privatisierung der Wasserversorgung und von Basisdiensten, wie sie gegenwärtig von der WTO diskutiert wird, wahrscheinlich in sozialem Unheil enden. Weil die Armen geringe Kaufkraft besitzen, werden sie wohl die ersten Verlierer sein. Eine Privatisierung muss daher dem Gemeinwohl unterordnet sein. Deshalb gilt die Schlussfolgerung: der grenzüberschreitende Wettbewerb muss in seinem Ausmaß sorgfältig begrenzt werden. Dem Freihandel, wenn er denn der Nachhaltigkeit und dem Lebensunterhalt der Armen dienen soll, muss ein angemessener Platz im breiteren Kontext einer Politik des Gemeinwohls zugewiesen werden.

Umweltverträge über Handelsabkommen stellen

Zwei Jahre nach der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro wurde die Uruguay-Runde mit der Gründung der WTO abgeschlossen. Der endgültige Text des Uruguay-Abkommens war über 26 000 Seiten lang (hauptsächlich allerdings detaillierte Zollbestimmungen). Die 280-seitige *Agenda 21* liest sich im Vergleich dazu wie ein Aktionsaufruf. Die Diplomaten der Uruguay-Runde hatten wenig Anstrengungen an den Tag gelegt, die Verpflichtungen von Rio in ihren Verhandlungen aufzunehmen. Tatsächlich widersprechen viele WTO-Bestimmungen dem Geist und in einigen Fällen auch den Buchstaben der Rio- und anderen Umweltabkommen. Darüber hinaus enthalten einige Umweltverträge freiwillige, nicht-bindende Schlichtungsverfahren, ganz im Gegensatz zum WTO-System mit seinen bindenden Richtlinien, die letztlich durch Handelssanktionen durchsetzbar sind.

Die Liberalisierung des Handels muss beschränkt werden, wenn fundamentale Lebensgrundlagen bedroht sind.

Länder müssen in der Lage sein, kollektive Präferenzen über unerwünschte Produktionsprozesse durch Handelsregulierung zum Ausdruck zu bringen

Verschiedene Umweltverträge, darunter das Montreal-Protokoll, CITES, und das vor kurzem vereinbarte Protokoll zur biologischen Sicherheit, enthalten Bestimmungen, die mit den Regelungen der WTO nicht übereinstimmen. Diese Widersprüche rühren von unterschiedlichen Perspektiven her: Umweltabkommen haben das Ziel, schädliche Formen des Handels einzuschränken, wie etwa den Handel mit vom Aussterben bedrohten Arten oder mit Giftmüll, während die WTO damit beschäftigt ist, die Barrieren für die Mobilität von Waren rund um den Globus abzubauen. Obwohl bisher kein Land einen Einspruch bei der WTO gegen die Bestimmung eines multilateralen Umweltabkommens erhoben hat, so kommen jedoch öfters Diskussionen über die Konsistenz von Umweltregeln mit WTO-Bestimmungen auf. Offensichtlich waren diese Spannungen beispielsweise bei den Verhandlungen über das Cartagena Protokoll zur biologischen Sicherheit. Das Protokoll tritt für das Vorsorgeprinzip, also auch im Falle wissenschaftlicher Unsicherheit, bei der Regulierung grenzüberschreitenden Handels ein, wenn irreversibler Schaden droht.

Das Machtungleichgewicht zwischen den eintragbaren Richtlinien der WTO und den eher schwachen Regeln in Umweltverträgen kann so nicht bleiben. Eine Möglichkeit wäre, den letzteren ebenfalls Sanktionsbefugnisse zu geben, ähnlich jenen der WTO. Unter der UN-Seerechtskonvention wurde zum Beispiel ein internationales Tribunal als eines von verschiedenen Vehikeln zur Konfliktlösung geschaffen. Dieses Organ ist befugt, Geldbußen und andere Strafen gegen Regelverletzer zu verhängen. Eine andere dringend anstehende Reform wäre, die Ausnahmeregelungen der WTO in Umweltsachen mit der Aussage zu ergänzen, dass Handelsmaßnahmen, die unter einem Umweltvertrag ergriffen werden, nicht bei der WTO angefochten werden können. Über eine solche Bestimmung wären Umweltverträge in der Lage, Richtlinien für grenzüberschreitende Wirtschaftsaktivitäten vorzusehen. Damit wären die Instrumente vorhanden, dem Gebot der Nachhaltigkeit Priorität über wirtschaftliche Effizienz sowie dem Gemeinwohl Priorität über das Unternehmenswohl zukommen zu lassen.

Den politischen Spielraum erweitern

Artikel XX des GATT/WTO gesteht den Staaten, wenn notwendig, Ausnahmen von der Pflicht zur Handelsfreiheit zu, und zwar dann, wenn Menschen-, Tier- und Pflanzenleben zu schützen sind oder wenn es um

die Erhaltung von begrenzten Naturressourcen geht. Zwei wichtige Bedingungen sind jedoch mit diesen Ausnahmen verbunden. Erstens, Handelsbeschränkungen können sich nur auf physische Merkmale stützen, die dem Importprodukt eigen sind, nicht aber auf Verfahrensmerkmale, die den Produktionsprozess im Ausland betreffen. Den Staaten ist es also nicht erlaubt, eine Präferenz gegenüber Fragen zur Geltung zu bringen, wie Textilien bei der Herstellung mit Chemikalien behandelt wurden, ob Holzprodukte aus Kahlschlag stammen dürfen, oder welche gentechnischen Methoden beim Anbau von Agrarerzeugnissen zu weit gehen. Zweitens, Handelsmaßnahmen müssen auf wissenschaftlichen Grundsätzen und hinreichender wissenschaftlicher Evidenz basieren. Importe dürfen nur im Risikofall reguliert werden, und das importierende Land ist gehalten, Risiken durch wissenschaftliche Evidenz zu beweisen. Als Folge dieser Bedingungen sind einige nationale Umwelt- und Verbrauchergesetze von der WTO zu unlauteren Handelsbarrieren erklärt worden, darunter ein EU-Gesetz, das den Verkauf von Rindfleisch untersagt, das mit wachstumsfördernden Hormonen produziert worden ist, und ein US-amerikanisches Gesetz, das um des Schutzes von Meeresschildkröten willen den Import von Garnelen einschränkte, wenn sie nicht mit Netzen gefangen wurden, bei denen Meeresschildkröten entwischen können.

Es gibt zwei verschiedene Wege, die WTO-Barrieren gegenüber Nachhaltigkeit zu überwinden. Entweder formuliert die Organisation globale Umweltnormen oder der Spielraum politischer Gemeinschaften – gewöhnlich Staaten – wird erweitert, um Entscheidungen zugunsten der Umwelt treffen zu können. Aus Gründen von Demokratie und Subsidiarität favorisieren wir den letztgenannten Weg. Von diesem Standpunkt aus gesehen müssen Länder in der Lage sein, kollektive Präferenzen über unerwünschte Produktionsprozesse durch Handelsregulierung zum Ausdruck zu bringen, andernfalls könnte sich kein demokratischer Willen zugunsten umweltverträglicher Produktion durchsetzen. Ferner sollten Staaten in der Lage sein, das Vorsorgeprinzip auch bei grenzüberschreitendem Handel zur Geltung zu bringen.

Wenn für jedes Land der politische Spielraum erweitert wird, dann verlieren möglicherweise auch die Ängste vor dem Protektionismus des Nordens gegen den Süden an Boden. Während es einigen Ländern besonders auf Umwelt und Menschenrechte ankommt, mögen andere aus Motiven der Armutsbekämpfung oder dem Aufbau junger Industrien den

Handel regeln wollen. Manche werden gut beraten sein, dies zu tun, da nach dem Aufstieg Großbritanniens kein Land wirtschaftlich erfolgreich geworden ist, das seine Märkte bedingungslos Akteuren aus dem Ausland geöffnet hatte. Der Norden wie der Süden müssen die Möglichkeit haben, das öffentliche Wohl zu schützen; wirtschaftliche Ineffizienz, die sich einschleichen könnte, wird dann als das geringere Übel angesehen werden. Im übrigen ist anzustreben, dass Regelungen nicht einseitig getroffen werden, sondern wenigstens Minimalstandards von den beteiligten Parteien gemeinsam vereinbart werden. Damit wäre die Aufmerksamkeit eher auf die wechselseitigen Interessen gelenkt als nur auf den eigenen Vorteil. Eine solche Orientierung fügt sich auch in die langfristigen Vision, die das Welthandelssystem eher durch die Kooperation zwischen Ländern strukturiert sieht, als durch den Wettbewerb zwischen transnationalen Unternehmen.

Nicht-Kooperation in Umweltfragen als unfaire Subvention behandeln

Die WTO möchte zwischen ausländischen und einheimischen Herstellern gleiche Chancen herstellen. Ein zeitgemäßes Handelssystem sollte aber auch gleiche Chancen zwischen umweltverträglicher und umweltfeindlicher Produktion herstellen. Dies ist jedoch keineswegs der Fall: Überall sind die Chancen ungleich zugunsten ressourcen-intensiver Industrien verteilt. Häufig wird, wie im letzten Kapitel erwähnt, die Umwelt mithilfe öffentlicher Subventionen ruiniert. Die WTO könnte eine konstruktivere Rolle spielen, wenn sie weltweit den Abbau und die allmähliche Abschaffung von umweltfeindlichen Subventionen veranlasst, um der nachhaltigen Produktion eine gleiche Chance zu geben.

Regierungen sind bekannt dafür, die Nachhaltigkeit kurzfristigen Interessen zu opfern, wenn es um die Exportförderung geht. In der Tat, Exportkredite zur Verfügung zu stellen, ist in den Industrieländern eine verbreitete Praxis, über die ausländische Direktinvestitionen in den Ländern des Südens und des Ostens gefördert werden. Bisher allerdings haben die OECD-Staaten sich nicht auf ökologische und soziale Mindestmaßstäbe für solche Kapitalflüsse einigen können. Allzu oft werden umweltschädliche und sozial problematische Investitionen durch OECD-Steuergerlder unterstützt, unter stillschweigender Zustimmung vieler Regierungen in Süd und Ost. Mit Blick auf Zukunftsfähigkeit wäre es angesagt, dass die WTO ein Multilaterales Investitionsabkommen für

Nachhaltigkeit vorbereitet, das verifizierbare Richtlinien für ausländische Direktinvestitionen definiert. Eine WTO, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, wird nicht die Liberalisierung beliebiger Investitionen betreiben, sondern nur auf gleiche Chancen für sozial- und umweltverträgliche Investitionen hinarbeiten.

Darüber hinaus wird es geraten sein, die Weigerung eines Staates, einem weltumspannenden multilateralen Umweltabkommen (MEA) beizutreten, als unfaire Subvention zugunsten seiner einheimischen Industrie zu betrachten. Denn Wettbewerber aus dem Ausland, die sich dem entsprechenden Umweltvertrag unterwerfen müssen, wären dann möglicherweise auf den Märkten dieses Staates benachteiligt. Ein Beispiel bietet die Biodiversitätskonvention, die seit 1993 in Kraft und von 182 Ländern ratifiziert ist, doch nicht von den USA. Infolgedessen kann die USA – das weltweit wichtigste Land in Sachen Biotechnologie – zwar von den Zugangsrechten zu nationalen Ressourcen, wie sie in der Konvention festgesetzt sind, profitieren, ohne aber die entsprechenden Pflichten, nämlich den Erhalt der Artenvielfalt und ihre gerechte und nachhaltige Nutzung, auf sich nehmen zu müssen. Außerdem ist bekanntlich die USA das einzige Land der Welt, das sich nicht am Kyoto-Protokoll beteiligt. Wir sind der Ansicht, dass diese Nicht-Kooperation einer versteckten Subvention für die US-amerikanische Wirtschaft zuhause und zum Teil auch auf dem Weltmarkt entspricht. Eine solche Situation ist unvereinbar mit der Philosophie der WTO, weil dadurch die übrige Weltgemeinschaft im Wettbewerb diskriminiert wird.

Eine Konvention zur Sozial- und Umweltpflichtigkeit von Unternehmen in Angriff nehmen

Über die letzten Jahrzehnte, während Unternehmen ihre Aktivitäten zunehmend über Landesgrenzen hinweg ausgedehnt haben, hat sich die Fähigkeit der Staaten vermindert, für das öffentliche Interesse einzutreten. Bis heute gibt es kein Rahmenwerk von Gesetzen oder Standards, mithilfe derer transnationale Unternehmen von den Bürgern der Länder, in denen sie tätig sind, zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Dennoch zeichnen sich Fortschritte in der Definition von Standards in Angelegenheiten der Menschenrechte, Arbeitsrechte und des Umweltschutzes ab – ganz gleich ob durch freiwillige oder verbindliche Protokolle und Abkommen.

Von freiwilligen auf überprüfbare Richtlinien übergehen

In den zehn Jahren seit Rio ist eine weitreichende Veränderung in der Umweltberichterstattung erreicht worden. Von große Unternehmen wird erwartet, dass sie routinemäßig unterschiedlich anspruchsvolle Berichte über ihren Fortschritt im Umweltmanagement oder zumindest über ihre Ziele und Grundsätze vorlegen. Einige Firmen, vor allem in Europa, haben ihre Umweltberichterstattung zusätzlich um soziale Indikatoren und Audits erweitert. Diese und andere Initiativen sind zum Teil durch freiwillige Initiative, Betroffenendialoge, NGO-Aktivitäten sowie Partnerschaften zustande gekommen. Das reicht vom *Global Compact* des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Standards der *Global Reporting Initiative* zu sozial- und umweltbezogenen Börsenindizes wie dem *Dow Jones Sustainability Group Index* und dem *Calvert Social Index*.

Obgleich einige Firmen Verbesserungen bei der Herstellung, den Arbeiterrechten und bei den Beschaffungspraktiken beispielhaft vorgemacht haben, ist trotzdem das Gesamtergebnis seit Rio als negativ einzuschätzen. Ja, Initiativen wie der *Global Compact* und die *Global Reporting Initiative* sind sogar geeignet, den Prozess entgegen allen guten Absichten fehlzuleiten. Der von Kofi Annan initiierte *Global Compact* fordert multinationale Firmen dazu auf, sich für neun Grundsätze verantwortlicher Unternehmenspolitik im Hinblick auf Menschenrechte, Arbeiterrechte und Umweltschutz zu engagieren. Dies geschieht jedoch nur auf freiwilliger Basis und umfasst keine Kriterien, um Einhaltung und Realisierung dieser Grundsätze nachzuprüfen. Daran tut auch die Tatsache keinen Abbruch, dass die beteiligten Unternehmen aufmerksam von NGO's und sozial verantwortlichen Investitionsfirmen verfolgt werden. Gewiss stellt die UN-Initiative eine interessante, weltweite Plattform für Kommunikation und Austausch dar, aber das Hauptmotiv für die Initiative ist hinreichend klar auf ihrer Homepage beschrieben: „In den Monaten seit der WTO-Ministerversammlung in Seattle haben Unternehmen und Führungspersonlichkeiten zunehmend erkannt, wie wichtig der *Global Compact* ist, um soziale Fragen anzugehen und Weltmärkte offen zu halten.“ Es ist freilich zweifelhaft, ob die Öffnung der Weltmärkte die angemessene Voraussetzung darstellt, um den Übergang zu sozial verantwortlichen Unternehmen zu bewerkstelligen.

Die *Global Reporting Initiative*, eine gemeinsame Initiative von UNEP und CERES, tritt für die dreifache Buchführung ein – wirtschaftlich, sozial, ökologisch. In ähnlicher Weise sind die Dinge von der Bewegung sozial verantwortlicher Investoren vorangetrieben worden, die allein in den USA Aktien im Wert von 2,1 Billionen Dollar in Firmen besitzen, die den Anforderungen der dreifachen Buchführung entsprechen. Allerdings sind Standards der *Global Reporting Initiative* in „nachhaltige Berichtstandards“ umbenannt worden, ohne dass erläutert ist, was Nachhaltigkeit im Hinblick auf Gerechtigkeit, Gemeinschaftsrechte, Existenzrechte oder das globale Ressourcenbudget bedeutet. Zudem hat es dabei keine Konsultation mit dem Süden über das Verständnis von Zukunftsfähigkeit gegeben. Solche Initiativen sind an sich aller Ehre wert und haben den Unternehmen auch Ansehen eingebracht. Doch sie drängen jene Reforminitiativen an den Rand, die im Auge haben, Standards für Sozial- und Umweltpflichtigkeit weltweit Geltung zu verschaffen.

Unternehmen behaupten durchgehend, dass freiwillige Verhaltenskodizes ausreichen, um soziale und ökologische Verantwortung in der Wirtschaft zu etablieren. Die Autoren dieses Berichts stimmen jedoch nicht mit dieser Einschätzung überein. Denn der Nachdruck auf freiwillige Verpflichtungen lenkt die Aufmerksamkeit von Reformen ab, die von Grund auf Wirtschaftshandeln und Unternehmensstrategien verändern würden. Ganz abgesehen davon, dass es ein steiles Ungleichgewicht zwischen multilateralen Handelsverträgen und Umweltabkommen gibt: die ersteren haben juristische Zähne, während die letzteren nicht durchsetzbar sind, ganz wie die freiwilligen Verhaltenskodizes, die genau das sind – nämlich freiwillig.

Eine Konvention über die Rechenschaftspflicht von transnationalen Unternehmen zur Verhandlung bringen

Freiwillige Initiativen sind zwar lobenswert, sie können aber keine verbindlichen Regelungen ersetzen, welche ein Basisniveau an Rechten, Pflichten und Verhaltensmaßstäben definieren. Im Anbetracht dessen schlagen wir vor, eine *Convention on Corporate Accountability* zu schaffen, wie kürzlich von Friends of the Earth International (FoEI 2002) vorgeschlagen. Dieses Abkommen soll es Geschädigten ermöglichen, von Unternehmen Wiedergutmachung zu erlangen. Betroffene Einzelpersonen sollten das Recht erhalten, die (Mutter-) Unternehmen in ihrem Sitz-

staat verklagen zu können. Das Abkommen sollte ferner soziale und ökologische Pflichten für Unternehmen definieren. Solche Pflichten wären beispielsweise die transparente Berichterstattung über Umwelt- und Sozialstandards und die Pflicht zur Einholung einer vorherigen Erlaubnis bei den lokalen Gemeinschaften für bestimmte Vorhaben. Nicht nur die Interessen der Aktieninhaber, auch die Interessen der betroffenen Bevölkerung müssen durch Unternehmen beachtet werden. Schließlich sollte ein solches Abkommen hohe Standards für das Verhalten von transnational tätigen Unternehmen setzen, die auf der ganzen Welt beachtet werden müssen. Grundlage müssen diejenigen Standards sein, die in internationalen Abkommen zum Schutz der Umwelt, der sozialen Rechte und der Menschenrechte niedergelegt sind.

Einen Rechtsrahmen für sozial rechenschaftspflichtige Produktion schaffen

Die Rede vom sozial verantwortlichen Unternehmen legt das Missverständnis nahe, dass das transnationale Unternehmen der Ort sei, wo Verantwortung für Nachhaltigkeit verankert werden müsste. In Wirklichkeit aber ist allgemein die Produktion der Kontext für Nachhaltigkeit, unabhängig von Träger und Größe. Zu diesem Zweck regen wir an, einen Rechtsrahmen für sozial rechenschaftspflichtige Produktion zu schaffen. Ein solcher Rahmen sollte jegliche wirtschaftlichen Aktivität umfassen, von der kleinsten Firma bis zum größten Konzern, aber auch Verwaltungen, Bauern, Hausinhaber, Hirten- und Fischer-völker einbeziehen. Wenn echter Wohlstand für alle Menschen auf der Erde erreicht werden soll, müssen die Mechanismen der Wertschöpfung mit den gesellschaftlichen Werten, den Menschenrechten und den wissenschaftlichen Prinzipien in Biologie und Ökologie in Einklang gebracht werden. Mit einem solchen Rahmen wäre es möglich zu überprüfen, ob ein Akteur Waren oder Dienstleistungen in einer Weise produziert, welche die kollektiven Rechte und das Naturerbe in Rechnung stellt. Überdies würden dadurch die notwendigen Mechanismen und regulierenden Feedbacks geschaffen werden, die zu wirklichem Fortschritt für Gesellschaft und Natur führen. Wir empfehlen folgende Leitlinien für ein Abkommen:

Gesellschaftliche Verantwortung neu definieren

Sozial- und Umweltverantwortung heißt, den gesamten Kontext des Lebens produktiv zu stärken und

Schaden von ihm fernzuhalten. Dabei umfasst dieser Kontext auch Existenzrechte, das Recht auf Wasser, Zugang zu Land und Natur, das Recht auf eine giffreie

Märkte und Gemeinwohl

- **Fairer Handel statt freier Handel, das ist die Devise zukunftsfähigen Handels. Solange nicht Kleinbauern und nachhaltiger Landbau gewinnen, ist der Ruf nach freiem Zugang zu nördlichen Märkten zweischneidig. Um Existenzrechte zu sichern, braucht es Abkommen über Fairen Handel zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern.**
- **Ökologie und Gerechtigkeit werden WTO's Stiefkinder bleiben, wenn nicht der politische Spielraum für Nationen in der Handelspolitik erweitert wird. Wahre Demokratie erfordert, dass die Stimme der Bürger in Sachen Nachhaltigkeit und Fairness zur Geltung kommt. Nur so kann die Öffentlichkeit ihre Meinung über Ausmaß und Qualität des Handels ausdrücken.**
- **Handelspolitische Maßnahmen unter MEA's sollten gegen Anfechtung von Seiten der WTO geschützt werden.**
- **Die WTO soll für Handel sorgen, der nicht gegen nachhaltige Produktion und faire Existenzrechte diskriminiert. Direkte und indirekte umweltschädliche Subventionen sind abzubauen, weil sonst die Wettbewerbsverzerrung zugunsten fossiler und zentraler Strukturen nicht überwunden werden kann.**
- **Auf längere Sicht ist auf einen Rechtsrahmen für sozial rechenschaftspflichtige Produktion hinzuwirken. Denn Prinzipien wie breite soziale Verantwortung, Freiheit der Information, Haftungspflicht für Unternehmen und das Vorsorgeprinzip sollten für alle kommerziellen Aktivitäten gelten.**
- **Verhandlungen über eine Konvention zur Umwelt- und Sozialpflichtigkeit transnationaler Unternehmen beginnen. Die Weltgesellschaft hat ein Recht darauf, Unternehmen im Hinblick auf das Gemeinwohl verantwortlich zu halten. Freiwillige Vereinbarungen wie der Global Compact und die Global Reporting Initiative sind da nicht ausreichend.**

Umwelt, aber auch Kultur und das Subsidiaritätsprinzip. Zudem wäre immer die Kant'sche Goldene Regel zu bedenken: Ist dein Verhalten verallgemeinerbar? Die Einsicht, dass die globalen Gemeinschaftsgüter keiner Nation gehören, sondern allen Menschen, ist eine notwendige Voraussetzung dafür, Mechanismen zu schaffen, welche überprüfen, ob das Wirtschaftsgeschehen die Gesellschaft zur Nachhaltigkeit oder eher zur sozialen Polarisierung treibt.

Rechten den Vorrang vor Mitwirkung geben

Wir sind der Ansicht, dass Rechtsansprüchen der Vorrang vor Mitwirkungsansprüchen einzuräumen ist. Unternehmen engagieren sich zunehmend in Betroffenendialogen zur Klärung von Streitfragen, ganz als ob allen Mitwirkenden das gleiche Gewicht zukommt. Wir glauben dagegen, dass ortsgebundenen Kulturen vorausgehende Rechte besitzen. Diese Rechte überlagern die Rechte des Marktes; es braucht freilich besondere Vorkehrungen, um solche Menschenrechte zu schützen. Um ein genaueres Beispiel anzuführen: die Auffassungen von Unternehmen, obwohl sie ein kritisch wichtiger Akteur in der Gesellschaft sind, dürfen kein unverhältnismäßiges Gewicht in Sachen Ordnungspolitik bekommen. Dazu muss auch eine Reform der Finanzierung von Wahlen, ja selbst politische Korruption, angegangen werden. Es ist nicht möglich, eine zukunftsfähige Gesellschaft zu schaffen, wo die Wirtschaft regiert und die Regierung durch die Wirtschaft gebunden ist.

Das Recht auf Information über Produktionsprozesse sichern

Wie schon erwähnt hat das Århus-Abkommen grundlegende Umweltrechte anerkannt, wie das Recht auf Information, auf Beteiligung und auf Zugang zu Gerichten. Im Zusammenhang mit diesen Prinzipien glauben wir, dass es eine universelle Informationsfreiheit hinsichtlich aller Produktionsverfahren geben muss, gleich ob sie in Institutionen, in Städten, im Privatsektor oder auf dem Lande lokalisiert sind. Wir fordern auch öffentliche Anhörungen zu kollektiven Rechten und Zugang zu Gerichten. Solche Rechte sind unverzichtbar, wenn Marktkräfte daran gehindert werden sollen, Kulturen und Umwelt absichtlich oder unabsichtlich zu zerstören.

Über begrenzte Haftung hinausgehen

Wir sind nicht der Ansicht, dass das Prinzip der beschränkten Haftung ausreicht, die Befolgung von

sozialen und umweltbezogenen Regelungen zu garantieren. Denn Geld bestimmt den Regelkreis, der die Unternehmenstätigkeit steuert. Da aber die zu schützenden Rechte nicht in Geld ausgedrückt werden können, bedarf es eines klaren Verantwortungsstrangs, um dafür Bewusstsein und Leistung im Spitzenmanagement zu schaffen. Die Haftungspflicht der Unternehmensleitung für die Richtigkeit des Umwelt- und Sozialberichts kann sehr wohl ein solches Instrument sein.

Das Vorsorgeprinzip in den Mittelpunkt stellen

Wir meinen, dass das Vorsorgeprinzip ein universelles Recht darstellt. Technologien, Produktionsprozesse, Materialien, Chemikalien und Produkte müssen vor ihrer Markteinführung als sicher bewiesen werden, wobei die Beweispflicht bei dem Produzenten liegt und nicht beim Käufer. Wo Unsicherheit, Unwissenheit oder Unkenntnis über langfristige Folgen besteht, haben Bürger das Recht, kumulativen oder irreversiblen Schaden zu verhindern. Das bedeutet, dass ihnen das Recht zusteht, Alternativen in Erwägung zu ziehen, darunter auch die Möglichkeit, auf jede Alternative zu verzichten.

Zusammenfassend: Wir schlagen vor, die Prinzipien für eine sozial rechenschaftspflichtige Produktion innerhalb eines Rahmenwerks von Rechten und Pflichten zu formulieren. In den letzten Jahren wurden weithin die Möglichkeiten für Hersteller dokumentiert, zu einer nachhaltigen Produktion überzugehen. Und weitere Optionen tauchen fast täglich auf. Doch technische Mittel für den Rückbau der Umweltbelastung schaffen nicht aus sich selbst gerechtere und umweltfreundliche Gesellschaften. Um ein Geflecht von Wirtschaftstätigkeiten zu schaffen, das nicht nur Menschen und Lebensräume erhält, sondern auch, wenn möglich, Verlorenes wiedergewinnt, ist ein Ordnungssystem vonnöten, das auf Rechten basiert. Ein solches System umfasst das Recht auf Wissen, das Recht auf Überprüfung, das Recht auf Produkte, die weder den Käufer noch andere Personen oder Orte schädigen, Konsumentenrechte und anderes mehr. Wirtschaftliches Wachstum wird sich wenig um Armut und Elend scheren, wenn es nicht in der Sorge für Menschenrechte gründet, die den Horizont des Wirtschaftsdenkens übersteigen.

5.5 Reform der internationalen Finanzarchitektur

Um Armutsbekämpfung, nachhaltiger Entwicklung und der Umwelt willen ist die Reform globaler Finanzinstitutionen unerlässlich. Denn das heutige Finanzsystem funktioniert wie ein Schwungrad für sozialen Niedergang, gesellschaftliche Polarisierung und Umweltzerstörung.

Heißes Geld abkühlen

Seit der Finanzkrise in Asien im Jahre 1997 haben die G7-Finanzminister und Zentralbankchefs wiederholt eine neue globale Finanzarchitektur gefordert. Allerdings sind auch nach den Krisen, die im Jahr 1998 folgten und erst Russland umfassten, um sich dann in Brasilien, der Türkei und Argentinien bis zum Jahr 2002 fortzusetzen, der offiziellen Rhetorik keine Taten gefolgt. Die anhaltende Agonie Argentiniens, ein Land reich an menschlichem, gesellschaftlichem und natürlichem Kapital, ist ein Beispiel für das Versagen des Washington-Konsenses, was noch dazu durch einen überbewerteten US-Dollar als die *de facto* Reservewährung der Welt verschlimmert wird. Der Dollar war nie für eine solche Rolle bestimmt, und dieses globale Dollar-Regime ist nicht auf Dauer zu halten.

Die hegemoniale Rolle des immer noch überbewerteten US-Dollars als die real existierende Reservewährung führt immer wieder zu ernsthaften Schief-lagen und bedroht andere, an ihn gekoppelte Wäh-rungen, wie durch die Zahlungsunfähigkeit von Argentinien deutlich wurde. In den 90er Jahren wirkten die USA wie ein Magnet auf das internatio-nale vagabundierende Kapital, was sich selbst nach der geplatzten „New Economy“-Blase nicht änderte. Ohne Zweifel ist ein stabileres Währungssystem erforderlich, um die sich wiederholenden Turbulenzen einzudämmen. So haben einige Südländer, dar-unter auch China und Venezuela, die Notwendigkeit erkannt, ihre Währungsreserven teilweise vom Dollar auf den Euro umzustellen. Dies ist eine fried-liche, globale „win-win“ Strategie, die Ungleichge-wichte im Währungsmarkt auszugleichen. Erkannt ist auch die Notwendigkeit, die globalen Kapital-märkte zu regulieren – zusammen mit dem neuen Ansatz für eine globale Reservewährung, z. B. ein Dollar-Euro-Paritätssystem, das durch die Ausgabe von Sonderziehungsrechten abgestützt wird. Eine Parität zwischen Euro und Dollar würde den G7-Län-

dern die Möglichkeit geben, die beiden wichtigen Weltwährungen aneinander zu binden. Das würde beträchtlich zur Stabilität der globalen Währungs-märkte beitragen. Offen ist die Frage, ob die OPEC ihr Erdöl in Euro auszeichnen würde, was einen wei-teren Schritt zu einer engeren Parität beider Wäh-rungen bedeuten würde.

Das Finanzkapital, das eigentlich der Herstel-lung und dem Austausch realer Werte dienen sollte, ist inzwischen zum großen Teil vom handgreiflichen Wirtschaftsprozess vor Ort abgekoppelt. Geldflüsse sind zusehends von der nationalen Politik ebenso getrennt wie vom Alltagsleben oder dem Netz des Lebens. Es ist eine dringende Aufgabe, das globale Kasino des Finanzhandels in Ordnung zu bringen. Vor allem der kurzfristige Transfer heißen Geldes (Investitionen in Währungen und Anlagen) ist zu einem Übertragungsriemen für Sozial- und Umwelt-krise in vielen Ländern geworden. Ohne Frage sind diese Finanzflüsse für eine Agenda der Nachhaltig-keit viel entscheidender als der Warenhandel, da die 10 Prozent des Finanzverkehrs, die dem Handel gel-ten, von der Gesamthöhe von 1,5 Billionen Dollar im täglichen Währungsgeschäft bei weitem überragt werden.

Es sind die spekulativen 90 Prozent dieser 1,5 Billionen Dollar, die mit dem Handel nichts zu tun haben, welche die Vorschläge für eine Währungs-

Reform der Finanzarchitektur

- **Spekulatives Kapital ruft Währungsturbulenzen und Währungsturbulenzen rufen erhöhte Sozial- und Umweltkosten hervor. Eine Demonopolisierung des Dollar als Reservewährung und eine Steuer auf Währungstransaktionen könnten für mehr Stabilität sorgen.**
- **Fällig ist ein Schuldenerlass, gerade wenn man auch ökologische Schulden in Rechnung stellt, die der Norden über die Jahrhunderte gegenüber dem Süden angesammelt hat. Überdies steht eine Reorientierung des IMF an: Konkurschutz für Staaten einführen und strukturelle Anpassungsprogramme beenden.**
- **An Tauschhandel denken, aber auf elektronischem Wege.**

Die ökologischen Schulden, die vom Norden angesammelt wurden, sind von größerer Relevanz, als die vom Süden akkumulierten Geldschulden

transaktionssteuer im Blick haben. Auf dem Sozialgipfel der Vereinten Nationen in Genf im Juni 2000 haben 160 Regierungen vereinbart, Machbarkeitstudien über eine solche Steuer durchzuführen, darunter auch die Tobin-Steuer, die eine geringe Gebühr (0.05 Prozent und weniger) auf alle Währungstransaktionen erhebt. Aber es gibt auch viele andere Möglichkeiten, solche Steuern zu erheben. Die geschätzten Einkünfte einer Steuer auf Währungstransaktionen in Höhe von nur 0.01 Prozent liegen zwischen 50 Milliarden und 300 Milliarden Dollar jährlich.

Schulden erlassen

Nichts engt politischen Spielraum so ein wie unbezahlbare Schulden. Ohne Schuldenerlass ist es kaum denkbar, dass die politische Initiative in kleineren Ländern wiederhergestellt werden kann. In hohem Maße werden die nicht rückzahlbaren Schulden von hoch verschuldeten armen Ländern (HIPC) als „verwerflich“ betrachtet, d.h. sie entstanden durch korrupte Geschäfte zwischen Politikern und ihren Spießgesellen in den Unternehmen und Banken, und sollten daher zurückgewiesen werden. Hohe Schulden veranlassen Regierungen oft genug, die Menschenrechte zu ignorieren und die Bedürfnisse ihrer Bürger dem Interesse ausländischer Gläubiger unterzuordnen. Der rasche Abbau nicht rückzahlbarer Schulden ist daher unverzichtbar, reicht aber nicht aus, um die Grundlage für alternative Entwicklungswege zur Nachhaltigkeit zu legen. Zusätzlich sollten verschuldete Entwicklungsländer Konkurschutz beantragen können. Das geeignetste Model ist Kapitel 9 des US-amerikanischen Konkursgesetzes mit seinen Prozeduren für den Bankrott von Kommunen. Es lässt die Fortsetzung aller sozialen Programme, Dienstleistungen und öffentlichen Ausgaben zu, und stellt somit eine wirkungsvolle Möglichkeit dar, die verwundbaren und armen Bevölkerungen solcher Ländern zu schützen, die seine Anwendung beantragen.

Ebenso bedeutsam ist die Abschaffung der Strukturanpassungsprogramme. Kosmetisch mit dem neuen Namen „Programme zur Armutsminderung“ versehen, haben sie oft Ländern unangemessene Bedingungen auferlegt, die auf der Orthodoxie des Washington Konsens beruhen. Der IMF und die Weltbank müssen für beschränktere Missionen umorientiert, demokratisiert und umstrukturiert werden, und nicht nur für ihre reichsten Aktionäre, sondern für alle Länder transparent und verantwortlich gemacht werden.

Auf jeden Fall muss anerkannt werden, dass die ökologischen Schulden mitsamt den daraus hervorgehenden finanziellen Gewinnen, die über Jahrhunderte hindurch vom Norden angesammelt wurden, von größerer Relevanz sind, als die in kurzer Zeit vom Süden akkumulierten Geldschulden. Diese lange Geschichte der Beschlagnahme der Natur zu verdrängen, während gleichzeitig gnadenlos Schulden eingefordert werden, spiegelt nichts anderes als die Scheinheiligkeit des Stärkeren wider.

An elektronischen Tauschhandel denken

Tauschhandel ist die wirtschaftliche Lebensgrundlage von zwei Milliarden Menschen, die nicht Teil der monetarisierten und urbanisierten Wirtschaft sind. Auch Länder haben Zahlungsgemeinschaften gebildet, wie das COMECON-System der Sowjetunion bis zu ihrem Zusammenbruch 1991, während Unternehmen jährlich routinemäßig Waren und Dienstleistung in geschätzter Höhe von rund einer Billion Dollar tauschen. All das war ineffizient – und beschwerlich – vor der Einführung von Computer und Internet. Heute ist es ein Kinderspiel. In der Tat hat der Tauschhandel mehrere Vorteile gegenüber Handel, der auf Devisen beruht. Tauschhandel ermöglicht Volkswirtschaften, die auf Ressourcen und Rohstoffen basieren, direkt miteinander zu handeln, ohne dass vorher Devisen in Schlüsselwährungen gehalten oder verdient werden müssen. Regierungen können etwa Investitionsgüter usw. beschaffen, indem sie miteinander Tauschhandel treiben, ebenso wie Unternehmen Sendezeiten, Frequenzen, Linienflüge, Hotelzimmer, Ausrüstung und eine Menge anderer Güter und Dienstleistungen tauschen. All dies kann mit robuster Computer-Software erleichtert werden, welche mit den Steuersystemen verschiedener Länder arbeiten kann und mit all den erforderlichen Verbuchungsleistungen für so einen informations- und kreditgestützten Tauschhandel.

Volkswirtschaftler neigen dazu den Tauschhandel als „primitiv“ abzutun, wie es in ihren Lehrbüchern steht. Dennoch werden die Tauschbörsen des Internets und echte Händler in echten Rohstoffen diese Lehrbücher bald als überholt erweisen. Außerdem: Wie kann Tauschhandel unter den zwei Milliarden Menschen erleichtert werden, die außerhalb der Geldsysteme existieren? Sie sind nicht „arm“, wie Wirtschaftswissenschaftler Menschen ohne Geld nennen. Sie legen stattdessen enormen Einfallsreichtum an den Tag und führen im übrigen des öfteren ein nach-

haltiges Leben. Heute bieten sonnen-betriebene Mikrogeneratoren außerhalb des Stromnetzes, so wie sie in Dörfern in Asien und Afrika installiert werden, neue Arten der Vernetzung. Es ist möglich, Menüs für den Tauschhandel von lokaler bis zu globaler Reichweite über billige, in der Hand gehaltene Geräte abzurufen. So können Dorfbewohner ein lokales Menü von Handelspartnern finden und sich die Reise zum Markt in der Stadt sparen, wo sie sich sowieso nie des Verkaufs ihrer Erzeugnisse sicher sein konnten.

Heute kann sich jeder, dem es an offiziellen Landeswährungen mangelt, an soviel Tauschhandel wie nötig beteiligen. Das kann über technologie-vermit-

telten Tausch mit Computern geschehen oder über lokale Tauschringe sowie über die zahlreichen Arten von lokalen Währungen, wie sie in Hunderten von Städten in den USA, in Europa und in anderen OECD-Ländern im Umlauf sind. Diese Instrumente können für die Knappheit an Landeswährungen kompensieren, dort wo die Geldpolitik schlecht durchdacht oder zu restriktiv ist. Sie sorgen dafür, dass lokales Angebot nicht im Laden bleibt, dass Bewohner der Region angestellt werden und dass vor Ort eine alternativen Quelle an Kaufkraft zur Verfügung steht. Kurzum, ohne Tauschhandel wird keine Strategie für Armutsminderung vollständig sein.

5.6 Institutionen für den Wandel

Während die biophysischen Grenzen des Wachstums allmählich im Bewußstein der Menschen Gestalt annehmen, braucht es auch Institutionen, die auf diesen historischen Wandel reagieren. Neben der Bewahrung des Friedens ist die globale Umweltkrise das zweite Thema, welches den Fokus für das gesamte UN-System bilden sollte.

Eine Weltumweltorganisation ins Auge fassen

Fehler haben die irritierende Tendenz, sich fortzupflanzen. Bereits 1972 hatte die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm versäumt, Umweltthemen im Rahmen der UN-Organisationen auf fester institutioneller Grundlage zu verankern. Das auf der Konferenz ins Leben gerufene Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) war, wie es der Name andeutet, nicht als „richtige“ Organisation konzipiert und von vornherein auf eine marginale Rolle festgelegt. Als einfaches Programm unter dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC) und nicht etwa als unabhängige Organisation wurde von UNEP erwartet, als Initiator und Koordinator für andere Organisationen zu fungieren, ohne ein autonomes Budget oder eigene Programme. Daher war das institutionelle Vermächtnis von Stockholm eher schmal.

Dieser grundsätzliche Mangel wurde auch in Rio nicht behoben. Stattdessen wurde der Schwäche Verwirrung hinzugefügt. Das institutionelle Ergebnis der

Konferenz von 1992, die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD), hat ebenfalls keine konkreten Befugnisse für Angelegenheiten der Umwelt und der Entwicklung. Die CSD ist zu einem nicht unwichtigen Forum des Meinungsaustauschs für Regierungen und die Zivilgesellschaft geworden, jedoch ohne Entscheidungs- und Durchsetzungsbefugnisse. Abgesehen von der CSD hat sich eine Reihe von Konventionen und Vertragsregimen zum Umweltschutz herausgebildet, die untereinander nur schlecht koordiniert sind und den internationalen Prozess eher fragmentiert als konsolidiert haben. Rio hinterließ folglich ein recht verwirrendes Vermächtnis.

Aus diesem Grund sind Umweltthemen auf multilateraler Ebene überraschend gering institutionalisiert. Sie sind ungenügend eingebettet in das institutionelle Machtgefüge und mit geringen operativen Kompetenzen ausgestattet. Es erstaunt daher nicht, dass die biophysischen Grenzen des Wachstums nie zu einer bestimmenden Frage für die UN geworden sind, obwohl zugegebenermaßen eine Anzahl von Organisationen sich der Umweltfragen angenommen haben. Zudem hat die schwache Verankerung des Themas „Umwelt“ in den UN-Organisationen in den neunziger Jahren zu einer Verlagerung des Gewichts zu den Bretton-Woods-Institutionen beigetragen. Während die UN-Institutionen auf Werten wie Frieden, Menschenrechten und (gleichrangiger) Kooperation errichtet wurden, verkörpert die Dreieinigkeit von Weltbank, IMF und WTO wirtschaftliche Werte wie Wettbewerb, Währungsstabilität und offene Märkte.

Erneuerbare Energiequellen haben das Potenzial, den aktuellen weltweiten Energiebedarf mehrfach zu decken.

Dieser Wandel zugunsten der wirtschaftlichen Werte ist ein Ergebnis neoliberaler Globalisierungstendenzen, während die an Menschenrechten orientierte „Globalisierung“ der UN in den Hintergrund getreten ist. Jeder Versuch, die sozialen, umweltbezogenen und ökonomischen Werte institutionell besser miteinander auszutarieren, müsste deshalb automatisch Umweltthemen auch institutionell mehr in den Vordergrund rücken.

Gegenwärtig ist die globale, umweltbezogene Governance schwach, fragmentiert und im allgemeinen wenig effektiv. Zugegeben, der bisher eher chaotische, von „unten“ organisierte Prozess im Rahmen einzeln ausgehandelter Umweltregime war hoch flexibel und nur schlecht kontrollierbar durch gegnerische Kräfte. Die Zeit könnte aber nunmehr reif sein für die Entwicklung einer institutionellen Struktur mit erhöhter Durchsetzungskraft und gebündelter Kraft, die dann auch Parität mit der UN und den Bretton-Woods-Institutionen genießt. Nur ein Gleichgewicht zwischen den internationalen Institutionen kann ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Zielen garantieren, seien sie sozialer, ökologischer oder wirtschaftlicher Natur. Ein System der gegenseitigen Kontrolle und des Machtgleichgewichts lässt sich nur realisieren, wenn eine ebenbürtige Umweltorganisation den starken wirtschaftlichen Organisationen an die Seite gestellt wird.

Überdies untergräbt übermäßige Fragmentierung die Effektivität. Gegenwärtig gibt es über 500 internationale Verträge und Abkommen, die sich auf die Umwelt beziehen. Über 300 dieser Verträge sind seit der Umweltkonferenz in Stockholm 1972 angenommen worden, 41 von ihnen gehören zum „Kernbestand“ der internationalen Umweltpolitik (UNEP 2001). Mit der Zunahme der Verträge sind Probleme überlappender Regelungsbereiche und mangelnder Koordination entstanden. Außerdem schafft jeder Vertrag seine eigenen Institutionen, darunter jährliche Plenarversammlungen und Sekretariate, die über die Welt verstreut sind. Dies führt dazu, dass die internationale Umweltdiplomatie einem herumziehenden Zirkus gleicht. Dies ist ein besonderes finanzielles und logistisches Problem für die Länder des Südens. Trotz der Aktivitäten von UNDP und anderen Organisationen kann die erforderliche fachliche Kompetenz für die Teilnahme an diesen Aktivitäten nicht vorausgesetzt werden. Abgesehen von der Global Environmental Facility gibt es auch keinen organisatorischen Rahmen für die vielfältigen Finanztransfers, die sich im Rahmen dieser Umweltabkommen

vollziehen. Eine starke Umweltorganisation kann deshalb in vielerlei Hinsicht Stabilität und Transparenz für Nord-Süd-Transfers herstellen.

Zur Stärkung der Umweltbelange innerhalb der Global Governance-Architektur schlagen wir deshalb den Ausbau der UNEP zu einer Weltumweltorganisation vor. Diese Organisation sollte ein eigenes Budget, eigene Quellen der zuverlässigen und ausreichenden Finanzierung, eine eigene Rechtspersönlichkeit, erweiterte Kompetenzen und eine angemessene Verwaltungsstruktur besitzen. Die Finanzierung sollte durch die Mitgliedsstaaten und durch neue Finanzierungsmöglichkeiten wie Nutzungsgebühren für globale Gemeinschaftsgüter sichergestellt werden. Die Stärkung von UNEP zu einer Weltumweltorganisation könnte entweder der WHO und der ILO, oder auch der UN Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) nachgebildet werden. Zusätzlich zur UNEP könnte eine solche Organisation die zuständigen Sekretariate der wichtigsten Umweltabkommen einbeziehen. Hauptaufgaben wären die Koordinierung der globalen Umweltpolitik, die Beaufsichtigung von finanziellen Transfers und des capacity building sowie die Definition multilateraler Standards und Abkommen.

Es soll jedoch betont werden, dass eine solche Organisation eher horizontal statt hierarchisch ausgestaltet sein sollte. Geschaffen werden sollte eine Institution kooperativer Governance und nicht etwa eine globale Regierungsbehörde. Seine Entscheidungsverfahren sollten ein Gleichgewicht zwischen Süd und Nord ausdrücken: Entscheidungen benötigen die Mehrheit der Delegierten und zusätzlich jeweils eine einfache Mehrheit von Industrie- und Entwicklungsländern.

Eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien gründen

Der Wandel zu einer weltweiten solaren Ökonomie erfordert einen grundlegenden Wechsel in der Energieversorgung aller Gesellschaften. Letztlich wird die Nachfrage nach Energie und Rohstoffen durch Sonnenenergie und von der Sonne erzeugte Rohstoffe gedeckt werden. Bereits heute stehen eine ganze Reihe von Techniken für erneuerbare Energien zur Verfügung, darunter Anlagen für thermische und photovoltaische Sonnenenergie, Windkraft, Biomasse, Wellen- und Gezeitenkraftwerke und kleine Wasserkraftwerke. Der Übergang zu erneuerbaren Energien ist der Königsweg zur Nachhal-

tigkeit: sie sind klimafreundlich, schadstofffrei und unerschöpflich.

Sonnenlicht ist überdies gerade in jenen Gegenden im Überfluss vorhanden, in denen die Ärmsten der Welt leben. Zahlreiche Studien haben nachgewiesen, dass Sonneneinstrahlung und Biomasse, effizient genutzt, ein angemessenes Wohlstandsniveau unbegrenzt und wirtschaftlich überall auf dem Erdball möglich machen. In der Tat, erneuerbare Energiequellen haben das Potenzial, den aktuellen weltweiten Energiebedarf mehrfach zu decken. Daher werden die Länder des Südens und die Schwellenländer nur auf der Grundlage erneuerbarer Energiequellen in der Lage sein, ihren wachsenden Energiebedürfnisse gerecht zu werden. Außerdem reduzieren diese Techniken die Abhängigkeit von primären Energieimporten und führen zu finanziellen Einsparungen, Mittel die normalerweise für die Infrastruktur zur Verteilung konventionell erzeugter Energie ausgegeben werden. Tatsächlich kann erneuerbare Energie an genau jenem Ort produziert werden wo Energie benötigt wird. Es ist deshalb die einzige Art und Weise, Strom ohne prohibitive Kosten herzustellen, weil kostenaufwendige Verteilernetze und der Transport über weite Entfernungen wegfallen. Dies ist entscheidend für die zwei Milliarden Menschen, die gegenwärtig ohne Zugang zum Stromnetz leben.

Industrieländer sowie die Stadt- und Industriezentren in vielen Entwicklungsländern stehen vor einer analogen Herausforderung, jedoch von einem anderen Ausgangspunkt. Da sie in den Systemen konventioneller Energieversorgung feststecken, müssen sie aus dieser Sackgasse heraus und mit einer groß angelegten Umwandlung ihrer Ressourcengrundlage beginnen.

Jüngst haben einige dieser Länder gezeigt, dass bei geeigneter politischer Rahmensetzung hohe Wachstumsraten für erneuerbare Energien möglich sind. Vor allem wurden Anreize für die Herstellung erneuerbarer Umwandlungstechnologien in großem Umfang bereit gestellt. Ist die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen wirtschaftlich rentabel, kann ein solcher Markt expandieren. Dies ist in einigen europäischen Ländern mit Hilfe von Stromeinspeise-Gesetzen erreicht worden. Diese bestimmen, zu welchem Preis unabhängig und dezentralisiert produzierter Strom von Netzbetreibern aufgekauft werden muss. Infolgedessen sind in diesen Staaten neue Produktionsanlagen errichtet und große Kostenreduzierungen erreicht worden. Die Erfahrungen in Deutschland, Spanien, Finnland und Österreich legen nahe, dass ein kompletter Wandel zu erneuerbaren Energiequellen in einigen Jahr-

zehnten erreicht werden kann. Dieselben Erfahrungen deuten an, dass ein solcher Wandel keine höheren volkswirtschaftlichen Kosten impliziert sondern eher Vorteile bringt wie z.B. die Verringerung von Schäden durch fossile und atomare Energieerzeugung, weniger Arbeitslosigkeit, Unabhängigkeit von Energieimporten und eine größere Versorgungssicherheit.

Da der Übergang zu erneuerbaren Energien und Materialien schnell und im großen Umfang geschehen muss, ist eine spezialisierte internationale Behörde erforderlich. Wir schlagen deshalb die Gründung einer „Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien“ (IRENA) vor. Ein derartiger Vorschlag ist zuerst 1980 von der Nord-Süd-Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt gemacht worden und wird in letzter Zeit vor allem von EUROSOLAR verbreitet. Die Organisation umschreibt die Aufgaben von IRENA wie folgt:

- das Aufstellen von nationalen Programmen für die Einführung erneuerbarer Energien;
- die Unterstützung von Bildung, Training und Verbreitung von Information über erneuerbare Energien;
- Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen für Verwaltungsbeamte, Techniker, Handwerker sowie kleinere und mittelgroße Unternehmen;

Institutionen für den Wandel

- Eine Weltumweltorganisation ins Auge fassen. Zu Beginn wäre UNEP aufzuwerten, um dann in eine Institution kooperativer Governance überführt zu werden, welche auch die Sekretariate der Konventionen umfasst.
- Eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien gründen. Der Wechsel zu einer erneuerbaren Ressourcenbasis ist eine weltweite Aufgabe, welche von einer geeigneten, dezentralen Organisation unterstützt werden sollte.
- Konfliktlösung auf globaler Ebene reorganisieren. Gegenwärtig ist die Streitschlichtung einseitig bei der WTO institutionalisiert, ein Sachverhalt, welcher dem Prinzip der Gewaltenteilung Hohn spricht. Der Internationale Schiedsgerichtshof könnte einen Ort darstellen, wo internationale Streitfälle zwischen Umwelt-, Handels- und Sozialnormen beigelegt werden.

- die Gründung von regionalen Zentren für Forschung, Entwicklung und Transfer von Technologien für erneuerbare Energien;
- die Bewertung und Verarbeitung von Information über angewandte Technik und Erfahrung mit bester verfügbarer Technologie;
- die Beratung und Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten für erneuerbare Energien sowie
- Datensammlung und das Erstellen von Statistiken.

Es erscheint ratsam, eine solche Agentur nach dem Vorbild der landwirtschaftlichen Forschungsinstitute (CGIAR) dezentralisiert einzurichten, die unter der Schirmherrschaft der UN an verschiedenen Orten weltweit betrieben werden. Auch die 1958 gegründete Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hatte u.a. den nichtkommerziellen Transfer von Atomtechnologie zur Aufgabe. Was damals für notwendig erachtet wurde, ist heute für erneuerbare Energien dringlich. Da die Atomenergie überholt ist, könnte IRENA eines Tages die IAEA ersetzen. IRENA muss von wirtschaftlichen Interessen unabhängig und von den Mitgliedsstaaten finanziert werden. Ähnlich wie bei der Gründung der IAEA würde die Initiative einer Handvoll von Staaten ausreichen um eine solche Behörde zu schaffen, die allen interessierten Nationen offen stünde. Durch die Umsetzung ihrer Ideen in die Praxis kann die Agentur einen guten Ruf erlangen und dadurch neue Mitgliedsstaaten anziehen.

Konfliktlösung reformieren – den Internationalen Schiedsgerichtshof einbeziehen

Die Weltgesellschaft ist, wie nationale Gesellschaften auch, mit Konflikten durchsetzt. Weil Staaten, Unternehmen, Gemeinschaften und Personen unterschiedliche Erfahrungen, Interessen und Weltanschauungen auf der globalen Bühne einbringen, können Konflikte nicht weggewünscht werden. Im Gegenteil: es sind gerade Konflikte mit ihren Umwälzungen, Allianzen und Ideologien, die das Gemisch ausmachen, das man „globale Gesellschaft“ nennt. Denn es gibt keine universelle Sicht der Dinge; sondern nur Standpunkte, die in einem bestimmten Kontext beheimatet sind und deshalb besondere Perspektiven hervorbringen. Jeder Architekt einer *global governance* sollte daher von der Annahme ausgehen, dass gesellschaftliche Konflikte weder verhindert werden können noch endgül-

tig lösbar sind. Im besten Fall können diese Konflikte, bevor sie gewalttätige Ausmaße annehmen, identifiziert, friedlich beigelegt und in produktive Spannung verwandelt werden.

Dies ist den liberalen Demokratien schon immer bekannt gewesen. Aus diesem Grund besteht ihr politisches Grundgerüst aus Institutionen zur Regelung von Konflikten. Parlamente, Gerichte und eine debattierende Öffentlichkeit sind die Grundsteine einer Ordnung, die das Ziel hat, Konflikte zu regulieren statt zu beseitigen. Es fällt ins Auge, dass auf globaler Ebene ein Mangel an solchen Institutionen besteht. Außerdem haben demokratische Staaten das Prinzip der Gewaltenteilung entwickelt, welches die gesetzgebenden, ausführenden und rechtsprechenden Gewalten in ein System gegenseitiger Kontrolle bringt. Auch diese Gewaltenteilung ist auf globaler Ebene erst in den Grundzügen erkennbar.

In diese Lücke ist die Welthandelsorganisation mit einem weitgehenden Anspruch gestoßen. Denn die WTO ist in mancherlei Hinsicht bereits eine starke „Regierung“ geworden, die in sich gesetzgebende, ausführende und rechtsprechende Funktionen vereinigt. Schon auf einem ganz simplen Niveau: der internationale Handel betrifft jeden Bürger dieser Welt, doch WTO-Organen sind praktisch ausschließlich besetzt mit Beamten, Wirtschaftswissenschaftlern und Männern. Wahrscheinlich würde sich schon durch eine andere Zusammensetzung – mehr Nicht-Diplomaten, Nicht-Ökonomen und Frauen – ein anderes Bild ergeben; die Welt wäre nicht mehr von der Weltanschauung neo-klassischer Ökonomen geprägt.

Die Autorität der WTO speist sich unter anderem aus dem weit entwickelten System der Streitschlichtung gekoppelt an ein effektives Durchsetzungsverfahren. Eine einmal getroffene Entscheidung kann nur im Konsens aller Mitglieder aufgehoben werden und der verurteilte Staat ist mit Strafmaßnahmen konfrontiert – ein Prozess, bei dem man durchaus die Frage stellen kann, ob er den Standards eines ordnungsgemäßen Verfahrens entspricht. Ferner sind die Richter überwiegend aufgrund ihrer handelspolitischen Erfahrung ernannt und wenig vertraut mit sozialen oder ökologischen Problemstellungen, wie sie jedoch häufig im Zusammenhang mit den Fällen auftreten. Auf jeden Fall ist das Streitschlichtungsverfahren ein machtvolles Instrument, mit dessen Hilfe die WTO Entscheidungen über Problemgebiete fällt, die weit jenseits ihres eigentlichen Mandats liegen. Die WTO beschäftigt sich mit ökologischen oder sozialen Fragen und den Menschenrechten, indem es

sie einfach undefiniert – als handelsrelevante Gegenstände.

Auf diese Weise hat sich die WTO die Kompetenz erobert, nicht nur über Streitfälle im Bereich des internationalen Handels zu richten, sondern über praktisch jeden Bereich des menschlichen Lebens. Während diese Kompetenzausweitung zurückgeschnitten werden muss, sind die Aufgaben der Organisationen des UN-Systems und der Sonderorganisationen wie der ILO, der WHO und der noch zu schaffenden Weltumweltorganisation schrittweise zu erweitern. Es ist höchste Zeit, auch in diesem Bereich wieder ein Gleichgewicht zwischen dem UN-System und den Bretton-Woods-Institutionen (Weltbank, IWF und WTO) herzustellen.

Da Konflikte zwischen Umwelt-, Handels- und sozialen Interessen nicht vermieden werden können, ist ein überstaatliches Gerichtsorgan für die unparteiische Lösung von konkurrierenden Interessen notwendig. Wir plädieren deshalb dafür, bestimmte Konflikte aus dem Streitschlichtungssystem der WTO herauszulösen und einem internationalen Schiedshof zu übergeben.

Solch ein Gericht existiert bereits: der „Ständige Schiedsgerichtshof“ in Den Haag. Angesichts der Lücken im bestehenden System haben die 94 Mitgliedstaaten im Juni 2001 neue Regeln für Streitfälle über die Umwelt oder natürliche Ressourcen angenommen, die „Optional Rules for Arbitration of Disputes Relating to Natural Resources and/or the Environment“. Folgende Aspekte des Ständigen Schiedsgerichtshofs und dessen umweltbezogener Regeln sollen herausgehoben werden:

- nicht nur Staaten, sondern auch nichtstaatliche Akteure können einen Fall vor das Gericht bringen, also auch internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen;
- die Mitgliedsstaaten erklären freiwillig, sich dem Verfahren zu unterwerfen und den Spruch des Schiedsgerichts als verbindlich zu akzeptieren. Die Teilnehmer erklären ihre Bereitschaft zur Streitschlichtung in Bezug auf bestimmte Konflikte und können auf Klauseln in bereits existierenden Verträgen verweisen, unter denen Streitigkeiten entstehen können. Die Bereitschaft zur Unterwerfung unter das Schiedsgericht kann vor einem Streitfall erklärt werden, aber auch nach einem bereits ausgebrochenen Streitfall;
- die Schiedsrichter werden in jedem Streitfall neu bestimmt und aus einer Liste von Umweltrichtsexperten ausgesucht. Auch eine Liste mit Experten in den Umweltwissenschaften zur Unterstützung des Gerichts ist verfügbar;
- das Schiedsgericht verhandelt auf der Grundlage von mündlichen Aussagen, Zeugen, Dokumenten und anderen Beweismitteln;
- das Schiedsgericht kann vorläufige Maßnahmen anordnen, die sich auf den Gegenstand des Schiedsverfahrens beziehen, um die Rechte einer Streitpartei zu schützen oder um gefährliche Schäden für die Umwelt zu verhindern; und
- der Schiedsspruch wird durch die nationalen Gerichte durchgesetzt.

Die Umweltregeln des Internationalen Schiedsgerichtshofs befassen sich mit Fragen der Interpretation aller Umweltvereinbarungen, garantieren den Zugang zur Gerichtsbarkeit für alle Akteure und stellen umfassendes umweltrechtliches und wissenschaftliches Expertenwissen bereit. Deshalb sind die Regeln das beste verfügbare Verfahren für die Beilegung internationaler Umweltstreitigkeiten.

Die WTO hat sich die Kompetenz erobert, nicht nur über Streitfälle im Bereich des internationalen Handels zu richten, sondern über praktisch jeden Bereich des menschlichen Lebens

5.7 Ein Pakt für Johannesburg

Am Vorabend der UN-Konferenz für Finanzen und Entwicklung in Monterrey im März 2002 hat UN-Generalsekretär Kofi Annan einen „Global Deal“ zwischen industrialisierten und weniger industrialisierten Ländern vorgeschlagen (New York Times, 21. März 2002). Dieser Vorschlag kommt zur rechten Zeit. Er trägt der Tatsache Rechnung, dass die Beziehungen zwischen Norden und Süden heute mehr von gegen-

seitigem Interesse als von Gnadenerweisen oder Selbstmitleid gezeichnet sind. In einer Welt, in der die Entfernungen schrumpfen und Ereignisse überall in Echtzeit erlebt werden, vertieft sich die wechselseitige Abhängigkeit. Überdies zeigt die Vereinigung der Welt zunehmend ihre Schattenseite: die Globalisierung der Vorteile wird von einer Globalisierung der Nachteile begleitet. Grenzüberschreitende Umwelt-

schäden, Attacken auf nationale Finanzsysteme und Terrorangriffe wie die vom 11. September 2001 zeigen, dass selbst die mächtigsten Staaten der Erde von außerhalb verwundbar sind. Staatsorgane haben nicht mehr die Macht, die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Bürger zu gewährleisten. In der Tat sind sie darauf angewiesen, mit Hilfe internationaler Abkommen ihre eigenen Interessen mit denen anderer Staaten zu verbinden. In Anerkennung dieser gegenseitigen Verwundbarkeit wirbt der Vorschlag des UN-Generalsekretärs für die Schließung eines Pakts zwischen den stärkeren und schwächeren Staaten, um eine gemeinsame und sicherere Zukunft zu ermöglichen.

Die Art und Weise, wie der Generalsekretär einen solchen Pakt skizzierte, wirft jedoch einige Fragen auf. Seine grundlegenden Linien sind die folgenden: auf der einen Seite wird von Ländern des Südens erwartet, dass sie eine marktorientierte Politik fördern, Institutionen stärken, Korruption beseitigen, Menschenrechte anerkennen und Armut bekämpfen. Auf der anderen Seite wiederum sollen die Länder des Nordens den Süden mithilfe ihrer Handelspolitik, Entwicklungshilfe, Investitionen und durch einen Schuldenerlass unterstützen. Obwohl einige Elemente dieses Pakts für die Verbesserung der Situation des Südens sicherlich wichtig sind, gibt es doch mindestens drei große Fragezeichen. Erstens enthält der Vorschlag die implizierte Annahme, dass der Norden im Recht ist und der Süden im Unrecht. Diese Konstruktion erlaubt es den Politikern des Nordens, „gutes Verhalten“ als Bedingung für ihre Unterstützung zu fordern. Zweitens legt der Pakt den Schwerpunkt auf zusätzliche Geldströme, anstatt strukturelle Änderungen in der Architektur der transnationalen Ökonomie zu fordern. Drittens wird der „Deal“ – und hier ist die Bezeichnung „Deal“ aufschlussreich – als ein gegenseitiges, zweckmäßiges Abkommen zwischen verschiedenen staatlichen Interessen verstanden, nicht jedoch im Rahmen der Rechte von Völkern und Menschen. Inhaltlich trägt der Deal immer noch den Stempel einer am Ideal der „Entwicklung“ orientierten Welt, in der die Länder des Südens aufzuholen haben, unterstützt vom Kapital und Sachverstand-Transfer des Nordens.

Wir schlagen vor, die Begriffe des globalen Paktes neu zu definieren. Vor allem haben im Lichte des Gesamtziels der Nachhaltigkeit der Norden, der Süden und die so genannten Schwellenländer verschiedene, aber nicht ungleiche Ausgangspunkte. Der

Norden ist nicht nachhaltig wegen seines Ressourcenverbrauchs, während der Süden aufgrund von Armut und Elend nicht nachhaltig sein kann. Der Norden muss seinen ökologischen Fußabdruck reduzieren, während der Süden die notwendigsten Lebensbedingungen für die marginalisierte Mehrheit seiner Bevölkerung sichern muss. Die erste Herausforderung führt zu einer fundamentalen Umstrukturierung der Produktions- und Konsummuster, während die zweite eine Änderung der Machtungleichgewichte innerhalb und zwischen den Staaten bedeutet. Darüber hinaus muss jedoch unterstrichen werden, dass der Süden dem Norden überhaupt nichts schuldet, während der Norden eine Bringschuld hat. Denn während der langen Kolonialgeschichte haben die Industriestaaten enorme ökologische und wirtschaftliche Schulden beim Süden angehäuft, ungeachtet der Verantwortung der jetzigen Regierungen des Südens für das Schicksal ihrer Bürger. Angesichts dieser Schuld sollte der Norden Reparationen in der Form von Unterstützung leisten. Diese Unterstützung würde einen Übergang zur Nachhaltigkeit in zweierlei Hinsicht ermöglichen, indem nämlich die Lebensqualität der Menschen verbessert und gleichzeitig der Wandel zur einer ressourcen-leichten Wirtschaft vollzogen wird. Schließlich erfordert der Übergang zur Nachhaltigkeit einen festen Rahmen für die Rechte der Menschen und, allerdings in geringerem Maße, Finanzhilfe und Sachverstand. Die Rechte lokaler Gemeinschaften und Bürgerrechte sind für eine Beseitigung der Machtungleichheiten unbedingt erforderlich. Die Werte des Gemeinwohls wie z.B. der Ökologie und der Gerechtigkeit müssen Vorrang haben vor einzelwirtschaftlicher Effizienz in Handelsbeziehungen. Um es kurz und bündig zu sagen: Zurückhaltung (in der Nutzung von Ressourcen und der Ausübung der Macht), Wiedergutmachung (vom Norden an den Süden), und Rechte (für Bürger und lokale Gemeinschaften) sind die konzeptionellen Koordinaten für den Entwurf eines globalen Pakts.

Die Konferenz in Johannesburg bietet ganz konkret die Gelegenheit, ein umfassendes Abkommen zwischen dem Norden und dem Süden auf den Weg zu bringen. Dieses Projekt könnte auf einem dänischen Vorschlag aus dem Jahre 2001 aufbauen, der die Verpflichtungen des Nordens und des Südens entsprechend dem Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung ausbalanciert. Fürs Erste könnte sich der Norden verpflichten, (1) den absoluten Ressourcenverbrauch nicht zu erhöhen, (2) einen Schuldenerlass zu gewähren und (3) ökologische

Unterstützung zu geben. Der Süden wiederum könnte (1) zustimmen, seine Position auf dem Human Development Index zu verbessern und (2) die Verpflichtungen aus Umweltverträgen und Sozial- und Umweltstandards im Handel anzuerkennen. Selbst wenn ein solcher Pakt von den USA oder anderen Ländern blockiert werden sollte, gibt es keinen Grund warum er nicht von einer Vorreitergruppe ausgewählter Länder des Nordens und des Südens umgesetzt werden könnte. Vereinbarungen müssen nicht immer globaler Art sein; im Gegenteil, begrenzte Abkommen sind einfacher auszuhandeln und können als „Eisbrecher“ dienen.

Auf jeden Fall ist solch ein globaler Pakt ein wichtiger Schritt für den Bau einer Weltgesellschaft, die nicht auf Gewalttätigkeit und Willkür gegründet ist, sondern auf gegenseitiger Verantwortung und gleichen Rechten. Er erinnert an den kosmopolitischen Traum einer Welt, in der alle Bewohner fundamentale Rechte aufgrund ihrer Menschenwürde besitzen, die von den Staaten gemeinsam garantiert werden. In der Tat ist es im Zeitalter der Globalisierung eine der wichtigsten Aufgaben jeder Regierung, die Bürgerrechte aller Bewohner der Erde zu gewährleisten. Bewusst oder unbewusst wird Johannesburg an der Fähigkeit gemessen werden, die Hoffnung eines guten Lebens für alle Menschen zu fördern. Mit dem Aufkommen biophysischer Grenzen des Wachstums ist eine Politik der Nachhaltigkeit zu einer Voraussetzung für die Garantie von Weltbürgerrechten geworden. Denn bei der Nachhaltigkeit, vereinfacht ausgedrückt, geht es nicht nur um Frösche und Wälder. Es geht ganz grundlegend um Menschenrechte.

Literatur

- Acsehrad, H. [ed.] (1992) *Environment and Democracy* IBASE; Rio de Janeiro.
- Agarwal, A. et al. (2000) *Green Politics from Global Environmental Negotiations*; Centre for Science and Environment (CSE); New Delhi.
- Agarwal, A. et al. (2000) *Poles Apart from Global Environmental Negotiations*; Centre for Science and Environment (CSE); New Delhi.
- Barnes P., (2001) *Who Owns the Sky? Our Common Assets and the Future of Capitalism*; Island Press; Washington.
- Biermann, F. (2000) *The case for a World Environment Organization*; from *Environment* Vol 42 Issue 9.
- Biermann, F. and Simonis, U.E. (1998) *A World Environment and Development Organization: Functions, Opportunities, Issues [Policy Paper no.9]*; Foundation for Development and Peace; Bonn.
- Bowles, I.A. and Prickett, G.T. [eds.] (2001) *Footprints in the Jungle : Natural Resource Industries, Infrastructure, and Biodiversity Conservation*; Oxford Univ. Press; New York.
- Bringezu, Stefan (2002) *Material Flow Analysis – Unveiling the physical Basis of Economics* ; In: Barthelmus, P. [ed.] *Unveiling Wealth*; Hirzel; Stuttgart.
- BUND/MISEREOR (Hg.) (1996) *Zukunftsfähiges Deutschland*. Basel-Berlin; Birkhäuser
- DFID; EC; UNDP and The World Bank (January 2002) *Linking Poverty Reduction and Environment Management – Policy Challenges and Opportunities*; Consultation Draft.
- Eurosolar (2001) *Memorandum für die Errichtung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien* (IRENA) www.eurosolar.org
- Factor 10 Club (1995) *Carnoules Declaration*; Carnoules.
- Fowler, C., & Mooney, P. (1990) *Shattering: Food, Politics, and the Loss of Genetic Diversity*; The University of Arizona Press; Tucson; Arizona.
- French, H. (2000) *State of the World Report 2000 – Coping with ecological globalization* World Watch Institute; Washington.
- French, H., (2002) *State of the World Report 2002 – Reshaping Global Governance* [Chr. Flavin et al]; Norton; New York.
- French, H., (2000) *Vanishing Borders: Protecting the Planet in the Age of Globalization*; Norton; Washington.
- Friends of the Earth International (2002); *Towards Binding Corporate Accountability – Draft FoEI Position Paper for Prep Comm II of the WSSD*. (www.foei.org)
- Gadgil, M. and Guha, R. (1995) *Ecology and Equity-The Use and Abuse of Nature in Contemporary India*; Routledge; London.
- Green, D. and Priyadarshini, S. *CAFOD Policy Paper* South Centre; London.
- Greenpeace (2001) *Safe trade in the 21st century -The Doha edition*; GPI; Amsterdam.
- HABITAT (2001) *Cities in a Globalizing World – Global Report on Human Settlements 2001* [United Nations Centre for Human Settlements].
- Hardoy J.; Mitlin D. & Satterthwaite D. (2001) *Environmental Problems in an Urbanizing World*; Earthscan; London.

- Hawken, P., Lovins, A. & Lovins, L.H. (2000) *Öko-Kapitalismus – Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts*; München: Riemann.
- Henderson, H. (1999) *Beyond Globalization-shaping a Sustainable Global Economy*; Kumarian Press
- Heywood, V. H. & Watson, R. T. (1995) *Global Biodiversity Assessment*; Published for UNEP; Cambridge University Press; Cambridge (UK).
- International Bureau of the Permanent Court of Arbitration (2001) *PCA: Optional rules for arbitration of disputes relating to natural resources and/or the environment*; Peace Palace; The Hague.
- International Institute for Environment and Development (January 2002) *Financing for Sustainable Development*; London.
- IFG (Spring 2002) *Report Summary : Alternatives to Economic Globalization* International Forum on Globalization; San Francisco.
- IFG (2001) *Does Globalization help the Poor?* International Forum on Globalization; San Francisco.
- Khor, M. (2000) *Globalization and the South – Some Critical Issues*; Third World Network; Malaysia.
- Khosla, A. (August 2001) *The World Summit on Sustainable Development Part I and II*; Development Alternatives Vol. 11; New Delhi.
- Meyer, A. (2000) *Contraction and Convergence – A global Solution to Climate Change*; Green Books ; Totnes.
- Muradian, R and Martinez A. J. (2000) *Trade and Environment: from a Southern Perspective*; Universidad tonoma de Barcelona; Departamento de Economía Historia Económica, Barcelona (Spain).
- Oberthür, S. and Ott, H. (2000) *Das Kyoto Protokoll: Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert*; Opladen: Leske & Budrich.
- Organization of African Unity (2000) *OAU Model Law – Rights of Communities, Farmers, Breeders, and Access to Biological Resources*; Algeria. (can be obtained from: sustain@telecom.net.et)
- Petrella, R. (2001) *The Water Manifesto – Arguments for a world water contract*; London: Zed Books
- Posey, D. [ed] (1999) *Cultural and Spiritual Values of Biodiversity – [Dutfield, G.] Rights, Resources and Responses* UNEP; Nairobi.
- Pretty, J. N. (1995) *Regenerating Agriculture*; Earthscan Publication; London.
- Programa Chile Sustentable (1999), *Por un Chile Sustentable : Agenda Ciudadana para el cambio*; Santiago, (Chile).
- Sachs, W. (Hg.)(1994) *Der Planet als Patient: Widersprüche globaler Umweltpolitik* Basel-Berlin: Birkhäuser
- Sachs, W. (2002) *Nach uns die Zukunft: Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie* Frankfurt: Brandes & Apsel
- Scheer, H. (1999) *Solare Weltwirtschaft-Strategie für die ökologische Moderne* Kunstmann; München.
- Shiva, V. (June 2001) [Manuscript] *Which Road to Qatar – Food First or Export First* .
- Stokke, O.S. & Thommessen, O.B. (2001) *Yearbook of International Co-operation on Environment and Development – Arhus Convention* [The Fridjhof Nansen Institute] Earthscan Publications; London.
- Strauss, Andrew L. (Fall 1998) *The case of utilizing the World Trade Organization as a forum for Global Environmental Regulation*; Widener Law Symposium Journal-Vol. III.
- The Corner House (February 2002) *Codes in Context* [Briefing 26] *TNC Regulation, Dialogues and Partnerships*.
- The Corner House (June 1999) *Snouts in the Trough* [Briefing 14] *Export Credit Agencies and corporate Welfare*.
- United Nations Development Programme [UNDP] (1998) *Human Development Report 1998*; Oxford Univ. Press; New York.
- United Nations Environmental Programme [UNEP] *International Environmental Governance: Multilateral Environmental Agreements (MEAs) – Paper prepared for the Open-Ended Intergovernmental Group of Ministers on International Environmental Governance*; Bonn (Germany).
- Wackernagel M. and Rees, W. (1997) *Perceptual and structural barriers to investing in natural capital: economics from an ecological footprint perspective*; Ecological Economics 20.
- WBGU (2001) *Welt im Wandel: Neue Strukturen globaler Umweltpolitik* Berlin: Springer
- WBGU (2002) *Nutzungsentgelte für globale Gemeinschaftsgüter* Policy Paper 2; Berlin
- World Commission on Dams (November 2000) *Dams and Development – A new framework for decision making*; Earthscan; London.
- World Commission on Forests and Sustainable Development (1999) *Our Forests, our Future*; Cambridge Univ. Press Cambridge.
- Weizsäcker, E.U., Lovins, A. & Lovins, H. (1995) *Faktor Vier: Doppelter Wohlstand – Halbierter Naturverbrauch*; München: Droemer Knaur.
- World Resources Institute (2000) *World Resources 2000-2001: People and Ecosystems* Washington.
- World Resource Institute et al (2001) *A Watershed in Global Governance? An independent Assessment of the World Commission on Dams*; Washington. (www.wcdassessment.org)
- WWF (2000) *Living Planet Report 2000* Gland; WWF International.
- www.wtwatch.org/library/admin/uploadfiles.htm (October 2001) *Proposal for a Development Box in the WTO Agreement on Agriculture*
- Trade and Justice Movement (2002) *For Whose Benefit ? Making Trade Work for the People and Planet*; www.tradejusticemovement.org.uk/statement
- World Humanity Action Trust (2000) *Governance for a Sustainable Future – A Report* Russell Press; Nottingham.

Kernpunkte und Empfehlungen im Überblick

Teil 1. Rio im Rückblick

- Rio gab der Umweltpolitik weltweit einen Auftrieb, sowohl bei Regierungen als auch bei Unternehmen. Das Grundgerüst für eine internationale Ordnungspolitik zugunsten der Biosphäre befindet sich im Aufbau.
- Rio verschaffte zahllosen Mikro-Initiativen aus der Zivilgesellschaft, den Kommunen und der Wirtschaft erhöhte Legitimation.
- Doch der Norden vernachlässigte die Vereinbarungen von Rio und auch der Süden legt nach wie vor ein geringes Umweltinteresse an den Tag. Die Biosphäre kam weiter unter Stress und die weltweite Ungleichheit nahm zu.
- In der Zwischenzeit räumten die Staaten den WTO-Regeln höheren Rang als den Rio-Verpflichtungen ein. Einen grenzenlosen Weltmarkt zu schaffen, war ihnen wichtiger als Ökologie und Gerechtigkeit.
- Rio versäumte, sich von „Entwicklung als Wachstum“ loszusagen. Was für eine Art von Entwicklung? Zu wessen Nutzen? In welche Richtung? Die Antwort auf diese Fragen entscheidet über Sinn und Unsinn von Nachhaltigkeit.

Teil 2. Die Johannesburg Agenda

- Sich auf das historisch überholte Entwicklungsmodell des Nordens zu fixieren, als ob es keine Endlichkeit der Biosphäre gäbe, bedeutet einen Rückschritt hinter Rio. Auch dem Süden ist damit ein schlechter Dienst erwiesen; denn Gerechtigkeit kann nicht länger von Ökologie getrennt werden.
- Die Kategorien „Nord“ und „Süd“ führen in die Irre. Sie sind diplomatische Artefakte. Stattdessen verläuft die wahre Trennungslinie auf der Welt quer durch jede Gesellschaft – zwischen den globalen Reichen und den lokalen Armen.
- Die exzessive Beschlagnahme des globalen Umweltraums durch die Wohlhabenden entzieht der marginalisierten Mehrheit vitale Ressourcen. Fairness verlangt, dass die Konsumentenklasse in Nord und Süd ihren ökologischen Fußabdruck verkleinert.

■ Armut rührt eher von einem Mangel an Macht als von einem Mangel an Geld. Mehr Rechte für die Armen ist die Voraussetzung für die Beseitigung von Armut.

■ Ohne Umweg gleich ins Solarzeitalter zu springen, darin liegt für den Süden eine historische Chance. Eine Solarwirtschaft verspricht, sowohl mehr Menschen zu brauchen als auch Ressourcen zu schonen.

Teil 3. Armuts-Ökologie

- Ohne Umweltschutz keine Armutsbekämpfung. Wie sauberes Wasser, fruchtbarer Boden, Fischgründe und Wälder den Lebensunterhalt und die Gesundheit der Armen sichern, so haben sich auch lokale Gemeinschaften, wenn sie das Recht dazu haben, als Hüterinnen der Natur erwiesen. Ohne faire Rechte kein Naturschutz.
- Die Sicherheit der Nahrung hängt ab von der Sicherheit der Kleinbauern, die ihrerseits von Biodiversität abhängig ist.
- Frauen garantieren, dass lokales Wissen, Überlebensklugheit, Artenvielfalt und das kulturelle Gedächtnis lebendig bleiben.
- Auf nachhaltige Landwirtschaft setzen, um der Verschlechterung der Böden zu begegnen und die Basis für Lebensunterhalt zu sichern.
- Erneuerbare Energien sichern die Existenzgrundlage. Ohne sie gibt es weniger Bäume und noch dazu den Klimawandel.
- In Städten bedrohen verschmutztes Wasser, verpestete Luft und gefährdete Behausungen die Gesundheit der Menschen. Umweltschutz verbessert die Lebensverhältnisse der Armen.

Teil 4. Reichtums-Ökologie

- Armutsmilderung ist nicht ohne Reichtumsmilderung zu haben. Werden die Reichen zu einem Lebensstil finden, der ohne Überbeanspruchung des globalen Umweltraums auskommt?
- Die Stoffströme von Süd nach Nord verringern.
- Was kommt nach dem Kyoto-Protokoll? Es ist an der Zeit, gleiche Rechte auf das Gemeinschaftsgut

Atmosphäre anzuerkennen und die Perspektive von Kontraktion & Konvergenz ins Spiel zu bringen.

- Wälder und Wasser können nicht länger die Waisenkinder internationaler Governance bleiben. Für Abkommen sind die Prinzipien des fairen Zugangs und gerechter Gewinnenteilung aus der Biodiversitätskonvention wichtig.

- Lokale Wissenssysteme über Nahrung und Landbau brauchen Schutz gegen die Macht von Staat und Unternehmen. Wissen als Gemeingut steht gegen Wissen als patentierte Ware.

Teil 5

5.1 Gemeinschaftsrechte

- Rechte auf den natürlichen Habitat sind zu respektieren und in die nationale Gesetzgebung zu integrieren. Für bäuerliche Gemeinschaften ist es eine Sache der Menschenrechte, Kontrolle über Land, Wasser und Saatgut zu haben.

- Eine Konvention über die Gemeinschaftsrechte an Ressourcen initiieren. Häufig treten Ressourcenkonflikte zwischen lokalen Gemeinschaften, Ressourcenindustrien und der Staatsbürokratie auf. Fairer Zugang und gerechte Gewinnenteilung sind Eckpfeiler in jedem internationalen Abkommen.

- Eine Weltkommission über Bergbau, Gas- und Ölförderung einrichten. Nach dem Vorbild der Weltkommission über Staudämme, sollen Repräsentanten lokaler Gemeinschaften, NGO's, Unternehmen und Regierungen, die bisherigen Erfahrungen aus der Ressourcengewinnung auswerten und geleitet von der Menschenrechtskonvention Kriterien für zukünftige Entscheidungen aufstellen.

5.2 Bürgerrechte in Umweltsachen

- Bürgerrechte fördern. Eine lebendige Öffentlichkeit und nicht Expertenzirkel sind die Basis für eine Politik der Zukunftsfähigkeit.

- Die Aarhus-Konvention zu einem globalen Abkommen machen. Denn freier Zugang zu Information ist die Voraussetzung für Wachsamkeit, das Recht auf Beteiligung die Voraussetzung für Bürgereinfluß und der Zugang zu Gerichten die Voraussetzung für die Rechenschaftspflicht der Macht.

- Die Rio-Prinzipien zum Umweltmanagement umsetzen. Vorbeugung schützt die Armen. Vorsorge rangiert vor dem wissenschaftlichen Schadensbeweis. Und das Verursacherprinzip verlangt volle Haf-

tung zusammen mit Versicherungspflicht gegen Risiken.

5.3 Auf-Wertung der Natur

- Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen. Sie blockieren Innovation, bestrafen Ressourcenschonung und sorgen für noch mehr Umweltzerstörung. Überdies kommen sie Wohlfahrtsleistungen an Unternehmen gleich; in der Summe fließt mehr in die Tasche der Begüterten als in die der kleinen Leute.

- Es ist an Zeit, eine internationale Initiative zu starten, um zu mehr Kostenwahrheit bei den Preisen zu kommen. Die Steuerbasis von Arbeit auf Ressourcenverbrauch zu verlagern, das Prinzip jeder Ökosteuer, ist ein wichtiger Schritt.

- Nutzungsentgelte für globale Gemeinschaftsgüter dienen dem Ressourcenschutz und der Finanzierung des Übergangs zur Nachhaltigkeit. Unbeschränkter Zugang begünstigt Überverbrauch; faire Gebühren für die Nutzung von Atmosphäre, Luftraum und Meeren nehmen den Druck von Gemeinschaftsgütern und ermuntern zu höherer Ressourceneffizienz.

5.4 Märkte und Gemeinwohl

- Fairer Handel statt freier Handel, das ist die Devise zukunftsfähigen Handels. Solange nicht Kleinbauern und nachhaltiger Landbau gewinnen, ist der Ruf nach freiem Zugang zu nördlichen Märkten zweischneidig. Um Existenzrechte zu sichern, braucht es Abkommen über Fairen Handel zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern.

- Ökologie und Gerechtigkeit werden WTO's Stiefkinder bleiben, wenn nicht der politische Spielraum für Nationen in der Handelspolitik erweitert wird. Wahre Demokratie erfordert, dass die Stimme der Bürger in Sachen Nachhaltigkeit und Fairness zur Geltung kommt. Nur so kann die Öffentlichkeit ihre Meinung über Ausmaß und Qualität des Handels ausdrücken.

- Handelspolitische Maßnahmen unter MEA's sollten gegen Anfechtung von Seiten der WTO geschützt werden.

- Die WTO soll für Handel sorgen, der nicht gegen nachhaltige Produktion und faire Existenzrechte diskriminiert. Direkte und indirekte umweltschädliche Subventionen sind abzubauen, weil sonst die Wettbewerbsverzerrung zugunsten fossiler und zentraler Strukturen nicht überwunden werden kann.

■ Auf längere Sicht ist auf einen Rechtsrahmen für sozial rechenschaftspflichtige Produktion hinzuwirken. Denn Prinzipien wie breite soziale Verantwortung, Freiheit der Information, Haftungspflicht für Unternehmen und das Vorsorgeprinzip sollten für alle kommerziellen Aktivitäten gelten.

■ Verhandlungen über eine Konvention zur Umwelt- und Sozialpflichtigkeit transnationaler Unternehmen beginnen. Die Weltgesellschaft hat ein Recht darauf, Unternehmen im Hinblick auf das Gemeinwohl verantwortlich zu halten. Freiwillige Vereinbarungen wie der Global Compact und die Global Reporting Initiative sind da nicht ausreichend.

5.5 Reform der Finanzarchitektur

■ Spekulatives Kapital ruft Währungsturbulenzen und Währungsturbulenzen rufen erhöhte Sozial- und Umweltkosten hervor. Eine Demonopolisierung des Dollar als Reservewährung und eine Steuer auf Währungstransaktionen könnten für mehr Stabilität sorgen.

■ Fällig ist ein Schuldenerlass, gerade wenn man auch ökologische Schulden in Rechnung stellt, die der Norden über die Jahrhunderte gegenüber dem Süden angesammelt hat. Überdies steht eine Reorientierung des IMF an: Konkurschutz für Staaten einführen und strukturelle Anpassungsprogramme beenden.

■ An Tauschhandel denken, aber auf elektronischem Wege.

5.6 Institutionen für den Wandel

■ Eine Weltumweltorganisation ins Auge fassen. Zu Beginn wäre UNEP aufzuwerten, um dann in eine Institution kooperativer Governance überführt zu werden, welche auch die Sekretariate der Konventionen umfasst.

■ Eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien gründen. Der Wechsel zu einer erneuerbaren Ressourcenbasis ist eine weltweite Aufgabe, welche von einer geeigneten, dezentralen Organisation unterstützt werden sollte.

■ Konfliktlösung auf globaler Ebene reorganisieren. Gegenwärtig ist die Streitschlichtung einseitig bei der WTO institutionalisiert, ein Sachverhalt, welcher dem Prinzip der Gewaltenteilung Hohn spricht. Der Internationale Schiedsgerichtshof könnte einen Ort darstellen, wo internationale Streitfälle zwischen Umwelt-, Handels- und Sozialnormen beigelegt werden.

Kurzbiografien



Wolfgang Sachs, Deutschland (Koordinator und Redakteur)

Autor, Dozent, Zeitschriftenherausgeber. Seit 1993 Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Studium der Theologie und Sozialwissenschaften in München, Tübingen und Berkeley, 1980-94 Mitglied der Forschungsgruppe „Energie und Gesellschaft“ an der TU Berlin, 1984-87 Herausgeber der Zeitschrift „Development“. 1987-90 Gastprofessor an der Pennsylvania University, 1990-93 Kulturwissenschaftliches Institut an der Universität Essen. 1993-2001 Aufsichtsratsvorsitzender Greenpeace Deutschland. Regelmässiger Dozent am Schumacher College, England. Veröffentlichungen u.a. fünf Bücher über Umwelt und Entwicklung, alle in mehreren Sprachen. Zuletzt: „Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie“, Brandes und Apsel, Frankfurt am Main 2002. Website: <http://www.wupperinst.org>



Henri Acselrad, Brasilien

Professor am Institut für Urbane und Regionale Forschung und Planung an der Bundesuniversität Rio de Janeiro, PhD in Wirtschaftswissenschaften (Paris, Sorbonne 1980), Herausgeber der Zeitschrift „Cadernos IPPUR“, 1999-2000 Direktor von ANPUR (Brasilianische Nationale Vereinigung für urbane und regionale Forschung), Mitglied der Koordination des Projekts „Nachhaltiges und Demokratisches Brasilien“, 1991-94 Koordinator der Projekts „Umwelt und Demokratie“ der NRO IBASE, Mitglied der nationalen Koordination des brasilianischen NRO-Forums in Vorbereitung der UNCED Rio 1992. Veröffentlichung u.a. „Sustainability and Social Sciences“ (Hg. T. Jahn, E. Becker), Zed Books, London 1997. Website: <http://pbsd.rits.org.br>



Farida Akhter, Bangladesch

Ökonomin (MA), seit 1984 Direktorin der NRO UBINIG (Politikforschung für Entwicklungsalternativen). Mitglied der nationalen Frauenbewegung und verschiedener internationaler Netzwerke: FINNRAGE (Feministisches internationales Netzwerk zum Widerstand gegen Gentechnologie und Reproduktionstechnologien), SANFEC (Südasiatisches Netzwerk zu Nahrung, Ökologie und Kultur), Südasiatisches Netzwerk gegen Frauen- und Kinderhandel. Veröffentlichung u.a. „Depopulating Bangladesh. Essays on the Politics of Fertility and Reproductive Rights“, 1996, Narigrantha Prabartana, The Feminist Bookstore. Website: <http://www.multimania.com/ubinig/index.htm>



Ada Amon, Ungarn

Direktorin der NGO Energia Klub Budapest, spezialisiert auf nachhaltige Energiepolitik, zahlreiche Kooperationen in Ungarn und Mittel- und Osteuropa. Ökonomin (Budapest University for Economic Sciences), Dozentin an der Rotterdamer Erasmus Universität. 1995-96 Consultant des International Institute of Energy Conservation (IIEC, London). Ungarische Energiekoordinatorin des Central and Eastern Europe Bankwatch Network. Website: <http://www.energiaklub.hu>, <http://www.bankwatch.org>



Tewolde Berhan Gebre Egziabher, Äthiopien

General Manager der äthiopischen Umweltbehörde (entspricht einem Umweltministerium) seit 1995. Preisträger des „Alternativen Nobelpreises“ (Right Livelihood Award) für seine beispielhafte Arbeit in Vertretung der „like-minded group“ der Entwicklungsländer bei den Verhandlungen zum Biosafety-Protokoll in Cartagena und Montreal, 1991-94 Direktor des Sekretariats der äthiopischen Naturschutzstrategie, 1983-91 Präsident der Universität Asmara, 1974-78 Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Addis Abeba, PhD University of Wales 1969.

Hilary French, USA

Seit 1987 beim Worldwatch Institute, Washington, aktuell Leiterin des Global Governance – Projekts zur Stärkung der Rolle internationaler Institutionen in Umweltschutz und Nachhaltiger Entwicklung. Projektdirektorin der Sonderausgabe des „State of the World“-Reports zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung und Koordinatorin der Aktivitäten des Instituts zum Weltgipfel. Co-Autorin von elf „State of the World“-Reports. Veröffentlichung u.a.: „Vanishing Borders: Protecting the Planet in the Age of Globalization“. Website: <http://www.worldwatch.org>



Pekka Haavisto, Finland

Gastprofessor an der Universität Bristol. Aktuell Vorsitzender der Afghanistan Task Force des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP, zuvor Leiter von UNEPs Balkans Task Force und der Teams zur Erhebung der Schäden durch abgereichertes Uran in Kosovo, Serbien, und Montenegro. 1995-99 Minister für Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit in Finnland, 1987-95 Mitglied des finnischen Parlaments. Mitbegründer der finnischen Grünen, ihr Vorsitzender 1993-95. Co-Vorsitzender der Europäischen Föderation grüner Parteien. Mitglied des Panel of Eminent Personalities der Desertifikationskonvention zur Verfassung eines Positionspapiers zu Rio+10. Website <http://www.europeangreens.org>



Paul Hawken, USA

Consultant, Geschäftsmann, Umweltschützer und Autor. Einer der führenden Architekten des ökologischen Umbaus von Unternehmen. Gründer verschiedener Unternehmen, Autor von Bestsellern wie z.B. *The Ecology of Commerce* und *Growing a Business*. Mitgründer von *The Natural Step* in den Vereinigten Staaten und international, Berater von Unternehmen und Staaten in Nachhaltigkeitsfragen. Veröffentlichung u.a. „Natural Capitalism. Creating the Next Industrial Revolution“ mit Amory und Hunter Lovins, Rocky Mountains Institute, 1999. Website: <http://www.natcap.org>



Hazel Henderson, USA

Ökologische Ökonomin, Autorin von sechs Büchern über Nachhaltige Entwicklung, Kolumnistin für Inter Press Service, der in 27 Sprachen erscheint, Fellow der World Business Academy und Mitherausgeberin des Berichts der Globalen Kommission zur Finanzierung der Vereinten Nationen. Mitherausgeberin mehrerer Zeitschriften, u.a. *Futures Research Quarterly*, *The State of the Future Report*, *E/The Environmental Magazine*, erhielt 1996 zusammen mit Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel den Global Citizen Award. Partnerschaft mit der Calvert Group Ltd. (USA) für die Calvert-Henderson Indikatoren zur Lebensqualität (www.calvert-henderson.com). Veröffentlichung u.a. „Beyond Globalization. Shaping a Sustainable Global Economy“, Kumarian Press 1999. Website <http://www.hazelhenderson.com>



Ashok Khosla, Indien

Seit 1983 Direktor von *Development Alternatives*, einer NRO auf dem Feld angepasster Technologien, Umweltmanagement, Politikberatung etc., von TARA (Technology and Action for Rural Advancement) sowie *People First and People's Commission on Environment and Development*, alle in New Delhi. BA und MA in Naturwissenschaften an der Universität Cambridge (UK), PhD in Experimentalphysik an der Harvard Universität (USA). 1972-76 Direktor für Umweltplanung und -koordination im Ministerium für Wissenschaft und Technologie, New Delhi, 1977-82 Arbeit für UNEP, Nairobi. Website: <http://www.devalt.org>





Sara Larraín, Chile

Direktorin des Programms Nachhaltiges Chile und Koordinatorin des Programms Nachhaltiger Cono Sur. Mitglied des chilenischen nationalen Nachhaltigkeitsrats, Mitglied des Vorstands des International Forum on Globalization, und des Internationalen Beirats des Weltsozialforums. Gründungsmitglied und Direktorin des chilenischen Komitees für nukleare Abrüstung 1984-89, Gründerin von RENACE (chilenisches Umweltnetzwerk mit 140 Mitgliedsorganisationen) 1987. Lateinamerikanische Koordinatorin der Energie- und antinuklearen Kampagne für Argentinien, Mexiko und Brasilien und Direktorin des Greenpeace Chile Büros 1989-93. Präsidentin von RENACE 1994-98, Kandidatin für die chilenischen Präsidentschaftswahlen 1999. Website: <http://www.chilesustentable.net>



Reinhard Loske, Deutschland

Mitglied des Deutschen Bundestags, Mitglied des Parteirates Bündnis 90/Die Grünen, Umwelt- und Bildungspolitischer Sprecher der BT-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Diplomvolkswirt (Universität Paderborn), Promotion in Politischer Ökonomie (Universität Gesamthochschule Kassel), Habilitation zum Thema „Nachhaltigkeit als Politik“ (FU Berlin). Tätigkeiten für die Bundesregierung, die Europäische Union und die Vereinten Nationen. Forschungs- und Arbeitsaufenthalte im südlichen Afrika, in China, Pakistan und den USA. 1992-1998 Projektleiter für internationale Klimapolitik und Leiter der Studiengruppe „Zukunftsfähiges Deutschland“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Seit 1998 Lehrbeauftragter und Privatdozent für Politikwissenschaften an der FU Berlin. Website: <http://www.loske.de>



Anita Roddick OBE, Großbritannien

Gründerin des Unternehmens The Body Shop (1976) mit Läden in 50 Ländern. Vorstandsmitglied der Ruckus Society, USA, seit 1999. Botschafterin der britischen Wirtschaft für die britische Regierung seit 2001. Weitere ausgewählte Aktivitäten: Unterstützung der Ogoni-Kampagne gegen Shell und Nigeria 1993-98; Initiierung des The Body Shop Human Rights Award, der an ausgewählte Graswurzelgruppen für den globalen Kampf für Menschenrechte verliehen wird, 2000; Teilnahme an der Trade Justice-Kampagne, die die Globalisierungs- und Freihandels-Agenda der WTO kritisiert, 2001. Website: <http://www.anitaroddick.com>



Vivienne Taylor, Südafrika

Professorin an der Universität Kapstadt. Direktorin des *Southern Africa Development Education Project* und Autorin des „South Africa Human Development Report 2000“, publiziert von UNDP. Mitglied des Koordinationskomitees von DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era), eines feministischen Netzwerks von Wissenschaftlerinnen, Aktivistinnen, und Politikerinnen. Veröffentlichungen u.a. „Marketisation of Governance – Critical Perspectives from the South“, 2000. Website: <http://www.dawn.org.fi>

Christine von Weizsäcker, Deutschland

Biologin, Autorin, und Aktivistin. Zahlreiche wissenschaftliche und politische Beiträge zur öffentlichen Debatte über Umweltschutz, Technologiebewertung und nachhaltige Produktions- und Konsummuster. Vizepräsidentin und Koordinatorin des Biotechnologieprogramms der NRO Ecoropa. NRO-Beobachterin der Verhandlungen zum Biosafety-Protokoll seit 1996. Mitglied des internationalen Steering Committee des Frauennetzwerks Diverse Women for Diversity. Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Warentest, Mitglied der Vereinigung deutscher Wissenschaftler und deren Sprecherin zum Vorsorgeprinzip. Mitglied der Mitgliederversammlung der Heinrich Böll Stiftung, Teilnehmerin des Regionalen Roundtable für Europa und Nordamerika in Vail in Vorbereitung des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung.



Sviatoslav Zabelin, Russland

Co-Vorsitzender des Rats der Internationalen Sozialökologischen Union, Moskau (gegründet 1987). Die SEU umfasst heute 250 Mitgliedsorganisationen in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und mehreren westlichen Ländern (USA, Norwegen, Finnland, Spanien, Schottland) mit Schwerpunkten auf Sozialökologie, chemische und nukleare Sicherheit, Erneuerbare Energien, Biodiversität, nachhaltige Forstwirtschaft, etc. Von 1991-93 Assistent von Alexei Jablokow, Berater von Präsident Jelzin in Ökologie und Gesundheitsfragen. Autor mehrerer Umweltgesetze. Preisträger des Goldman Environmental Prize 1993. Website: <http://www.seu.ru>



Assistent für Koordination und Redaktion Heman Agrawal, Indien/Deutschland

Geboren in Indien. Drei Jahre Arbeit mit Graswurzelgruppen im Kampf für ihre Rechte in Zentralindien. Graduiert in Economics and Business Organisation, diplomiert in politischer und Institutionenökonomie in Deutschland. 1998 Auszeichnung durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) mit dem Preis für herausragende Leistungen und bemerkenswertes Engagement eines ausländischen Studenten. 1998-99 Dozent an der katholischen Universität Budapest. Aktuell Wissenschaftler am Institute for Economics and Politics des Lehrstuhls für Ökonomie und Philosophie der Universität Witten/Herdecke, Schwerpunkte Global Governance-Mechanismen und ökologische Nachhaltigkeit. Kontakt: hemanagrawal@gmx.net



Liste der Abkürzungen

CBD	Konvention über die biologische Vielfalt
CERES	Koalition für umweltverantwortliche Volkswirtschaften
CGIAR	Konsultativgruppe über Internationale Agrarforschung
CITES	Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen
COMECON	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
CSD	Kommission für Nachhaltige Entwicklung (UN)
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat (UN)
EUROSOLAR	Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien
FAO	Welternährungsorganisation (UN)
FCKW	Fluorkohlenwasserstoffe
FOEI	Freunde der Erde International
G7	Gruppe der sieben führenden Industrienationen
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GEF	Globale Umweltfazilität (UN)
GNP	Bruttosozialprodukt
GRI	Global Reporting Initiative
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HIPC	Weltbank Initiative für hochverschuldete arme Länder
IAEA	Internationale Atomenenergiebehörde
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IMF	Internationaler Währungsfond
IRENA	Internationale Agentur für Erneuerbare Energien
IUCN	Weltnaturschutzvereinigung
LETS	Lokale Tauschringe
MEA	Multilaterale Umweltabkommen
NEPAD	Die Initiative Partnerschaft für Afrikas Entwicklung
NGO	Nichtregierungsorganisation
OAU	Organization für Afrikanische Einheit
ODA	Offizielle Entwicklungshilfezahlungen
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OPEC	Organisation Erdöl exportierender Länder
PCA	Internationaler Schiedsgerichtshof
POPs CONVENTION	Konvention über persistente organische Schadstoffe
R&D	Forschung und Entwicklung
SDR	Spezielle Ziehungsrechte (IMF)
TNC	Transnationale Unternehmen
UN	Vereinte Nationen
UNCED	Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung
UNCTAD	Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WCD	Weltkommission für Staudämme
WCFSD	Weltkommission für Wälder und Nachhaltige Entwicklung
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WSSD	Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung
WTO	Welthandelsorganisation

DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in den Hackeschen Höfen im Herzen Berlins ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung arbeitet in rechtlicher Selbständigkeit und geistiger Offenheit. Ihre Organe der regionalen Bildungsarbeit sind die 16 Landesstiftungen.

Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als ein von Abhängigkeit und Dominanz freies Verhältnis der Geschlechter.

Die Stiftung engagiert sich in der Welt durch die Zusammenarbeit mit rund 200 Projektpartnern in über 60 Ländern auf vier Kontinenten.

Jedes Jahr vergibt das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung rund 90 Stipendien an Studierende und Promovenden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat ca. 160 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch rund 300 Fördermitglieder, die die Arbeit finanziell und ideell unterstützen.

Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u.a. den Vorstand.

Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführerin der Stiftung ist Dr. Birgit Laubach.

In Fachbeiräten (je 7-10 Personen) beraten unabhängige Expertinnen und Experten die Stiftung.

Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor.

Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslands- bzw. Projektbüros bei der EU in Brüssel, in den USA, in Tschechien, Russland, Südafrika, Kenia, Israel, El Salvador, Pakistan, Kambodscha, Bosnien-Herzegowina, Brasilien, Thailand, der Türkei und dem arabischen Nahen Osten.

Jährlich stehen der Stiftung rund 35 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.



Aus dem Vorwort

Welches Erbe wird uns der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg hinterlassen? Werden wir uns seiner erinnern als eines „historischen Durchbruchs“, ähnlich dem Erdgipfel in Rio 1992? Werden die Regierungen der Welt die liegengebliebenen Verpflichtungen von Rio erneuern? Wird Johannesburg Ergebnisse hervorbringen, die Anlass zur Hoffnung geben, oder wird diese Gipfelkonferenz eine weitere verpasste Gelegenheit, eine Alibi-Veranstaltung für politisches Nicht-Handeln?

Wir publizieren dieses Memorandum wenige Monate vor dem Gipfel in einem kritischen Stadium der Verhandlungen. Es ist unser Beitrag zur Debatte über die Ziele des Gipfels, aber auch über die globale Agenda nachhaltiger Entwicklung für das kommende Jahrzehnt.

Autoren

Wolfgang Sachs

Koordinator und Redakteur

Henri Acselrad

Farida Akhter

Ada Amon

Tewolde Berhan Gebre Egziabher

Hilary French

Pekka Haavisto

Paul Hawken

Hazel Henderson

Ashok Khosla

Sara Larrain

Reinhard Loske

Anita Roddick

Vivienne Taylor

Christine von Weizsäcker

Sviatoslav Zabelin